

59. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. Mai 2002

Inhalt

Technologieoffensive für das Land Bremen

Mitteilung des Senats vom 16. April 2002
(Drucksache 15/1115)

Abg. Eckhoff (CDU)	4227
Abg. Frau Busch (SPD)	4232
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	4238
Senator Hattig	4242
Senator Lemke	4244
Abg. Eckhoff (CDU)	4245

Außenwirtschaftsförderung im Lande Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU
und der SPD
vom 17. April 2002
(Drucksache 15/1117)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2002

(Drucksache 15/1143)

Abg. Kastendiek (CDU)	4248
Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen)	4250
Abg. Günthner (SPD)	4251
Abg. Kastendiek (CDU)	4253
Senator Hattig	4253

Lkw-Maut gefährdet zahlreiche deutsche Arbeitsplätze im Güterkraftgewerbe

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. Januar 2002
(Drucksache 15/1046)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. April 2002

(Drucksache 15/1133)

Abg. Kastendiek (CDU)	4255
Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen)	4257
Abg. Beckmeyer (SPD)	4259
Abg. Tittmann (DVU)	4261
Abg. Kastendiek (CDU)	4263
Staatsrat Dr. Färber	4264
Abg. Beckmeyer (SPD)	4265
Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen)	4265

Gesetz zur Änderung arbeitszeitrechtlicher Vorschriften für Lehrer und Lehrerinnen

Mitteilung des Senats vom 30. April 2002
(Drucksache 15/1132)

1. Lesung

2. Lesung

Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer neu regeln

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Mai 2002
(Drucksache 15/1145)

Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	4267
Abg. Rohmeyer (CDU)	4268
Abg. Frau Jansen (SPD)	4270
Senator Lemke	4270
Abstimmung	4272

Für eine ökologische und praktikable Novelle der Verpackungsverordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. November 2000

(Drucksache 15/542)

Für eine ökologische und praktikable Novelle der Verpackungsverordnung

Mitteilung des Senats vom 23. April 2002
(Drucksache 15/1122)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	4273
Abg. Frau Wilts (SPD)	4274
Abg. Focke (CDU)	4275
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	4276
Abg. Dr. Schuster (SPD)	4277
Abg. Focke (CDU)	4277
Senatorin Wischer	4278

Steuergeldmissbrauch wirksamer bekämpfen

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten
Tittmann (DVU)
vom 29. April 2002
(Drucksache 15/1126)

Abg. Tittmann (DVU)	4279
Abstimmung	4280

Gesetz zur Änderung der Volksgesetzgebung im Lande Bremen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 30. April 2002
(Drucksache 15/1128)
1. Lesung

Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	4281
Abg. Isola (SPD)	4282
Abg. Frau Hannken (CDU)	4283
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	4284
Abstimmung	4284

Juniorwahlen 2003 – Demokratie und politische Bildung im Land Bremen fördern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 30. April 2002
(Drucksache 15/1129)

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	4284
Abg. Frau Striezel (CDU)	4286

Abg. Pietrzok (SPD)	4288
Senator Lemke	4289
Abstimmung	4290

Mehr Selbstständigkeit für Bremens Schulen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 30. April 2002
(Drucksache 15/1130)

Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	4290
Abg. Ehmke (SPD)	4292
Abg. Rohmeyer (CDU)	4293
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	4294
Senator Lemke	4295
Abstimmung	4297

Gesetz zur Änderung des Bremischen Energiegesetzes

Mitteilung des Senats vom 30. April 2002
(Drucksache 15/1131)

1. Lesung	
2. Lesung	4297

Gesetz zum Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und Sechster Staatsvertrag zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Mediendienste-Staatsvertrages (Sechster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2002
(Drucksache 15/1140)

1. Lesung	4297
-----------------	------

Bremisches Hilfeleistungsgesetz (BremHilfeG)

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2002
(Drucksache 15/1141)

1. Lesung	4298
-----------------	------

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses

.....	4298
-------	------

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Henkel, Frau Jamnig-Stellmach,
Neumeyer, Röwekamp, Frau Tuzcek.

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Hannken

Schriftführer Schildt

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Böse** (CDU)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die 59. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Folgende Gruppen sind anwesend: eine Gruppe der Fachhochschule Bremen, Studiengang Journalistik und Politikmanagement, und eine Gruppe des Bildungszentrums der Wirtschaft.

Ich begrüße Sie ganz herzlich und wünsche Ihnen einen spannenden Vormittag!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Dr. Wolfgang Schrörs ganz herzlich zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren und ihm die Glückwünsche des Hauses aussprechen.

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen alles Gute.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

(B)

Technologieoffensive für das Land Bremen

Mitteilung des Senats vom 16. April 2002
(Drucksache 15/1115)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig, Senator Lemke und Bürgermeister Dr. Scherf.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der heutigen Debatte zum Thema Technologieoffensive greifen wir ein sehr wichtiges Thema auf, welches uns in diesem Haus im Laufe des letzten Jahres schon häufiger beschäftigt hat. Dieser Bericht gibt uns noch einmal die Gelegenheit, ausführlich über das Thema Technologieoffensive und die Bedeutung für die Standorte Bremen und Bremerhaven zu sprechen.

Zunächst einmal möchte ich mit den Kriterien für das Wachstum in einer Region beginnen, aufgestellt von Oliver North, einem Nobelpreisträger der Physik. Er schreibt vier Punkte für das Wachstum in einer Region auf:

Erstens: Die F- und E-Leistungen sind die Grundlage für die Erarbeitung innovativer Produkte. Zweitens: Die staatlichen Rahmenbedingungen zur Förderung neuer Entwicklungen und neuer Technologien müssen stimmen. Drittens: Man braucht eine F- und E-orientierte Bevölkerung. Viertens: Man braucht eine stetige und konsequente organisatorische Verbesserung in kleinen Schritten.

Dies sind die vier Punkte, die dort aufgestellt sind, und ich möchte an dieser Stelle noch einmal darauf aufmerksam machen, dass wir, so glaube ich, und ich hoffe, dass ich das durch meinen Beitrag auch unterstreichen kann, einen Großteil dieser Punkte in den letzten Jahren angegangen sind und angepackt haben und auf gutem Wege sind.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Und das machen Sie schon länger!)

Vor welchen Rahmenbedingungen machen wir das? Auch dies war kurz Grundlage der Diskussion, die wir im letzten Jahr hatten, als wir den gemeinsamen Antrag der SPD- und der CDU-Bürgerschaftsfraktion verabschiedet haben. Es sind vier Hauptschwerpunkte, und ich möchte diese vier Hauptschwerpunkte an dieser Stelle noch einmal kurz formulieren.

Erstens: Der globale internationale Wettbewerb fordert uns verstärkt heraus. Es sind heutzutage nicht mehr Unternehmen, die konkurrieren, sondern es sind Standorte, die sich sowohl um Kapital als auch um Arbeit und in den letzten Jahren zunehmend auch um die Wissensgesellschaft in Konkurrenz befinden. Zweitens: Vor allen Dingen die Informations- und Kommunikationstechnologien beschleunigen den strukturellen Wandel. Drittens: Der technologische Fortschritt revolutioniert insbesondere die Arbeitswelt. Viertens: Globalisierung, Informations- und Strukturwandel führen zu erheblichen gesellschaftlichen Umbrüchen.

Vor diesem Hintergrund führen wir diese Debatte, und vor diesem Hintergrund hat auch die CDU-Bürgerschaftsfraktion im April 2001 ihre Hightech-Offensive vorgestellt, damals in zehn Punkte gekleidet. Diese zehn Punkte möchte ich an dieser Stelle noch einmal erwähnen.

Zum einen wollten wir eine Stabsstelle. Zum Zweiten hatten wir die Einrichtung eines Zukunftskreises vorgeschlagen. Zum Dritten wollten wir die Durchführung einer wissenschaftlichen Untersuchung, um insbesondere die Marktfähigkeit und Zukunftspotentiale der entsprechenden Technologien zu untersuchen. Zum Vierten wollten wir in den Regionen, die im Hightech-Bereich führend sind, Verbindungsbüros eröffnen.

Zum Fünften wollten wir eine gezielte Förderung des Risikokapitals. Zum Sechsten hatten wir vorgeschlagen, dass die bestehenden Forschungseinrich-

(C)

(D)

(A) tungen und Unternehmen am Standort stärker gebündelt und neue errichtet werden müssen. Der siebte Punkt war die Suche nach neuen und weiteren Partnern, insbesondere im Hardware-Bereich. Der achte Punkt war ein intensiveres Standortmarketing, der neunte das Umsetzen von Projekten wie Online-City und E-Business-City. Der zehnte Punkt beschäftigte sich mit dem Zur-Verfügung-Stellen von finanziellen Mitteln in den Haushaltsberatungen des Haushalts 2002/2003.

Wenn ich heute zurückblicke, dann stelle ich fest, dass sich ein Großteil unserer Forderungen in der Senatsvorlage wiederfindet, nicht alle, aber wir begrüßen ganz außerordentlich, dass sich ein Großteil dieser Vorschläge, die von uns im April 2001 vorgestellt worden sind, in dieser Senatsvorlage wiederfindet.

(Beifall bei der CDU)

Insbesondere begrüßen wir bei der Umsetzung eine Personalie, die uns in den letzten Tagen beschäftigt hat, und zwar die Bestellung von Professor Dr. Timm zum Landestechnologiebeauftragten mit Wirkung vom 1. September 2002. Wir begrüßen außerordentlich, dass es dem Bremer Senat gelungen ist, mit Professor Dr. Timm einen kompetenten Menschen für diese Aufgabe zu finden, der im Bereich der Universität gerade bei der Akquisition von Drittmitteln sehr gute Ergebnisse erzielt hat. Ich glaube, dass dies eine Personalie ist, die zielgerichtet die Standorte Bremen und Bremerhaven im Bereich der Spitzentechnologie voranbringen wird.

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich will an dieser Stelle allerdings auch nicht verhehlen, dass, Gott sei Dank, durch die Anträge, die wir ja gemeinsam bei den Haushaltsberatungen eingebracht haben, auch die Mittel zur Verfügung standen, um diese Stelle mit der entsprechenden personellen Ausstattung tatsächlich einzurichten. Auch dies ist ein positives Ergebnis unserer gemeinsamen Haushaltsberatungen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich möchte ein Zweites ansprechen, was uns vor zwei Monaten beschäftigt hat. Das war ein ganz entscheidender Auftritt bei einer der wichtigsten Messen, nämlich bei der CeBit. Ich kann allen Organisatoren und allen Verantwortlichen zu diesem Messeauftritt nur gratulieren. Ich finde, es war ein außerordentlich guter Auftritt des Bundeslandes Bremen. Wir brauchten uns dort hinter keinem anderen Bundesland zu verstecken. Das muss an dieser Stelle auch einmal erwähnt werden, dass es weit besser war als das Kuhdorf, von dem im „Weser-Kurier“ berichtet wurde. Es war ein insgesamt hervorragender

Auftritt, und auch dies war nur möglich, weil wir in den Haushaltsberatungen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte zu verschiedenen Punkten kommen, bei denen man sich fragen muss: Sind wir in diesen Bereichen schon entsprechend auf die Zukunft ausgerichtet? Ich möchte darüber hinaus auf verschiedene Themen im Bereich der Spitzentechnologien zu sprechen kommen, die uns auch in den letzten Wochen und Monaten immer wieder beschäftigt haben.

Zunächst einmal ist ein wichtiges Thema, das uns beschäftigt, natürlich die Weiterentwicklung des Technologieparks. Ich möchte an dieser Stelle gar nicht die räumliche Weiterentwicklung ansprechen, das haben wir ja zur Genüge debattiert, sondern insbesondere natürlich auch die inhaltliche Weiterentwicklung des Technologieparks. Ich glaube, wir sind uns einig darin, dass sich der Technologiepark Bremen in den letzten Jahren zu der vermutlich erfolgreichsten Gewerbefläche in Bremen und wahrscheinlich sogar auch dieser Region entwickelt hat. Wir sehen uns die Zahlen sowohl für den Bereich der Unternehmensgründungen als auch den Punkt des Arbeitsplatzwachstums an und stellen fest, dass wir dort mittlerweile mehr als 5000 Beschäftigte in den Unternehmen haben, die dort in den letzten Jahren gegründet wurden, wobei noch einmal zirka 3000 Mitarbeiter der Universität und der Forschungseinrichtungen dazukommen. Es ist dort also mittlerweile ein Technologiepark entstanden, der sich bundesweit sehen lassen kann.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns allerdings ansehen, wie sich die 200 Science- und Technology-Parks weltweit entwickeln, müssen wir feststellen, dass wir dort auch an der einen oder anderen Stelle Nachholbedarfe haben. Das BAW hat das ja jüngst in einer entsprechenden Untersuchung festgestellt. Ich möchte die entscheidenden Punkte hier noch einmal verlesen:

Erstens, ich zitiere jetzt: „Science-Parks zeichnen sich weltweit durch ein sehr dynamisches Wachstum insbesondere im Unternehmensbesatz aus. An zahlreichen Standorten wurden nach einer Aufbauphase erhebliche Flächenerweiterungen realisiert.“

Zweitens: Alle erfolgreichen Science-Parks werden professionell geführt. Drittens: Ein Science-Park zeichnet sich durch ein professionelles Marketingmanagement aus. Im Zentrum von Marketingaktivitäten steht das Image von Science-Parks als räumliche Konzentration hoch leistungsfähiger Hightech-Unternehmen, die für auswärtige Unternehmen und Existenzgründer gleichermaßen attraktiv ist.

(A) Viertens: Bedeutende Science-Parks betreiben insbesondere internationale Akquisition. Viele Standorte weisen Ansiedlungserfolge auf, die vor allem auch Einrichtungen von Weltmarktführern in entsprechenden Technologiebereichen beinhalten. So ist der Erfolg der skandinavischen Science-Parks eng mit der Firma Nokia verbunden, die heute in jedem großen skandinavischen Science-Park vertreten ist.

Fünftens: Das Angebot von Flächen in einem hochleistungsfähigen Hightech-Cluster sowie das damit verbundene Image des Standortes müssen verbunden mit einer adäquaten urbanen Lebensqualität von Science- und Technology-Parks sein.

Diese fünf Kernpunkte sind herausgearbeitet worden, und ich glaube, diese fünf Punkte beschreiben sehr gut, dass wir an der einen oder anderen Stelle in diesem Bereich unsere Bemühungen weiter intensivieren müssen, meine verehrten Damen und Herren!

Wenn man sich dann noch anschaut, was zum Beispiel auch die inhaltliche Weiterentwicklung angeht, wird man feststellen, dass der Bereich Biotechnologie, Medizin und Gesundheit in anderen Science-Parks mittlerweile ein Fünftel, also 20 Prozent der Ansiedlungen ausmacht. Im Bremer Technologiepark sind dies gerade einmal vier Prozent. Deshalb müssen diese Bereiche durch neue Angebote, aber natürlich auch durch neue Flächenbereitstellungen im Bremer Technologiepark etabliert werden.

(B) Mit der Gründung des Biotechnologiezentrums in Bremerhaven, das im nächsten Jahr eröffnet werden soll, wo vor kurzem die Grundsteinlegung stattgefunden hat, ist bereits ein wichtiger Schritt getan worden, um insbesondere den Bereich der blauen Biotechnologie im Bundesland Bremen weiterzuentwickeln. Darüber hinaus fordern wir, auch die Bereiche Nanotechnologie, Mikrosystemtechnik, Materialwissenschaften und vor allen Dingen auch den wichtigen Bereich der Logistik für ein Transportzentrum wie Bremen inhaltlich entsprechend weiterzuentwickeln, meine verehrten Damen und Herren!

Wir haben uns in den letzten Wochen natürlich politisch in den entsprechenden Bereichen auseinander setzen müssen. Da war ja sehr öffentlichkeitswirksam die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aktiv. Frau Trüpel, Sie haben ein Papier vorgestellt, und Sie haben die ganze Stadt mit drei T plakatiert. Wenn ich mir allerdings Ihre Pressemitteilung anschau, muss ich feststellen, viel Neues ist eigentlich in dieser Pressemitteilung nicht vorhanden. Ich möchte Ihnen das noch einmal anhand Ihrer eigenen Pressemitteilung belegen.

Sie schreiben, Sie möchten den gezielten Ausbau von Hightech, besonders im Bereich moderner Umweltschutz. Liebe Frau Trüpel, das findet sich in dem Papier des Senats wieder. Sie möchten die blaue Biotechnologie, wir sind schon beim Bau des Biotechnologiezentrums in Bremerhaven. Sie möchten

eine entsprechende Verstärkung von T.I.M.E., auch daran wird gearbeitet. Sie wollen dann eine gezielte Werbung von Studenten von osteuropäischen Universitäten. Gehen Sie doch einmal hin, wie sehr sowohl die Hochschulen als auch die Universität auf internationalen Messen schon gezielt Studenten suchen! Fahren Sie doch einmal zu einer solchen Messe, und überzeugen Sie sich vor Ort! Sie möchten auch preisgünstige Büros und Firmenräume zur Verfügung stellen, um so genannte Unternehmensgreenhorns dann auch entsprechend zu fördern. Wir laden Sie herzlich ein! All dies ist Bestandteil unseres Konzeptes Online-City. Setzen Sie es endlich mit uns um, liebe Frau Trüpel!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Insbesondere wollen Sie junge Talente an den Standort Bremen locken und um die jungen Talente werben. Auch dies begrüßen wir außerordentlich.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/ Die Grünen]: Dann müssen Sie es auch machen!)

Nur, umgesetzt wird eine Kampagne junges Bremen, und Sie sind doch selbst auch im Beirat der Bremen Marketing, wo die Mittel zur Verfügung gestellt werden. Gott sei Dank sind da jetzt die Schritte in die richtige Richtung auch gemacht. Ihre Pressemitteilung folgt nur ungefähr zwei oder drei Monate, nachdem wir diese Mittel bereits zur Verfügung gestellt haben! Auch in diesem Bereich, liebe Frau Trüpel, kommen Sie leider zu spät, was den Bereich Technologie betrifft, und ich glaube, das zeigt wieder einmal, dass Grüne und Hightech sich doch weitestgehend ausschließen, liebe Frau Trüpel!

(D)

(Beifall bei der CDU – Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Schneller als ihr sind wir allemal!)

Lieber Herr Schramm, nur beim Klatschen bei Udo Lindenberg sind Sie schneller als wir, weil es Ihnen besser gefallen hat!

(Heiterkeit)

Ich will das an dieser Stelle auch sagen, weil durch einzelne Äußerungen auch von Mitgliedern meiner Fraktion vielleicht, gerade was das Bild junges Bremen betrifft, ein falsches Bild nach außen entstanden ist: Wenn ich mir anschau, dass jetzt am 22. Juni ein größerer Event wohl in Bremen stattfindet, so sage ich das für die CDU-Fraktion insgesamt, wir begrüßen außerordentlich, dass am Osterdeich das erste Mal eine solche Vision-Parade stattfindet. Wir halten dies für ein gutes Pilotprojekt, und wenn ich richtig informiert bin, wird die Junge Union sich so

(A) gar mit einem eigenen Wagen an diesem Event teilnehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Grünen!

(Heiterkeit – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Was aber tatsächlich den Stand der Technik und der Grünen richtig beschreibt, sind doch die Fragen zum Thema UMTS, was wir in Bremen in den letzten Wochen zu beobachten hatten. UMTS ist für die Region Bremen ein ganz wichtiges Standbein. Bremen hat nach der erfolgreichen Durchführung der Tagung Mobile Europe 2002, die im März im Rathaus stattgefunden hat, an der sich rund 250 Teilnehmer aus 21 Ländern beteiligt haben, ein weiteres Highlight im Bereich von UMTS gesetzt. Die erfolgreiche UMTS-Konferenz hat darüber hinaus zahlreiche Unternehmensinteressen für Bremen und den Standort hier ausgelöst. In der Planung für einen der nächsten Wirtschaftsförderungsausschüsse befindet sich eine Vorlage für ein Mobile-Solution-Center. Das heißt, dieses Thema UMTS wird offensichtlich angegangen.

Meine Damen und Herren von den Grünen, es ist dann nahezu widersinnig, die Stadt mit Plakaten zu überziehen, auf denen massiv gegen die UMTS-Antennen, die aufgestellt werden sollen, vorgegangen wird. Da fragt man sich wirklich, wer den Dachsack hat, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Grünen!

(B)

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Dass man sich über Gesundheitsrisiken unterhält!)

Nein! Das habe ich ja erwartet, liebe Frau Linnert, man kann sich selbstverständlich über Umwelt- und Gesundheitsrisiken unterhalten, aber alle Gutachten, die vom Rat der Sachverständigen für Umweltfragen herausgegeben werden, sagen, dass die Ergebnisse bisheriger wissenschaftlicher Untersuchungen nicht auf einen begründeten Verdacht von Gesundheitsrisiken hinweisen. Auch dies müssen Sie zur Kenntnis nehmen, liebe Fraktion Bündnis 90/Die Grünen!

(Beifall bei der CDU)

Es geht ja nicht darum, schauen Sie sich die Schweiz an, in der Schweiz gibt es deutlich niedrigere Grenzwerte als hier, und trotzdem wird dort weiter demonstriert! Es handelt sich doch um die allgemeine Larmoyanz, was die Einführung von neuen Technologien betrifft.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber dass die Schweiz nun gerade der Standort ist, der darnieder liegt, können Sie wirklich nicht behaupten! – Abg. Teiser [CDU]: Zeigen Sie einmal Ihr Handy!)

Aber es ist noch kein UMTS-Handy, davon gehe ich nicht aus! Ich gehe darüber hinaus darauf ein, dass wir natürlich auch in anderen Bereichen Nachholbedarf haben. Wenn ich mir anschau die Zahl – –.

(C)

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Aha!)

Ich will auch etwas zum Thema UMTS sagen, Frau Trüpel, weil Sie das auch herausheben, auch das ganz deutlich! Ich fordere auch an dieser Stelle schon die Deutsche Telekom auf, um das ganz deutlich zu sagen, dass sie bei der Umsetzung der UMTS-Maßnahmen nicht hinter den Privaten von Vodafone zurückfällt! Das ist aber Aufgabe der Deutschen Telekom und nicht die Aufgabe des Wirtschaftssenators. Das muss man an dieser Stelle auch ganz deutlich sagen. Andere Standorte, die mit Vodafone dort umsetzen, sind in einigen Bereichen schon weiter. Diese Aufforderung geht ganz eindeutig an die Deutsche Telekom, hier schneller in die Hufe zu kommen und sich nicht auf ihren eigenen Problemen auszuruhen und vielleicht diese Einführung von UMTS am Standort Bremen nicht zügiger umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte allerdings auch auf die Zahl der Patente eingehen. Bremen meldet ungefähr 0,4 Prozent – so war zumindest der Stand 1999, das ist die letzte Zahl, die ich habe – der bundesweiten Patente an. Im Vergleich zu der Bevölkerung besteht dort nach wie vor ein Nachholbedarf, das muss man ganz deutlich erkennen.

(D)

Zum Zweiten, es gibt natürlich auch Unwägbarkeiten bei der Frage des Hochschulentwicklungsplans. Wir sind gespannt, welche Vorlage uns der Wissenschaftssenator machen wird.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir auch!)

Herr Dr. Kuhn, Sie haben dazu auch schon Veranstaltungen gemacht. Wir sind beide gespannt, was denn für eine Vorlage kommt, und auch da erwarten wir natürlich vom Wissenschaftssenator einen Plan, der tatsächlich zur Grundlage hat, dass die Entwicklung, die wir im Bereich der neuen Technologien hatten, auch durch einen solchen Hochschulentwicklungsplan entsprechend unterstützt wird, um das an dieser Stelle auch ganz deutlich zu sagen.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Das ist ja ein Witz!)

Frau Busch, ich dachte, Sie sind auch für Zukunftstechnologien in der Fraktion zuständig! Ich weiß gar nicht, was das für ein Witz ist! Wir haben mit Mit-

- (A) teln aus dem Investitionssonderprogramm den Wissenschaftsbereich üppig ausgestattet, damit neue Bereiche aufgebaut werden können, und nun ist natürlich der zweite Teil an der Reihe, dass man auch einmal sagen muss, welche Bereiche an der Universität etwas zurückgefahren werden müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Nur ein Wort an dieser Stelle zur Bildungspolitik! Wenn man sich anschaut, wie Bremen abgeschnitten hat, speziell bei der Untersuchung der DIHK, so stellt man fest, dass es im Bildungsbereich nach wie vor eine Unzufriedenheit zumindest bei den Unternehmern gibt. Wir sind sehr gespannt, welches Pisa-Ergebnis durch die Pisa-E-Untersuchung – wann sie auch immer vorgelegt wird, ob vor oder nach der Bundestagswahl – herauskommt. Der Bildungssenator kündigt ja jetzt schon an, so toll werden die Ergebnisse wohl nicht werden. Ich glaube, damit versucht er schon einmal den Weg zu bereiten, damit keiner in Bremen allzu schockiert ist, aber auch da gibt es natürlich einen erheblichen Nachholbedarf.

Was ist zu machen für die Zukunft? Für die Zukunft möchte ich im Endeffekt, weil wir das im letzten Jahr gemacht haben, noch einmal zehn Punkte formulieren, die wir entsprechend in den nächsten Jahren auch einfordern und umsetzen werden.

- (B) Zum Ersten habe ich gesagt, dass wir eine intensive internationale Akquisition betreiben wollen. Viele Standorte, ich hatte das gerade angesprochen, machen dies und richten vor allen Dingen ihre Einrichtungen auch auf Weltmarktführer aus. Deshalb begrüße ich es außerordentlich, dass der Bürgermeister bei seinem Besuch in Finnland auch Gespräche mit der Firma Nokia geführt hat, und ich möchte noch einmal unsere Forderung bekräftigen, wir hoffen auch, dass es uns in den nächsten Monaten oder Jahren gelingen wird, einen entsprechenden Hardwarepartner als Kooperationspartner für Bremen zu finden.

Zum Zweiten soll ein noch intensiveres Standortmarketing betrieben werden. Dieses Standortmarketing muss vor allen Dingen nach innen wie auch nach außen wirken. Wir schlagen konkret die Umsetzung einer Maßnahme vor, diesen Bereich durch eine Roadshow umzusetzen. Wir haben dies im Bereich der Geowissenschaften mit dem Schiff jetzt angefangen, und ich glaube, dass man dies im Bereich der anderen Technologiebereiche auch entsprechend umsetzen kann.

Wir fordern darüber hinaus, die Außenwirtschaftsförderung noch gezielter darauf auszulegen, dass wir tatsächlich von den Standorten, wo Hightech stattfindet, profitieren. Dies ist zum einen in dem Bereich USA, zum Zweiten in dem Bereich Fernost und zum Dritten auch kommend der Bereich Südamerika. Dies muss auch untermauert werden, indem wir uns

- zum Beispiel bei diesen Überlegungen strategisch überlegen, welche Städtepartnerschaften wir mittelfristig neu angehen. (C)

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wann kommt das denn? – Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Ankündigungen!)

Frau Trüpel, natürlich, ich habe ja gesagt, ich will jetzt die Zukunft behandeln. Deshalb kann ich ja nur ankündigen. Sie können uns dann in zwei oder drei Jahren kontrollieren, was wir davon auch umgesetzt haben.

Viertens möchten wir die vorhandenen Science-Parks mit einem stärkeren, professionelleren Management tatsächlich auch ausrichten. Darüber hinaus fordern wir entsprechend fünftens eine ganz konkrete Gründung einer Technologieparkgesellschaft für den Technologiepark. Es ist mittlerweile ein Freundeskreis gegründet, dieser Freundeskreis kann dies vorübergehend wahrnehmen, aber wir möchten es darüber hinaus auch verstärkt professionalisieren. Sechstens: Eine verstärkte Cluster-Bildung in den Bereichen, ich hatte das vorhin erwähnt, Biotechnologie, Medizin und Gesundheit!

- Siebtens, und da sind wir natürlich bei einem entscheidenden Punkt, nämlich dem Ausbau des Technologieparks zu einem gesamten Technologiestadtteil, wie es auch in allen Bereichen weltweit funktioniert! Da müssen wir wahrscheinlich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode eine schwierige Frage lösen, nämlich: Wohin entwickeln wir diesen Technologiestadtteil? Wir haben als CDU-Fraktion mit dem Konzept Online-City dazu auch eine entsprechende Antwort, und wir hoffen, dass die anderen Parteien mit dieser Umsetzung des Zukunftsstadtteils Online-City entsprechend umgehen. (D)

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]: Wir setzen ja auf ein anderes Konzept, wie Sie wissen!)

Ja, Frau Lemke-Schulte, aber ich habe ja gesagt, wir haben uns auf ein Verfahren verständigt, wir warten darauf, dass ein Gutachten vorgelegt wird. Das werden wir dann gemeinsam auswerten, und dann werden wir sehen, ob wir zueinander finden. Es ist aber doch völlig legitim für uns, dass wir an unserem Konzept zunächst auch einmal festhalten, dass wir dies entsprechend umsetzen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Achtens: Wir wollen die Medienkompetenz in den Schulen weiter stärken. Dazu werden wir auch in den nächsten Wochen noch einmal konkrete Forderungen vorstellen. Die Medienkompetenz – das muss, glaube ich, unser Ziel sein – muss tatsächlich ein

(A) durchgängiges Lehrziel im Bereich der Schulen sein. Multimediale Lerninhalte dürfen nicht zufällig gewählt werden, sondern sie müssen sich in den Lehrplänen der Schulstufen und -arten wiederfinden und auch für die Schulen verbindlich sein. Herr Senator Lemke, ich glaube, dass wir an diesem Ziel durchaus auch gemeinsam arbeiten werden.

Neuntens: Wir müssen noch gezielter Professoren werben. Das ist sicherlich nach wie vor bei den Gestaltungsmöglichkeiten gerade auch der Bezahlung von Professoren eine sehr schwierige Frage. Jörg Jäger als unser wissenschaftspolitischer Sprecher hat dazu auch konkrete Vorschläge gemacht, wie dies passieren kann. Wir sind uns aber einig, glaube ich, dass dies einer der Schlüssel ist, Herr Senator Lemke, wie wir tatsächlich den Standort Bremen in den nächsten Jahren im Bereich Wissenschaft, damit auch im Bereich Forschung und Entwicklung und natürlich auch Wirtschaftspolitik, weiterentwickeln können.

Zehntens: Wir hoffen, dass wir mit der Benennung von Professor Dr. Timm auch ganz ausdrücklich den Zukunftskreis kurzfristig einrichten können. Wir glauben, dass gerade dieser Zukunftskreis wichtig ist. Um in dem Hightech-Bereich, den Oliver North als dritten Bereich genannt hat, führend zu werden, brauchen wir auch eine F- und E-orientierte Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund kommt allen Parlamentariern an dieser Stelle eine besondere Verantwortung zu, dass wir entsprechend positiv auf den technologischen Fortschritt reagieren, ihn positiv auch über das Haus der Bürgerschaft hinaus verbreiten. Die CDU-Fraktion wird hierzu ihren Beitrag leisten, und ich hoffe, dass die anderen Fraktionen entsprechend mitziehen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Busch.

Abg. Frau **Busch** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich schon auf das Förderprogramm zur Einstimmung der Bevölkerung auf F- und E-Technologien. Das finde ich richtig gut!

(Abg. **Eckhoff** [CDU]: Als Erste wird Ihre Fraktion ausgebildet, Frau Busch! –
Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Das war unter Niveau!)

Meine Damen und Herren, was lange währt, wird fast gut! Erneut haben wir heute die Gelegenheit, über die Rahmenbedingungen zu sprechen, mit denen das Land Bremen einen vorderen Platz in der Wissens- und Technologiegesellschaft einnehmen soll. Wenn man als Zweite redet, passiert es natürlich, dass es zu Wiederholungen kommt. In diesem

Fall finde ich das gut, denn Wiederholungen festigen das Wissen, und Sie werden dann aber auch feststellen, wo vielleicht die Unterschiede in diesen Redebeiträgen liegen.

(C)

Der Weg in die Informationsgesellschaft ist ein permanenter Prozess, der visionärer und nachvollziehbarer Leitbilder und auch Persönlichkeiten bedarf. Es musste ein langer Weg gegangen werden, um diese Vision zu entwickeln, wobei ich hoffe, dass es nicht bei der Vision bleibt. Ich hoffe auch, dass InnoVision nicht in Zusammenhang gebracht wird mit der Vision-Parade, das ist doch etwas anderes!

(Beifall bei der SPD)

Die in der Vorlage „InnoVision 2010“ beschriebenen Ziele bedürfen dringend einer praktischen Umsetzung. Wir haben es gehört, von der CDU und von Herrn Eckhoff eben dargestellt wird behauptet, dass die wesentlichen neuen Bausteine, um eine innovative Strukturpolitik zu entwickeln, eigentlich in dem Zehn-Punkte-Papier gestanden haben. Lassen Sie mich daran erinnern, wie lange bereits über Strategien nachgedacht wird, die leider bisher trotz vieler Beschlüsse nicht ausreichend umgesetzt wurden! Zu Beginn der achtziger Jahre haben wir das bremische Innovationsprogramm zum ersten Mal für die Technologiepolitik zu einem Schwerpunkt auch der SPD-Politik gemacht. Ich erinnere daran, das Wirtschaftsressort war damals noch SPD-geführt

(D)

(Beifall bei der SPD – Abg. **Eckhoff** [CDU]: Damals waren noch alle Ressorts SPD-geführt! – Abg. **Tieser** [CDU]: Da war die Welt noch in Ordnung!)

– ja, das finde ich auch –, und kontinuierlich wurden neue Technologien als Chance zum strategischen Wandel im Lande Bremen begriffen.

Ich erinnere auch an die erfolgreichen und zukunftsweisenden Projekte Brise, Bremer regionale Informationsstrategieentwicklung, die Teilnahme an der Bangemann-Challenge, heute die Entwicklung Tele-City, übrigens auch eine Grundlage dafür, Herr Eckhoff, dass wir mit Finnland gut zusammenarbeiten und mit Nokia Verbindung haben. Das ist alles eigentlich einmal aus dieser ursprünglichen Einreichung zur Bangemann-Challenge entstanden, damals unter Federführung des Häfenressorts, auch SPD-geführt zu der Zeit.

Bereits in den achtziger Jahren gab es auch Technologieförderprogramme, zum Beispiel Multimedia. Man glaubt es heute kaum, aber damals wurde noch die Herstellung von CD-ROM gefördert. Heute kann das fast jedes Kind zu Hause machen, wenn die Materialien da sind. Wir hatten ein Programm, das EDI hieß, Electronic Data Interchange, ein Programm mit einer besonderen Förderung von Firmenverbänden, mit dem dann Wissensnehmer und -geber zusam-

(A) mengebracht und dann eigentlich mehr die kleineren Unternehmen, die Wissensnehmer, gefördert wurden. Dieses Programm kann man weitgehend als Vorreiter für die heutigen E-Commerce-Programme betrachten. Wir reden hier also nicht über bahnbrechende neue Ideen, sondern über deren erforderliche Weiterentwicklung.

(Beifall bei der SPD)

Die Technologieoffensive beschreibt nun künftige Ziele und Handlungsfelder, auf die ich teilweise eingehen möchte. Aus diesen zwölf Punkten der Vorlage möchte ich einige herausgreifen, die der SPD-Fraktion besonders wichtig sind. Wirklich neu ist das Ziel – und ich hoffe, es ist ein Ziel und keine Vision – der künftigen Zusammenarbeit der Ressorts Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeit, Gesundheit und Umwelt. In der Vergangenheit, das muss man hier ja wirklich betonen, hat die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft schon immer ganz hervorragend geklappt.

(Beifall bei der SPD)

Die meisten Projekte, die hier entstanden sind, sind aus dieser hervorragenden Zusammenarbeit hervorgegangen.

(B) Ein bisschen benachteiligt waren aber eben in der Vergangenheit Projekte aus den Ressorts Arbeit, Gesundheit und Umwelt. Unter diesem Gesichtspunkt bin ich mehr als erfreut über die Einsicht des Senats, nun doch – wie von mir damals gefordert, Herr Eckhoff, vielleicht erinnern Sie sich! – für die Querschnittsaufgabe der Steuerung im Bereich Zukunftstechnologien einen Senatsbeauftragten mit entsprechenden Aufgaben der Koordinierung einzusetzen, der im Hinblick, und das betone ich ganz besonders, auf das Gesamtinteresse des Landes die Abstimmung aller Ressorts zur strategischen Ausrichtung in den genannten Bereichen optimiert.

(Beifall bei der SPD)

Noch viel mehr freut mich, wer künftig diese Aufgabe wahrnehmen soll. Wir haben es nun schon gehört und konnten es auch der Presse entnehmen, dass der Nochrektor der Universität Bremen, Professor Dr. Timm, diese Aufgabe bereits ab dem 1. September 2002 für fünf Jahre übernehmen soll.

(Beifall bei der SPD)

Mit dieser Wahl besteht die Chance, mit erfahrener und kompetenter Hilfe nicht nur den strategisch wichtigen Verbund von Wirtschaft und Wissenschaft weiter zu forcieren, darüber hinaus wurde eine Per-

sönlichkeit gefunden, die in allen Bereichen unseres gesamten Lebens eine hohe Anerkennung genießt.

(Beifall bei der SPD)

Leider kann ich den Senat nun nicht so loben, wie ich es eigentlich gewollt habe, denn ich finde es sehr bedauerlich, dass er von der Gründung eines Technologiekabinetts Abstand genommen hat.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Das ist auch richtig so!)

Statt der in solch einem Kabinett kooperierenden Senatoren der Bereiche Wirtschaft, Wissenschaft und Finanzen wurde wieder eine Steuerungs- und Lenkungsgruppe auf Staatsräteebene eingerichtet. Nun will ich nichts gegen die Staatsräte sagen, aber einerseits ist zu befürchten, dass bei der Vielzahl von Steuerungsgruppen die Übersicht verloren geht

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist lange passiert!)

und andererseits, wie ich das auch bei der Umsetzung des T.I.M.E.-Programms feststellen konnte, der Eindruck entsteht, dass einzelne Ressorts in der Frage von Federführung und Koordination miteinander konkurrieren. Meine Hoffnung beruht aber auf der Person von Professor Dr. Timm, der nun entsprechende Vorbereitungen für die Grundsatzorientierung zur Technologiepolitik des Senats mit den beteiligten Ressorts erarbeiten soll.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte einen weiteren Punkt aus dieser Offensive aufgreifen, der mir erwähnenswert erscheint, es ist die Weiterentwicklung der Einrichtungen BIA und BIS zu bremischen Innovationszentralen. Dies ist aus meiner Sicht nur dann zu unterstützen, wenn sichergestellt ist, dass der Nutzen den Unternehmen gilt, hier insbesondere auch den kleinen und mittleren Unternehmen, denn der Mittelstand ist meiner Ansicht nach in diesem Papier auch viel zu wenig genannt. Spitzentechnologie ist wichtig, aber der Mittelstand schafft Arbeitsplätze!

(Beifall bei der SPD)

Der SPD-Fraktion geht es nicht um die Aufblähung von Gesellschaften, wir können aber feststellen, dass sich die Arbeit von BIA und BIS etabliert hat. Wir haben mit viel Lob den vorigen Geschäftsführer verabschiedet, und wir hoffen, mit dem neuen Geschäftsführer der BIA, Herrn Grollmann, auf Kontinuität zu setzen. Es gibt aber eine Aussage in der Vorlage, die ich nicht unkommentiert lassen möchte. Es heißt, dass die Übernahme der Förderpro-

(C)

(D)

(A) gramme durch BIA und BIS zur deutlichen Effizienzsteigerung und Transparenz geführt hat und Bearbeitungszeiten verkürzt wurden. Ich möchte mich entschieden gegen den versteckten Vorwurf wehren, dass vorher im Ressort schlechter gearbeitet wurde. Man hat mit den Rahmenbedingungen, die man hatte, das erreicht, was man erreichen konnte.

Meine Damen und Herren, die Schaffung von Zukunftsnetzwerken, in denen Vertreter von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung zum Wissens- und Erfahrungsaustausch zusammenkommen, und die Bündelung von bestehenden Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen sind aus Sicht der SPD-Fraktion unverzichtbar. Wir haben ja auch schon erfolgreiche Netzwerke, ich nenne da zum Beispiel die Multimediainitiative oder den First Tuesday, Wireless Wednesday ist auch zu nennen, also Einrichtungen, wo die genannten Personenkreise sich treffen und austauschen, was zu guten Projekten führt und auch zu Erfolgen für unser Bundesland.

(Beifall bei der SPD)

(B) Meine Damen und Herren, es geht aber nicht nur um das Land Bremen, sondern die Region Bremen befindet sich im globalen Wettbewerb der Länder und Gemeinden und muss Strategien entwickeln, um die Standortvorteile gegenüber anderen Regionen zu verstärken. Diese Standortvorteile bestehen in der zentralen Lage in Nordwestdeutschland, der Hightech-Industrie, dem Automobilbau, der Luft- und Raumfahrtlogistik und dem Lebensmittelbereich. Wesentlich für Bremen wird auch wieder die Teilhabe an EU-Programmen sein, aktuell die Teilhabe am sechsten Forschungsrahmenprogramm.

Wir haben viel debattiert über das heute vorliegende Programm „InnoVision 2010“. Es bedurfte vieler Wortschöpfungen, angefangen bei „Task Forces“ bis endlich „InnoVision 2010“. Wir hoffen jetzt, ein geeintes Papier verabschieden zu können. Die SPD-Fraktion ist jedoch der Meinung, dass sich die Überarbeitung gelohnt hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]: Das kann man wohl sagen!)

Auch konnte die Meinung widerlegt werden, Abgeordnete würden Vorlagen nicht lesen. So war dann doch aufgefallen, dass die alte Fassung die Erweiterung des Technologieparks nach Norden beinhaltete, also in das Hollerland, und das wollten wir dann nun doch nicht hinnehmen.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Noch nicht!)

Warten Sie es ab!

(C) Wenn ich die ersten Überlegungen des Wirtschaftsressorts zu einer Multimedia-, Informations- und Kommunikationsinitiative aus dem Jahre 1999 mit dem heutigen Papier vergleiche, dann stelle ich fest, dass es richtig war, beharrlich zu bleiben. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen! Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus diesem Papier aus dem Jahr 1999, wo es hieß: „Die Nachhaltigkeiten, die auf eine bestimmte Technologie, hier ATM, aufsetzen, können daher zurzeit nicht positiv bewertet werden.“

Oder: „Telelearning findet in den Wirtschaftsunternehmen wenig Akzeptanz und Verbreitung. Interaktive multimediale Qualifizierungssysteme werden kaum eingesetzt.“ War das nicht das, was Sie eben gefordert haben, Herr Eckhoff, multimediale Qualifizierungssysteme, angefangen in den Schulen und dann immer weitergehend, bis sich das auch auf Unternehmen ausbreitet? Sehen Sie! Dieser Vorschlag sei eher der Zuständigkeit des Bildungs- oder Arbeitsressorts zuzuschreiben, hieß es damals. Heute denkt man ja, Gott sei Dank, weiter. „Der ökonomische Nutzen für KMU“ – kleine, mittlere Unternehmen – „und die Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bremen ist für den Senator für Wirtschaft und Häfen nicht zu erkennen.“ So 1999!

(D) Jetzt haben wir InnoVision 2010, und es heißt, man höre genau hin: „Bremen hat frühzeitig eine landeseigene Gesellschaft zur Entwicklung von Breitbandtechnologien und deren Anwendung gegründet.“ Toll! Oder wie in der Zeitschrift der Handelskammer erwähnt wird: „Das tolle Projekt ‚D-Lecture‘ – eine Übertragung von Lerneinheiten der Universität“ oder „Die virtuelle Volkshochschule – Projekte, die über das Bundesland und auch über die Bundesrepublik Deutschland hinaus Anerkennung gefunden haben“. Es hat also ein Wandel stattgefunden, und ich denke, es war richtig, dass wir seitens der SPD immer wieder darauf beharrt haben, dass die Zukunftsfähigkeit von ATM eine Chance hat und diese Breitbandtechnologie mit dieser enorm hohen Geschwindigkeit auch nicht durch Technologien ersetzt werden kann, wie sie von Providern auf dem Markt, zum Beispiel durch XDSL, angeboten werden.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens, das Thema Breitbandtechnologie ist jetzt auch ein Thema der Bundesregierung. Auch auf der Internetseite der CDU äußert sich Herr Neumann dazu. Er hat das natürlich aufgegriffen und lobt eigentlich Breitbandtechnologien im Zusammenhang mit der neuen Thematik um die Kabelnetze. Wir haben gestern teilweise darüber debattiert.

Insgesamt ist es also zu begrüßen, dass Technologie nicht nur als Informations- und Kommunikationspolitik verstanden wird, sondern Schwerpunkte benennt, die es zu entwickeln und zu fördern gilt und die für Bremen und Bremerhaven Chancen für

(A) ein wirtschaftliches Wachstum darstellen. Ich hebe dabei besonders Punkte hervor, die Herr Eckhoff auch schon genannt hat. Biotechnologie, die blaue Technologie, ich finde das schon erst einmal vom Namen her super! Das ist ein richtig tolles Projekt für den Standort Bremerhaven.

(Beifall bei der SPD)

Technologien, die mit dem Meer zusammenhängen und die derzeit durch den Bau des Biotechnologiezentrums und auch durch die sehr gute Arbeit der Hochschule in Bremerhaven mit den Unternehmen eine richtig gute Chance für Wachstumsmärkte haben.

(Beifall bei der SPD)

Umwelttechnologie, Gesundheitstechnologie, Design, Luft- und Raumfahrt und Logistik sind Begriffe, die Sie oft genug gehört haben. Es hat aber sehr viel Überzeugungsarbeit, man kann sagen, in den vergangenen Jahren, gekostet, um auch Ihnen von der CDU deutlich zu machen, welche innovative Kraft in den Feldern Gesundheit und auch Design steckt.

(Beifall bei der SPD)

(B) Jedem ist inzwischen klar geworden, wie hoch das Potential der Gesundheitswirtschaft ist und welchen Nutzen das Land Bremen hat, auch wenn wir hier keine medizinische Fakultät haben. Telekommunikation wird in Zukunft eine erhebliche Rolle in der Medizin im Allgemeinen und in der Radiologie im Besonderen spielen. Ich nenne beispielhaft das Zentrum für medizinische Visualisierung und Diagnose, genannt MeVis, an der Universität Bremen, das anerkannter Vorreiter in diesem Bereich ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle auch ein Projekt erwähnen, das wir kürzlich in der Arbeitsdeputation beschlossen haben, ein Gesundheitswirtschafts-Projekt, in dem Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte zusammenarbeiten. Ich finde, das ist auch eine richtig gute Entwicklung für die Bevölkerung, da künftig Krankenhausdaten und Arzneimitteldaten auf digitalem Wege ausgetauscht werden können, natürlich unter Mitarbeit des Datenschutzbeauftragten, damit das auch alles seine Richtigkeit hat. Das kommt einmal dem Gesundheitswesen insgesamt zugute, weil dadurch Kosten gesenkt werden können, aber uns allen als Patienten kommt es auch sehr zugute, weil wir uns dann Arztgänge, erneute Untersuchungen und immer wieder neue Medikamentierungen ersparen können.

Soweit also schon einmal ein Blick auf Projekte der Gesundheitswirtschaft! In diesem Bereich wer-

den sich natürlich auch viele kleinere und mittlere Unternehmen gründen. Das ist jetzt schon abzusehen, und der Nutzen für das Land Bremen ist dann auch gut abzusehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, solche Projekte geben ein gutes Beispiel für den Verbund von Wirtschaft und Wissenschaft.

Jetzt komme ich wieder einmal auf die Forderung von Herrn Eckhoff, die ich vorhin als witzig bezeichnet habe. Herr Eckhoff, richtig ist, dass der Wissenschaftsbereich durch ISP-Mittel enorm profitiert hat. Richtig ist aber auch, dass der Wissenschaftsbereich ein Vorreiter war. Wenn wir dort nicht die guten Hochschulen, die guten Köpfe und die guten Menschen hätten, dann würde die Wirtschaft heute nicht so von den Instituten profitieren, die sich rund um die Universität angesiedelt haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. E c k h o f f [CDU]: Habe ich doch gar nicht bestritten!)

Dann ist es ja gut! Es ist gut, wenn wir da einer Meinung sind!

Ich möchte an dieser Stelle ein Zitat formulieren, das der niedersächsische Ministerpräsident Gabriel vorgestern im Rahmen einer Eröffnung zum Biotechnologiethema gesagt hat: „Ein Land, das kein Gold in der Erde hat, muss auf das Gold in den Köpfen setzen.“ Ich denke, das tun wir hier in Bremen, gerade im Bereich der Wissenschaft.

(Beifall bei der SPD)

In der Wissensgesellschaft braucht die Wirtschaft exzellente Wissenschaft, und die können wir bieten. Die Förderung des Wirtschaftsstrukturwandels wurde seit Beginn der achtziger Jahre durch den nachhaltigen Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur unterstützt. Insbesondere die Beschlüsse zum HGP, zum Forschungsinfrastrukturplan, zum WAP und zum ISP haben dazu beigetragen, einen bemerkenswerten Konsens im Senat und in allen Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft herzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, durch Forschung entstehen neue Produkte und Arbeitsplätze, und zwar in den Naturwissenschaften, aber auch in den Geisteswissenschaften, in der Grundlagenforschung und in der angewandten Forschung. Die wesentlichen Indikatoren für unsere hervorragende Wissenschaftspolitik sind jedoch die enorm hohe Drittmittelquote, die allseits anerkannte Auswahl von Professor Timm als Landestechnologiebeauftragten, das konnten wir ja heute Morgen hören, und auch die Nachfrage nach Flä-

(C)

(D)

(A) chen in Universitätsnähe, auch wenn nicht jeder dorthin gehört, aber darauf möchte ich später noch einmal eingehen.

Zunächst noch einmal Worte zu den Handlungsfeldern, die nicht uneingeschränkt positiv zu betrachten sind! Ich denke, hier gibt es Unterschiede zu den Ansichten der CDU zu diesem Papier. In dem Inno-Vision-2010-Papier fällt auf, dass ein Zentrum nach dem anderen entstehen soll. Zum vorhandenen ZmeC und dem EC-Nordwest-Center und dem IKOM und dem TZI kommen das E-Business-Zentrum, das Loc-Solution-Center, das Mobile-Solution-Center hinzu. Jetzt soll es noch eine Technologieparkgesellschaft geben. Wir müssen das alles hinterfragen. Meines Erachtens ist nicht deutlich genug herausgearbeitet, ob sich diese Einrichtungen ergänzen oder gegenseitig Konkurrenz machen.

(Beifall bei der SPD)

Nun lassen Sie mich zum Thema UMTS kommen! Ich fange erst einmal ruhig an. Bremen will sich als Entwicklungszentrum und Testgebiet für die dritte Mobilfunkgeneration im Markt positionieren. Das ist gut und richtig. Der Kongress, den ich anfänglich als nicht so erfolgreich eingeschätzt habe, war erfolgreich. Herzlichen Glückwunsch, das fand ich gut! Es ist aber darauf zu achten, dass es nach der dritten Mobilfunkgeneration UMTS auch schon wieder Anstrengungen gibt, eine vierte Mobilfunkgeneration zu entwickeln, was bedeutet, dass nicht ausschließlich auf UMTS zu setzen ist, sondern vielmehr auf die Konvergenz. Es bedarf einer ganzheitlichen und vernetzten Betrachtung der Mobil- und Festnetz-kommunikation, wobei auch DVB-T, wir hatten das Thema hier gestern, und Wireless LAN die gleiche Priorität zukommt. Wünschenswert ist eine enge Kooperation zwischen der UMTS-Initiative und dem DVB-T-Piloten der Landesmedienanstalt.

(B) Meine Damen und Herren, UMTS ist verbunden mit neuen Antennenstandorten. Niemand wird mir nachsagen können, dass ich UMTS-feindlich sei, aber ich denke, wir sollten die Ängste der Bevölkerung sehr ernst nehmen,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

und ich denke auch, dass es ein richtiger Schritt war, Projektmittel für die Untersuchung einzusetzen, ob UMTS-Strahlenauswirkungen, thermische Auswirkungen schädlich sind oder nicht.

Meine Damen und Herren, ich werde an dieser Stelle mit den technischen Details enden und wieder auf allgemein verständliche Themen zurückkommen. Eine Überschrift in dem Papier lautet „Audio-visuelle Medien, Medienzentrum“. Die SPD-Fraktion begrüßt die Aussagen, die in der Vorlage genannt werden. Es ist eine immer enger werdende Koope-

ration zwischen Film, Fernsehen, Video- und Audio-produktionen und den multimedialen Internetproduktionen zu beachten. Filmmusik wird zum Sound-design, der Werbefilm zum Mediadesign, die Cutterin arbeitet im Digitalschnitt. Dies wirkt sich auch auf die künftigen Qualifikationsbedarfe aus. Diese Veränderungen bieten die Chance für einen Strukturwandel auch bei Radio Bremen.

(C)

Ich unterstütze die Aussagen, dass durch eine Fusion beider Senderstandorte eine technische Erneuerung und damit der Weg zu einer der modernsten Rundfunkanstalten geebnet werden kann. Allerdings sollten wir uns von der Vorstellung frei machen, Bremen würde zu einem attraktiven Produktionsstandort. Die gefragte Location ist eben woanders. Bremen muss aber auf seine technologischen Stärken setzen und auch für Radio Bremen neue Anwendungsfelder entwickeln und Kooperationspartner suchen, etwa im Bereich Animation, visuelle Effekte oder digitale Postproduktion. Auch auf diesen Feldern sehe ich wieder gute Chancen der Zusammenarbeit zwischen Radio Bremen, weiteren angesiedelten Unternehmen und den Hochschulen unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

Es ist jedoch zu beachten, dass wir künftig die alte Tante Rundfunk, so möchte ich es einmal nennen, mit dem schnellen Yuppie Multimedia intelligent miteinander verknüpfen. Dann spielen sowohl Radio Bremen als auch die Film- und Fernsehschaffenden eine wichtige Rolle.

(D)

Was in dieser Vorlage aber nun völlig fehlt, ist eine Aussage zum Standort, die ich für die SPD-Fraktion gern nachholen will. Um Radio Bremen die Entwicklungspotentiale zukommen zu lassen, die dieser Sender verdient, um eine medienpolitische Herausforderung anzunehmen und um eine städtebaulich vernünftige Gestaltung der Faulenstraße zu erreichen, ist der Standort Faulenquartier der einzig Richtige.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn ich mich schon zum Standort Faulenquartier äußere, ist klar, dass nun der Bogen zu schlagen ist zum Thema Technologiepark, Technopolis. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, was hätten wir in Bremen bereits erreichen können, wenn Sie sich statt der Vergeudung von Energie und Ressourcen zur Forderung der Norderweiterung mit Politikinhalt beschäftigt hätten!

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Eckhoff [CDU]: Sie haben doch gerade in 25 Minuten die Inhalte gelobt!)

(A) Ich wusste doch nicht, was Sie reden! Jetzt aber, nach dem Beschluss des Senats zur Erweiterung des Technologieparks gen Westen, erwarten wir von der CDU, dass sie nun endlich ihre schon immer falsche Forderung nach gewerblicher Nutzung des Hollerlands aufgibt.

(Beifall bei der SPD)

Es kommt darauf an sicherzustellen, dass Unternehmen ohne Wissenschafts- oder besondere Technologiebezüge künftig nicht mehr im Technologiepark Universität, sondern auf Gewerbeflächen mit dem den jeweiligen Ansiedlungsinteressenten besser entsprechenden Profil angesiedelt werden. Die SPD-Fraktion bleibt dabei und sieht sich auch durch den Senatsbeschluss bestätigt, dass die dringend notwendige Fortsetzung der Erfolgsgeschichte Technologiepark ohne jeden Angriff auf das Naturschutzgebiet Hollerland möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen nachdrücklich den Beschluss, fast alle zunächst bedrohten Kleingärten zu schützen. Das war stets die Forderung der SPD-Fraktion.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. E c k h o f f [CDU]: Dann spricht Herr Böhrnsen nicht mehr für die Fraktion!)

(B)

Damit hat auch die Verunsicherung der Kleingärtner ein glückliches Ende gefunden. An dieser Stelle gilt mein Dank den Kleingärtnern, die sich nicht haben aufs Glatteis führen lassen

(Heiterkeit)

und trotz der Angst um die Verluste

(Unruhe)

– nein, hören Sie doch bis zum Ende zu! – nicht etwa gefordert haben, nun müsste doch der Technologiepark ins Hollerland erweitert werden.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU)

Das haben sie nicht gemacht.

(Zuruf der Abg. Frau H a k e r [CDU])

Sie müssen verstehen, was ich sage, Frau Haker! Ich denke, da können Sie zustimmen.

Wir erwarten jetzt allerdings vom Senat

(Unruhe bei der CDU)

– ich weiß gar nicht, warum Sie so aufgeregt sind –, dass er schnellstmöglich geeignete Ersatzflächen für den Campingplatz und den Reiterhof zur Verfügung stellt. Gerade für den mehrfach ausgezeichneten Campingplatz ist gleichwertiger Ersatz ein besonders dringliches bremisches Interesse.

(C)

(Unruhe bei der CDU)

Ich meine auch, Bremen braucht keine Online-City, Bremen muss Technopolis werden!

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen keinen Technologiestadtteil, sondern das Land Bremen muss ein technologisches Vorzeigeland werden!

(Beifall bei der SPD)

Es läuft gerade ein Gutachten zur Urbanisierung des bisherigen oder jetzigen Technologieparks, aber wir müssen beachten, Wohnen und Gewerbe vertragen sich trotz des Wunsches nach Urbanität auch in Technologieparks nach überwiegender Einschätzung der dort tätigen Unternehmer eher schlecht. Sie fürchten womöglich Einschränkungen in der unternehmerischen Freiheit, und sie fürchten auch Vorgaben und Auflagen, mit denen sie konfrontiert werden könnten. Die beklagten Urbanitätsdefizite können somit nur begrenzt durch die Integration von Wohnen ausgeglichen werden. Einfacher wäre womöglich eine stärkere Vernetzung bestehender Wohngebiete mit den Rändern des Technologieparks.

(D)

Das von der Koalition vereinbarte I- und K-Landesprogramm ist wichtige Basis einer Technopoliskonzeption, und hat daher bei der Entwicklung Bremens und Bremerhavens zu Technologiestädten eine Schlüsselfunktion. Hier sind rechtzeitig die richtigen Entwicklungen voranzutreiben, und das ist besonders wichtig. Wir müssen auch Folgendes bedenken: Auch Hightech-Unternehmen altern! In zehn Jahren wird vielleicht E-Commerce keine ganz junge Branche mehr sein. Technopolis heißt aber, diesen Wandel positiv zu nutzen und überall bereit für die neuesten Entwicklungen zu sein, statt sich in einigen Jahren zu überlegen, wie man die Entwicklung von ehemaligen Technologieparks in Gewerbebrachen verhindern kann.

Die Entwicklung einer Technopolis Bremen geht über die Ausweisung von Technologieparks weit hinaus. Der Begriff Technologiestadt lenkt den Blick bewusst auf die Stadt als solche. Stadt meint Lebens- und Wirtschaftsraum, meint Leben und Arbeiten und meint Lebensraumgestaltung für Menschen.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich endet die Arbeit von Politik und Verwaltung nicht mit der Verabschiedung des Papiers „Technologieoffensive für das Land Bremen“, sondern sie fängt jetzt

(A) erst an. Ich möchte noch ganz kurz einige Dinge erwähnen, die mir in diesem Papier besonders fehlen! Herr Eckhoff hat zu Beginn von Patenten gesprochen, hat bemängelt, dass die Patentlage bei uns noch nicht optimal ist. Ich hätte es gut gefunden, wenn in diesem Papier Regelungen zur Ansiedlung des Patent- und Normenzentrums, zur Ausweitung des Patent- und Normenzentrums gefunden worden wären. Das Thema fehlt hier völlig.

Am Rande möchte ich auch noch einmal erwähnen, wenn wir von Technologien reden und unsere hervorragende Verwaltung betrachten, wir haben ein Superprojekt bremen.de, mehrfach ausgezeichnet, das wird sehr gut durch das Finanzressort, durch Herrn Perschau vorangetrieben. Was ich dann überhaupt nicht verstehen kann, ist die Weigerung der CDU, ein Informationsfreiheitsgesetz zu verabschieden, was für mich in engem Zusammenhang mit diesem Projekt bremen.de steht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das Thema Risikokapital, Wagniskapital, Venturkapital ist kurz im Papier angesprochen. Auch hier sehe ich noch Forderungen, die erfüllt werden müssen. Hier muss Bremen eigentlich mehr tun für Unternehmen, die vielleicht nicht in das Programm KMU passen, oder Unterscheidungen vornehmen zwischen kleinen, mittleren Unternehmen und anderen Unternehmen.

(B) Wir haben gestern die Diskussion um Förderprogramme gehabt. Ich konnte die Aussage von Herrn Dr. Färber nicht ganz verstehen. Die Streitfrage, ob man KMU neu definieren soll, ob man von 250 Beschäftigten auf 500 Beschäftigte erhöht, ich glaube, das ist nicht die Frage. Die Frage ist wirklich, wie ich kleine und mittlere Unternehmen unterstützen, wie ich sie an neue Technologien heranbringen und mit anderen Unternehmen zusammenarbeiten lassen kann, und nicht die Frage nach der Zahl der Beschäftigten.

(Beifall bei der SPD – Abg. F o c k e
[CDU]: Ja, das ist genau der Punkt! Aber das ist von Herrn Käse angesprochen worden und nicht von Herrn Färber! – Glocke)

Ich komme damit zum Schluss! Ich versichere Ihnen, dass die SPD-Fraktion die Umsetzung der Ziele sehr genau verfolgen wird und mit Spannung die Ergebnisse der Evaluation erwartet, wenn sie dann stattgefunden hat. Damit Sie auch alle sehen können, wie aus Visionen Realität wird, lade ich Sie ein, an den Veranstaltungen unserer Hochschulen und Institute im Land Bremen im Rahmen des Wissenschaftssommers teilzunehmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel. (C)

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Champions-League-Spiel, das gestern Abend in Glasgow zu Ende gegangen ist, ist schon einige Stunden her, aber das, was die SPD hier eben geliefert hat, insbesondere die Ausführung zu den Kleingärten, war ja wohl ein glattes Eigentor.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir reden heute in dieser Debatte um die Technologiepolitik in den nächsten Jahren im Bundesland Bremen darüber, was die Ressourcen der Zukunft sind. Wenn diese Debatte tragend sein soll, dann müssen wir Grundlagen schaffen, diese Ressourcen wirklich zu erkennen. Wir müssen uns darüber klar werden, wie wir sie fördern wollen und vor allem, wie wir schnell genug sind mit den politischen Konzeptionen und der Umsetzung. Von daher teile ich die Zentralität des Themas, das durch die Mitteilung des Senats hier heute verhandelt wird, und ich werde im Weiteren ausführen, was wir bis zu welchem Punkt teilen und wo wir uns unterscheiden.

Wir haben in den letzten Wochen mit Plakaten und einer Veranstaltungsreihe öffentlich darauf aufmerksam gemacht, dass für die Grünen die Entwicklung von Talenten, Hightech und Toleranz ein Top-Thema ist. Also, an dem Punkt unterscheiden wir uns nicht von den Grundlagen der Technologiepolitik der großen Koalition, allerdings haben wir einen breiteren Ansatz. (D)

Was sind die Erfolgsfaktoren der Zukunft? Es gibt eine Studie von Richard Florida, einem Universitätsprofessor aus Pittsburgh, der in den USA und in Westeuropa die prosperierendsten Regionen untersucht hat, und er hat Folgendes festgestellt: Die Regionen, die am besten dastehen, sind die, die sich dadurch auszeichnen, dass sie drei Bereiche ganz entschieden und mit politischer Klarheit und Bewusstheit gefördert haben, nämlich Technologie, Hightech, aber auch modernste Umweltschutztechnologien, die nämlich Hightech sind, lieber Jens Eckhoff, und dass die Regionen, die das insbesondere gemacht haben, die Nase vorn haben.

Nächster Punkt, Talente: Nur die Regionen, die im Wettkampf um die besten Köpfe erfolgreich sind, haben eine Chance, den internationalen Wettbewerb zu bestehen. Was hat die CDU in den letzten Jahren gemacht? Sie hat hier Parolen getitelt „Kinder statt Inder“! Nein, das ist hinterwäldlerisch, lieber Jens Eckhoff!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Sehen Sie – jetzt sind sie leider gerade aufgestanden – die jungen Leute da eben auf der Tribüne! Die Hochschulgruppen, die hier studieren, sind mittlerweile international zusammengesetzt, es sind junge Menschen aus aller Herren Länder. Das ist unsere Zukunft! So sehen die Lerngruppen der Zukunft aus, und wenn wir gut sind, sieht vielleicht die nächste Zusammensetzung in diesem Haus auch ein bisschen mehr so aus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Drittes T, neben Talente, Technologie: Toleranz! Die erfolgreichsten Regionen sind die, die interkulturell sind, die weltoffen sind, wo Menschen aus der ganzen Welt eine Chance haben. Ich habe vor kurzem eine Presseerklärung von Ihnen gelesen, Herr Eckhoff, in der Sie sich zur Technologiepolitik geäußert haben, und dann gab es gleich wieder so einen hinterwäldlerischen Schlenker, dass man die Zuwanderung ganz entschieden eindämmen muss. Ich glaube, gerade umgekehrt wird ein Schuh daraus, wenn man diese Studien liest, dass gerade die interkulturellen Regionen, die die klügsten Köpfe aus der ganzen Welt haben, diejenigen sind, die die ökonomischen Herausforderungen der Zukunft meistern können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) An dem Punkt haben wir also einen breiteren Ansatz als Sie und einen Dissens. Weiter kann man in dieser Studie lernen, dass die Regionen, die besonders erfolgreich sind, urban sind, tolle Kneipen haben, gute Hochschulen, interessante Geschäfte und dass sozusagen anregende Milieus in diesen Regionen existieren, und dafür kann die Politik natürlich etwas tun. Man kann dafür werben, dass es das gibt, da kann man die Stadtentwicklung in dieser Hinsicht betreiben. Das ist etwas, was man direkt fördern muss, und da darf man keine Propaganda gegen Zuwanderung machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man kann es auch noch ein bisschen deutlicher sagen: Gerade wenn Deutschland – auch vor dem Hintergrund der ökonomischen Probleme in unserem Land in den nächsten Jahren – wirklich eine Zukunftschance haben will, darf man nicht provinziell sein, sondern muss diese Herausforderung vor dem Hintergrund der Globalisierung bewusst aufnehmen und sie natürlich politisch gestalten wollen, aber in Angriff nehmen und sozusagen mit freiem Blick in die nächsten Jahre hier eine Politik entwerfen.

Die Zukunftsressourcen sind schon lange nicht mehr Kohle, sie sind aber auch nicht mehr die Infrastruktur der Datenautobahnen, sondern gerade bei der Alterspyramide in unserer Gesellschaft, bei der

Globalisierung, der Internationalisierung der Finanzmärkte, aber auch der Internationalisierung der Forschung – die Scientific Community ist so international wie keine andere Berufsgruppe – kann man einfach nur feststellen, die Ressourcen der Zukunft sind Jugend und Intelligenz. Das sind die beiden Faktoren, um die wir uns in den nächsten Jahren ganz entscheidend kümmern müssen.

Das gilt natürlich auch für die Universität, und der designierte Rektor, Herr Professor Müller, mit dem ich vor kurzem sprach, hat auch für sich gesagt, dass er in den nächsten Jahren eine Hochschulpolitik machen werde, in der die Frage, die Jugend der Welt zu gewinnen und nach Bremen zu holen, hier an die Hochschulen, die Universität, ein ganz wichtiger Punkt seiner Politik sein wird, um die Universität Bremen weiter zu entwickeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Also, ich stelle noch einmal fest: Bei der prinzipiellen Frage einer Technologieoffensive für das Land Bremen haben Sie uns an Ihrer Seite.

Jetzt komme ich aber zu den Punkten, die wir kritisch sehen und bei denen wir uns unterscheiden. Selbst die Mitteilung des Senats zeigt, dass es noch viel zu tun gibt, und das möchte ich mit Erlaubnis des Präsidenten kurz zitieren. Da steht nämlich, und das finde ich, ehrlich gesagt, auch gut, dass es hier eine gewisse Ehrlichkeit gibt, auch in der Positionierung des Wirtschaftsressorts:

„Die Erfolge der Vergangenheit bieten jedoch keine ausreichende Grundlage für die Bewältigung zukünftiger Herausforderungen.“ Also, es ist klar, es gibt eine Menge zu tun. „Der weltweite technologische und organisatorische Wandel stagniert nicht, sondern setzt sich beschleunigt fort und schafft neue Herausforderungen, auf die Bremen reagieren muss.“ Das ist richtig! Herr Eckhoff hat deswegen ja auch vor allem angekündigt, was Sie noch vorhaben.

Man muss aber auch feststellen, dass Sie in den letzten Jahren leider ein paar Sachen nicht schnell genug bewegt haben. Erstes Beispiel: Seit 1999 wird darüber geredet, Bremen in T.I.M.E. zu machen. 2000 ist das Programm beschlossen worden, und wenn man heute – heute Morgen haben wir das noch einmal gemacht – versucht, die Website von Bremen in T.I.M.E. anzuklicken, dann findet man etwas, darauf steht: „Hier entsteht die neue Internetpräsenz des Landesprogramms Bremen in T.I.M.E.“, und das ist seit zwei Jahren der Fall.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, das nenne ich, und ehrlich gesagt, mit besonderer Empfehlung an meinen Kollegen Herrn Focke, Bremen in T.I.M.E. taumelt im Timelag. Das ist nur eines der Beispiele da-

(C)

(D)

(A) für, weil Sie uns ja eben gefragt haben, wo wir uns eigentlich unterscheiden. Unsere Kritik geht nicht auf die Grundlagen, da gibt es an vielen Punkten konzeptionellen Konsens, sondern es geht darum, dass Sie eine Menge Umsetzungsdefizite haben, und das war ein deutliches Beispiel. So sieht es aus, so dürfte es schon seit langem nicht mehr aussehen.

Der nächste Punkt: Jetzt wird uns hier verkauft, dass der Wirrwarr von Kompetenzen – Technologiebeauftragter, die BIA wird zur Innovationszentrale – nun eine besonders tolle Leistung der großen Koalition sein soll. Jetzt wird auch noch ein Technologie-kabinetts eingerichtet.

(Zuruf der Abg. Frau B u s c h [SPD])

Meine Damen und Herren, wenn ich irgendetwas aus der Debatte auch um Pisa gelernt habe und was sozusagen das Querschnittsdenken mit neuen Technologien und urbanen Milieus angeht, dann darf man es gerade nicht aus dem Senat herausziehen, sondern es muss bis in das Wissenschafts- und Bildungsressort und die Jugendpolitik verankert werden, dass Bremen diese Zukunftsherausforderung offensiv annimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Es ist aber natürlich auch nur einmal wieder ein Ergebnis dessen, dass SPD und CDU sich nicht wirklich einigen konnten. Wir haben Ihnen schon vor ein paar Jahren gesagt, dass die politische Bündelung und Erkennbarkeit bei dieser Technologiepolitik in Bremen nicht wirklich vorhanden ist. Herr Stoiber hatte immer das Motto „mit Laptop und Lederhose“ und hat so versucht, das für Bayern zu popularisieren. Von Bürgermeister Scherf kann man lesen, dass seine Frau den Computer eher beherrscht als er. Ich meine, schön, dass die Frau das kann, aber ehrlich gesagt, eine tolle Reklame für die Technologieoffensive des Ministerpräsidenten des Bundeslandes ist es nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Genauso kann ich dann fragen, wenn uns das hier heute so toll dargestellt wird, dass nun Herr Professor Timm und Dr. Rollmann, der neue Leiter der BIA, zusammenarbeiten sollen: Ja, wie denn eigentlich? Wie sind denn die Kooperationen? Wer hat den Zugriff auf die Finanzen? Wer bestimmt über die Finanzströme, wohin sie gehen? Wir haben doch so viele Fälle in den letzten Jahren gehabt, wo Sie irgendwelche Strukturen geschaffen haben, wo es Reibungen gab, weil die konzeptionelle Struktur nicht wirklich klar war. Ich bin mir nicht so sicher, dass es das Gelbe vom Ei ist, was Sie hier machen. Ich sage hier nichts gegen die beiden Herren, aber gegen die Struktur, die Sie sich hier ausgedacht ha-

ben und die Sie jetzt hochjubeln. Wir werden ja demnächst sehen, ob das so gut läuft. Wie gesagt, ich bin da skeptisch.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nächster Punkt, auch das ist ein Instrument der Wirtschaftsförderpolitik in Bremen: Die Bremer Aufbaubank, das ist von Ihnen ja immer betrieben worden, taucht übrigens in dem Papier ein paar Mal auf, dass sie nun insbesondere die Förderung mit Venturekapital machen soll. Jetzt merkt man aber immer wieder, dass viel Politik in diesen Bereichen auch Personalpolitik ist. Die Herren, die da das Sagen haben, sind bestimmt kompetente Leute, aber ehrlich gesagt alte Schule und alte Denke und haben gar nicht das entsprechende Gespür für die wirklichen Rosinen auf dem Markt, wo neue Projekte entstehen.

Ich sage Ihnen, wenn man einerseits ein solches Instrument schafft und auch mit soviel Eigenkapital hinterlegt und dann nicht die entsprechenden Herren an der Spitze hat, die auch wirklich so in Bremen agieren, dann hat man ein richtiges Problem. Ich weiß auch, dass angekündigt worden ist, dass man diese Personalprobleme lösen muss und dass man hier andere Menschen braucht. Auch das, lieber Jens Eckhoff, ist ein Zeichen dafür, was hier in den letzten Jahren versäumt wurde.

Nächster Punkt: Universität und Hochschulen! Da haben Sie auch so getan, als ob wir ein bisschen hinterher hinken würden. Nein, es ist umgekehrt! Ich weiß auch von der Reise der Wissenschaftsdeputation nach Krakau vor ein paar Wochen, dass man da noch einmal festgestellt hat, dass es natürlich ausgesprochen gut wäre, auch eine solche Universität wie die in Bremen würde ein ganz offensives Marketing gerade in Osteuropa machen.

(D)

Ich glaube auch, dass das vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung und der Nachfolgestaaten der Sowjetunion, den GUS-Staaten, für uns und unsere Hochschulen im Land Bremen interessant ist, ganz bewusst um diese Menschen zu werben, dass sie hier bei uns eine Chance haben sollten, diese Kooperationen zu vertiefen und dann auch ein entsprechendes Marketing bis hin zu der Einrichtung von Herrn Sondergeld zu machen. Ich glaube, da muss die Reise hingehen, und da sind Sie leider noch nicht so weit, wie man sein könnte. Darum, finde ich, muss man das feststellen. Dann kann man auch in den nächsten Jahren mit den Akteuren, die dafür verantwortlich sind, weitergehen. Man soll es aber nicht falsch hochjubeln. Hier gibt es eine Menge zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der nächste Punkt hat vor allem bei den Auseinandersetzungen um den neuen Hochschulgesamt-

(A) plan eine Rolle gespielt und auch bei der Frage, wie man die Wirtschafts-, Technologie- und Wissenschaftspolitik des Landes Bremen anlegt. Aus meiner Sicht ist es falsch, und das darf nicht die Denke sein, dass die Universität sich mit ihren guten Wissenschaftlern der regionalen Wirtschaft anzudienen hätte. Nein, und das hat Frau Busch eben selbst erwähnt, da lauert immer eine falsche, zu vordergründige und kurzsichtige Instrumentalisierung der Wissenschaft. Das wollen wir nicht. Mittlerweile ist es ja gerade umgekehrt, dass so ein Schuh daraus wird, dass die moderne Wissenschaft die regionale Ökonomie mitzieht und gerade daraus sozusagen Früchte für die Zukunft geschaffen werden.

So stellen wir uns die Kooperation der wissenschaftlichen Einrichtungen und der Wirtschaft in Bremen und im Umland vor. Das macht dann natürlich auch an diesen Grenzen nicht halt, sondern wir wissen, dass da dann die Kooperationsbezüge wirklich weltweit sind. Aber, wie gesagt, keine Instrumentalisierung mit einem zu vordergründigen Begriff von dem Dienen der Wissenschaft an die Wirtschaft, sondern eine neue Form der selbstbewussten Kooperation!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Dann sprechen Sie runde Tische an, das finde ich im Prinzip wichtig, an denen Wirtschaftler, Wissenschaftler und Unternehmer dabei sein sollen. Ich möchte noch einmal hinzufügen, und dafür habe ich in den letzten Wochen bei verschiedenen Kongressen gute Beispiele bekommen, dass es, wenn man diese Gruppen bildet und man da gleich noch Kulturmenschen und Künstler hinzuholt, immer noch einmal eine neue Perspektive gibt, und es entstehen oft bessere Ideen. Ich würde Sie dringend bitten, wenn diese Runden jetzt einberufen werden, dass man diese Grenze zu den Kulturmenschen nicht zieht, sondern dass man sie dazuholt, denn je vielfältiger die Perspektiven sind, die in diese Expertenrunden eingebracht werden, desto besser die Ergebnisse.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Nächster Punkt: blaue Biotechnologie! Auch von uns unterstützt! Sie haben sich selbst gerade gelobt, dass die Grundsteinlegung war. Das Problem dabei ist aber auch, dass das einfach leider sehr lange gedauert hat. Sie sagen jetzt, Sie sind da so toll. Wissen Sie, dass da in den letzten Monaten sogar noch einmal wieder gekürzt worden ist? Das sind die Punkte, die wir kritisieren.

Gerade in Bremerhaven ist unheimlich viel Zeit mit den Diskussionen um diesen großen Ocean-Park vertan worden. Diese Sachen, bei denen Bremen, wie es jetzt immer so schön heißt, eine Unique Sel-

ling Position, ein Alleinstellungsmerkmal hat und wir das auch richtig – dagegen habe ich gar nichts – mit der Gesundheitswirtschaft verbinden könnten, müsste man auch im Sinne eines neuen Wissenschaftsmarketings für Bremen ganz anders herausstellen. Auch da wünsche ich mir, und wir sitzen ja gemeinsam in dem Beirat, dass auch bei der Frage des Bremen-Marketings das Wissenschaftsmarketing und die Frage der blauen Biotechnologie viel weiter nach vorn geschoben wird. Das ist bisher nicht der Fall.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie gesagt, ich wiederhole es noch einmal, konzeptionell haben wir eine große Übereinstimmung. Unsere Kritik geht dahin, dass wir an vielen Punkten wichtige Zeit nicht genutzt haben und wir manchmal noch nicht weit genug sind. Wir haben deutlich gemacht, wo wir erwarten, dass jetzt schnell etwas getan wird.

Jetzt noch einmal eine ganz prinzipielle Betrachtung zum Schluss! Herr Eckhoff, Sie haben, wie sich das für einen CDU-Politiker gehört, sozusagen Ihrem Fortschrittsoptimismus in der Technikfrage einmal richtig Ausdruck gegeben, als Sie zu dem Thema UMTS kamen. Das unterscheidet uns allerdings, dass wir einen Begriff von Moderne und Modernisierung haben, der potentiellen Risiken gegenüber nicht unkritisch ist. Für uns gehört von Anfang an, und das ist eine Grundsäule der Grünen, zur Wissenschafts- und Technologiepolitik, dass Technikfolgenabschätzung unmittelbar zur technischen Innovation gehört.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Erst dann sind moderne Gesellschaften in dem Sinne modern, dass sie auch selbstkritisch und selbstreflexiv sind. Ich sage Ihnen, dazu hat Herr Späth in den letzten Jahren viele Ausführungen gemacht, dass erst dann moderne Gesellschaften die Chance haben, Bevölkerung zu gewinnen, wenn sie sich auch die Akzeptanzfrage bei der Einführung moderner Technologien stellen.

Ich will hier nicht behaupten, dass jetzt schon jemand erklären könnte, UMTS sei per se gesundheitsgefährdend. Dass man aber diese Frage, wenn es um die Implementierung dieser Techniken geht, nicht irgendwann hintenan stellt, at the end of the pipe, was Sie ja lange propagiert haben, sondern dass man das unmittelbar, wenn es um die Einführung dieser Technologien geht, in die gesellschaftliche und technologische Debatte einbezieht, ist für mich, auf der Höhe der Zeit zu sein. Das ist nicht falscher Fortschrittsoptimismus, sondern das ist, selbstreflexiv mit einer gewollten Modernisierung umzugehen, und nur so gewinnen Sie die Bevölkerung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Sie haben Ihren Nobelpreisträger Oliver North zitiert, dass man nämlich gerade eine Bevölkerung braucht, die offen ist für Forschung und Entwicklung. Genau das wollen wir. Deswegen muss man einen gesellschaftlichen Ort haben, an dem man Ängste und Befürchtungen kommunizieren kann, an dem es öffentliche Debatten gibt, an dem man auch Ängste nehmen kann oder, wenn es wirkliche Probleme gibt, an dem man dann versuchen muss, diese technologisch abzustellen. Nur so aber wird ein Schuh daraus. Sich über die Menschen lustig zu machen oder uns zu sagen, wir wären einmal wieder zu blöd oder hinterwäldlerisch und hätten kein Verhältnis zur Technik, ist kontraproduktiv.

(Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Man kann auch Ängste schüren!)

Nein, Jens Eckhoff! Gerade andersherum ist es sozusagen die angemessene Haltung, Modernisierung zu wollen, aber sich auch um die Schattenseiten zu kümmern. Dann kann man wirklich eine gelungene Modernisierungspolitik machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Wir haben ja in den letzten Wochen, lieber Jens Eckhoff, öfter darüber gestritten, wie das mit einer modernen und zukunftsgerichteten Medienpolitik ist. Wir gemeinsam mit den Sozialdemokraten haben viele Sympathien dafür, ein neues Medienzentrum und ein Kompetenzzentrum für neue Medien zusammen mit Radio Bremen im Faulenquartier zu errichten. Sie sind da derjenige, der es nicht will. Sie wollen eher eine Grachtenstadt. Das würde ich einmal zum Abschluss sagen, dann soll doch Jens Eckhoff im Paddelboot in der Grachtenstadt sitzen oder auf seinem Wagen in der Vision Parade. Wir machen verantwortliche Technologiepolitik für das Land Bremen. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie schön ist der Worte Fluss, doch wie hart ist es, inhaltlich zu gestalten, möchte man hörend und um Verständnisbereitschaft bemüht angesichts dieser Debatte sagen.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Gestatten Sie aber dem zuständigen Senator auch einige Anmerkungen, die sich weniger mit der so

beliebten politischen Prosa denn mehr mit dem Tun befassen, wenngleich ich durchaus in der Lage wäre, auch heute zu beidem das eine oder andere beizutragen! (C)

Die Vorgeschichte ist ganz einfach. Der zuständige Senator beschäftigt sich natürlich mit diesem Problem, das ist sein Job, und so auch die gesamte Verwaltung, das auch übergreifend mit dem auch insoweit geschätzten Kollegen Lemke und der Senatskanzlei. Das ist ein Selbstläufer. Ich erwähne ihn nur einmal.

Sie, das Parlament, dessen rege Anteilnahme ich nach oder bei dieser Debatte feststelle, haben uns aufgefordert, ein umfassendes Konzept vorzulegen. Es ist nicht so, dass die Kausalität dieser Aufforderung die Kausalität unseres Tuns bewirkt hätte, sondern wir haben es gewissermaßen als weitere Ermunterung aufgenommen, Frau Trüpel, konzeptionell zu arbeiten. Es liegt nun also vor, 35 Seiten, in dem Versuch, zielorientiert zu arbeiten und dabei, gestatten Sie mir den Ausflug noch einmal, weniger politische Füllprosa zu liefern, zumindest haben wir es versucht, als mehr zielorientiertes sachkundiges Wissen zu übermitteln. Wie immer ist der geschriebene Gedanke der bessere, weil man sich zwingt, das, was man gedacht hat, in Sprache zu bringen. Auch das könnte gelegentlich von dem einen oder anderen sorgfältig aufgenommen werden.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Worüber redet er eigentlich?) (D)

Ich kann feststellen, dass es in Bremen hinreichenden, vielleicht sollte ich sogar sagen überschießenden Sachverstand gibt, das, was man will, auch zu können. Auch das ist ja eine Vorgabe, von der man nicht unbedingt immer bei den jeweiligen Reden gleichzeitig überzeugt ist.

Zum Thema! Auch das ist aufzunehmen, wir leben in einem Wettbewerb, der zunehmend ein Gattungswettbewerb wird, das heißt, man muss darauf achten und aufnehmen, dass sich die Kommunen, die lokalen und regionalen und auch sonst strukturierten öffentlichen Hände alle mit diesem Thema befassen und die Gefahr groß ist, dass alle dasselbe tun. Wir werden also darauf achten müssen, wie schwer das im Einzelnen auch ist, Akzente zu setzen. Dabei macht es ja auch gar keinen Sinn, wenn wir mit Technologie sofort das Wort zukunftsfähig aussprechen oder auch nicht aussprechen, aber jedenfalls gedanklich implementieren. Erlauben Sie mir, die Risiken in eine sprachliche Gleichung zu bringen: Technologie gleich Euphorie gleich New Market gleich Börse gleich Geld weg!

(Heiterkeit)

Auch da haben wir ja in den letzten zwei Jahren erhebliche Erfahrungen gemacht, bei denen ich hof-

(A) fe, dass Sie, Herr Dr. Kuhn, nicht allzu sehr beteiligt waren.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/
Die Grünen]: Da hat er gut aufgepasst, Herr
Hattig!)

Wenn ich zusammenfassen darf, warum wir uns mit diesem Programm beschäftigen, das ja versucht, für die nächsten acht Jahre, soweit man das überhaupt in die Zukunft hineininterpolieren kann, eine gewisse Zielorientierung zu geben, immer auch in der Bereitschaft, uns an und in diesem schnell wechselnden und ändernden Markt ein- und anzupassen, dann versuchen wir zunächst, die Bereitschaft für Innovationen in dieser Region, in diesem Stadtstaat zu verbessern. Das Programm gibt Antwort auf die veränderten Bedingungen, es bemüht sich zumindest darum, und es ist gleichzeitig eine Bestandsaufnahme. Bei dem Letzteren kann man ja feststellen, dass der Bestand durchaus beeindruckend ist. Wir müssen unser Licht nicht unter den Scheffel stellen, wenngleich dieses Sprachbild mehr die Technologie von vorgestern als von heute signalisiert. Wir sind aber ja geübt, alte Sprachbilder in moderne Umfelder zu setzen.

(B) Das Ziel Bremens ist es, bis zum Jahr 2010 möglichst im Spitzenfeld zu sein und dabei, wenn ich es einmal so optimistisch bezeichnen darf, zu den zehn Standorten in Deutschland zu gehören, bei denen man, wenn man von neuer Technologie spricht, aus der Sache überzeugt auch von Bremen spricht.

Wie wollen wir das tun? Wir versuchen das in drei Säulen. Die erste wird sich bemühen, vorhandene Innovationsstrukturen zu stärken und auszubauen. Dabei verfügen wir ja über schon gegebene Kompetenzen in der Biotechnologie mit dem Schwerpunkt blaue Technologie, Informations- und Telekommunikationstechnologie – ich darf das T.I.M.E.-Programm in diesem Zusammenhang erwähnen –, in der Gesundheits- und Umweltwirtschaft, in der Logistik, in der Luft- und Raumfahrt und auch beim Design.

Zweite Säule: Ausbau und Intensivierung der bremischen Forschungs- und Entwicklungsqualitäten!

Im dritten Teil sollen schließlich die Bedingungen für so genannte Veränderungen bei Forschung und Entwicklung verbessert werden. Da spielt die BIA eine wesentliche Rolle. Die BIA ist die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Management, zwischen Erkennen und Tun. Wir haben einen neuen Geschäftsführer, bei dem genau diese Fragestellung sehr konkret zu beantworten war. Er kommt mit einschlägigen beruflichen Erfahrungen. Ich bin einigermaßen zuversichtlich, dass er diesen Anforderungen genügen wird.

Etwas allgemein formuliert, es geht ja weder darum, dass wir einen weiteren Professor, wenn ich

diese Berufsgruppe einmal als Identität für Erkenntnisqualität nehme, bemühen, noch geht es darum, einen Manager zu haben, der die Inhalte nicht begreift, sondern wir brauchen eine Brücke zwischen beiden, wir brauchen Verständnis und dann die Fähigkeit, aus dieser Fülle von Möglichkeiten möglichst die herauszufiltern, die einigermaßen marktorientiert sind. Das ist das eine.

(C)

Das andere ist, das ist hier schon mehrfach, und ich freue mich, allseits lobend erwähnt worden, dass wir Herrn Professor Timm gewinnen konnten, hier mitzumachen. Dass er ein hervorragender Kopf ist und auch das Management von Wissenschaft perfekt beherrscht, muss ich nicht lange ausführen. Wir bemühen uns, im Ressort unbeschadet der Frage der formalen Zuständigkeit die Sachzusammenhänge zu sehen und nicht, darf ich es so sagen, impotent bei der Frage zu werden, wer hat denn nun den Titel der Federführung.

Herr Bürgermeister, als junger Gerichtsassessor hat man mir sehr schnell beigebracht: Das Erste, was du tun musst: Prüfe, ob du überhaupt zuständig bist! Je dicker die Akte, umso intensiver diese Prüfung! Man kannte die so genannten Schubverfügungen, nicht zuständig, abgegeben an diesen und jenen. Das tun wir nicht, sondern man lernt ja im Laufe seines Lebens hinzu. Selbst oder auch oder gerade im Parlament, Frau Trüpel, lernt man ja hinzu. Wir bemühen uns, Sachzusammenhänge zu begreifen und nicht so sehr zu fragen, welcher Titel auf dem Aktendeckel klebt.

(D)

UMTS darf ich dafür als Beispiel nennen. Auch da sind wir sehr bemüht, Risiken von Chancen zu unterscheiden, und den Ansatzpunkt bei UMTS wollen wir ja auch gar nicht verschweigen. Es gibt viele Vorstandsvorsitze in Deutschland, die den Tag in Anführungsstriche setzen, ob er denn ein erfolgreicher war, als sie sich dafür entschieden haben, oder nicht.

Wenn Sie die Wirtschaftsteile der Zeitungen lesen, und das unterstelle ich selbstverständlich bei einem so hochkarätigen Parlament, wenn ich darauf hinweisen darf, dann können Sie ja tagtäglich lesen, was es bedeutet, 15 Milliarden oder acht Milliarden für ein Produkt, für eine Chance gezeichnet zu haben, die alles gleichzeitig tun muss, Kunden suchen, Produkte schaffen, Lizenzen erzeugen und dabei auch noch möglichst schnell einen Return-on-investment, sprich Gewinn, zu erwirtschaften. All das sind fröhliche Dinge, die wir überhaupt nicht übersehen wollen. Trotzdem, das aufgewandte Geld zwingt die Beteiligten zu handeln, und darin sehe ich, sehen wir eine Chance. Deswegen haben wir uns integriert, und, wie ich glaube, zumindest so, dass das Wort Perspektive gestattet ist.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang auch einmal sagen, dass wir im Ressort EU-Projekte und EU-Förderungen in den letzten zehn Monaten gewon-

(A) nen haben, die ein Drittmittelvolumen von rund elf Millionen Euro ausmachen. Auch das ist ja wohl erwähnenswert.

Das, was wir bei UMTS versuchen und erkannt haben, übersetzen wir jetzt auch auf andere Möglichkeiten. Ich will das im Einzelnen nicht ausführen. Lassen Sie es mich zusammenfassen, wir haben ja lange genug über dieses Thema diskutiert: Wir nehmen die Herausforderung an. Wir bemühen uns intensiv, Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft und den dabei beteiligten Behörden, Senatskanzlei, Wissenschaft und Wirtschaft, so zu integrieren, dass daraus kein Selbstzweck, sondern ein zielgerichtetes Verhalten wird. Wir setzen eigene Akzente. Wir haben die Fördermöglichkeiten vermehrt.

Verehrter Kollege Eckhoff, wenn Sie sagen, das sei ja alles nur möglich gewesen, weil die Haushälter das so entschieden haben, erlauben Sie mir, diese Kausalität zu erweitern: Natürlich kann man Haushälter nur verführen, wenn man vorher vernünftig denkt und vorschlägt. Auch das scheint uns ja zu gelingen. Also bemühen wir uns weiterhin, und ich bin ganz zuversichtlich, dass es erfolgreich sein wird. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Lemke.

(B)

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Geschätzter Kollege Hattig, erwarten Sie kein Koreferat, denn in der Tat bin ich der Meinung, dass wir hier eine absolute Erfolgsgeschichte vorzutragen haben. Deshalb verstehe ich auch nicht ganz die verschiedenen Interpretationen, die den Eindruck erscheinen lassen, dass dies nicht im absoluten Interesse ist. Ich bedanke mich übrigens außerordentlich für die gute Zusammenarbeit zwischen den Häusern Wissenschaft und Wirtschaft, die sehr eng in dieser Frage in den letzten Monaten zusammengearbeitet haben.

Ich habe mich aber gemeldet, nachdem ich die Debatte gehört habe, um insbesondere Ihnen, lieber Herr Eckhoff, zu antworten zum Wissenschaftsplan 2010! Ich befürchte, dass Sie da einige Kommunikationsprobleme im eigenen Haus haben. Denen möchte ich gern begegnen, indem ich Ihnen über die Arbeit in der Deputation berichte, in der wir verabredet haben, auch unter dem Aspekt der hohen Autonomie unserer Hochschulen, den Dialog in den Hochschulen abzuwarten, zu sehen, wie die Universität, wie die Hochschulen ihre Leuchttürme bewerten, welche Schwerpunkte dort weiter ausgebaut werden sollen, welche Berufungen in den nächsten Jahren vorgenommen werden sollen, mit welchen finanziellen Unterstützungsmaßnahmen wir dort arbeiten müssen für die besonders starken Felder, die wir haben.

Ich erinnere nur, wir haben sechs Sonderforschungsbereiche, meine Damen und Herren, ich kenne eine Menge Universitäten, die nicht einen einzigen Sonderforschungsbereich haben. Wir können in unserer Stadt stolz sein, dass wir sechs Sonderforschungsbereiche in unserer Universität beheimaten.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Aspekt, da muss ich Frau Dr. Trüpel ein kleines bisschen widersprechen: Ich bin sehr wohl der Meinung, dass wir die regionalwirtschaftlichen Aspekte berücksichtigen müssen, nicht um uns dort anzubiedern, sondern ich bin sehr wohl der Meinung, dass wir in den Bereichen, in denen wir Arbeitsplätze mit Zukunft zu besetzen haben, auch mit der Universität darüber streiten, wenn wir keine wissenschaftlichen Leuchttürme vorzuweisen haben, aber dennoch eine große Nachfrage, auch was die Forschung angeht, nicht nur, was die Lehre angeht, dann sollten wir sehr wohl den gerade durch Professor Timm in den letzten Jahren sehr positiv beschrittenen Weg der Kooperation mit der regionalen Wirtschaft nicht beenden, sondern konsequent im Interesse der bremischen Wirtschaft weiter fortsetzen.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Der nächste Punkt, der hat mir natürlich, wie Sie sich denken können, überhaupt nicht gefallen: Ihr Aspekt zu Pisa! Wissen Sie, wenn ich mich, und das habe ich ja in den letzten Monaten sehr aufmerksam getan, mit den Ergebnissen von Pisa beschäftigt habe, dann weiß ich wie Sie sicherlich auch, dass die Lernergebnisse in sehr hohem Maße abhängig von der soziokulturellen Zusammensetzung der Bevölkerung sind. Wenn ich mir jetzt die soziokulturelle Zusammensetzung der Bevölkerung der 14 getesteten Länder anschau – Sie wissen, zwei Länder haben sich vorzeitig verabschiedet dadurch, dass sie nicht einmal die Quote zustande bekommen haben, die man erreichen musste, um überhaupt getestet werden zu können –, dann brauche ich nur eins und eins zusammenzurechnen. Herr Eckhoff, das meinten Sie wahrscheinlich mit dem kleinen Zwischenruf, ich würde schon ahnen, was da auf uns zukommt.

In der Tat, trotz Pisa bin ich in der Lage, eins und eins zusammenzurechnen, und dann bedeutet das logischerweise: Wenn ich diese soziale Kopplung zusammenrechne, die ja nachgewiesen ist in unserem Land mit den verheerenden Konsequenzen für unser Land, dann befürchte ich in der Tat, wenn wir uns eben nicht im Großstadtvergleich in einem Ranking befinden, dass wir dabei ganz schlecht abschneiden werden. Dass ich aber das Gefühl nicht loswerde, dass Sie, Herr Eckhoff, ja geradezu da-

(A) nach begierig sind festzustellen, dass wir hinten stehen, das enttäuscht mich!

(Beifall bei der SPD)

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir vorn stehen würden!

Herr Eckhoff, Sie sprechen die Medienkompetenz an unseren Schulen an. Das ist ein, wie ich finde, sehr positiver Aspekt, und ich scheue diesen Test, lieber Herr Eckhoff, nicht, und ich würde gern einmal mit Ihnen gemeinsam, vielleicht mit Herrn Rohmeyer, in unsere Schulen gehen und mit ihnen einmal darüber sprechen, wie sich dies gerade in den letzten Jahren ganz erfolgreich positiv verändert hat, wie sich Hunderte von Lehrerinnen und Lehrern ohne Anordnung an Fortbildungsveranstaltungen beteiligt haben, wie dort ein neuer Schwung durch die neuen Geräte kam, durch die neue Software, durch den technischen Support, den wir trotz angespannter Haushaltslage sehr gut in die Schulen transportiert haben.

Hier haben wir keine Probleme, und ich möchte Ihnen sagen, sprechen Sie anlässlich so einer Debatte bitte nicht negativ über die Medienkompetenz an unseren Schulen, sondern unterstützen Sie uns auch wie bisher weiterhin, das noch besser zu machen, als es der Fall ist!

(B) (Beifall bei der SPD)

Letzter Aspekt dazu, meine Damen und Herren: Diese sehr positive Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft kann nur aus wissenschaftlicher Sicht weiter positiv gelingen, wenn Sie uns das finanzielle Fundament dafür auch liefern. Für die nächsten Jahre ist das finanzielle Fundament gewährleistet.

Ich teile übrigens die Auffassung des Kollegen Hattig, dass es da nicht um ein Gerangel um Zuständigkeiten geht, sondern ich bin sehr dafür, dass man genau weiß, wer politisch verantwortlich ist. Er hat nämlich da auch ein entsprechendes Ergebnis dem Parlament vorzutragen, und er steht in der Kritik und kann nicht sagen, dafür bin ich aber nicht zuständig, sondern der ist auch ein bisschen da mit zuständig. Dies finde ich sehr, sehr deutlich und sehr positiv.

Mir geht es, meine Damen und Herren, in erster Linie darum, dass wir nicht, wie es in anderen Bereichen manchmal zu sehen ist, nebeneinander arbeiten, sondern dies sehr wohl weiter betreiben als Erfolgsgeschichte der großen Koalition, mit den beteiligten Ressorts gemeinsam zu arbeiten im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Bevölkerung. – Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff. (C)

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einige Bemerkungen zu den Debattenrednern machen und mit Frau Busch von der SPD anfangen, weil ich finde, zwei, drei Sachen können hier nicht unwidersprochen stehen bleiben!

Erste Bemerkung, bezogen auf den Technologiepark: Frau Busch, ich finde es – und ich hatte das vorgestern bei der Diskussion um ein stadtbremisches Thema hier schon gesagt – einfach scheinheilig, am Ursprung von Debatten mitzuwirken, nein, sogar die Vorschläge zu machen und sich hier anschließend im Parlament hinzustellen, als wenn man gar nichts damit zu tun hat. Es war der Kollege Böhrnsen, der uns im Koalitionsausschuss die Süderweiterung vorgeschlagen hat, weil er nicht in den Norden wollte. Wir sind dann schweren Herzens auf diesen Vorschlag eingegangen, weil wir die ganze Zeit schon die Norderweiterung wollen.

Sich dann anschließend mit Hilfe aller Parteigremien mit den Kleingärtnern zu verbünden und das als Riesenschweinerei zu bezeichnen, das ist schon eine taktische Meisterleistung!

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber es war eine Riesenschweinerei!) (D)

Damit haben Sie aber einfach die Schraube überdreht, und das ist nicht glaubwürdig. An der einen Stelle das eine vorzuschlagen, um anschließend den Widerstand dagegen zu organisieren, diese Politik schadet dem Standort Bremen, liebe Frau Busch!

(Beifall bei der CDU)

Die zweite Bemerkung ist, Sie haben das so schön gesagt: Mittelstand schafft Arbeitsplätze. Mensch, würden Sie das Ihrer Bundesregierung doch einmal erzählen!

(Beifall bei der CDU)

Nicht nur Großunternehmen steuerlich entlasten, sondern sich einmal um den Mittelstand kümmern, das wäre einmal ein anderer Weg von Politik.

(Zuruf des Abg. **B e c k m e y e r** [SPD])

Der Kandidat ist auch da! Herzlich willkommen, Herr Beckmeyer!

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie können das dann ja gleich in den neuen Bundestag mit hineinnehmen, um dann Mittelstandspo-

- (A) litik von den Oppositionsbänken her zu machen, lieber Herr Beckmeyer!

(Beifall bei der CDU)

Aber was heißt Mittelstand im Technologiepark? Das müssen wir doch auch sagen. Kleine Unternehmen gründen sich in aller Regel in Existenzgründerzentren, und dann ziehen sie aus und suchen Büroflächen. Das sind in aller Regel angemietete Büroflächen, und deshalb liegen wir im Moment genau richtig mit dieser Verdichtungsstrategie. Wenn diese Unternehmen sich vier bis fünf, manche vielleicht auch sechs Jahre erfolgreich weiterentwickeln, schalten sie um und wollen von Büroflächen hin zu eigenen Gebäuden. Deshalb ist dies, was wir mit der Verdichtung beim Technologiepark gewinnen, nur etwas Vorübergehendes.

Nachdem die Unternehmen sich in diesen Bürogebäuden, die jetzt sehr intensiv geschaffen werden, erfolgreich entwickelt haben, wächst der Druck auf die Flächen in den nächsten Jahren, und zukunftsweisende Politik heißt, auch zu sagen, ja, wir brauchen deutlich mehr Hektar als die, die wir bisher ausgewiesen haben, und das heißt Ja zur Erweiterung ins Hollerland, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD!

(Beifall bei der CDU)

- (B)

Diese Bemerkung auch noch einmal, auch wenn sie hier an der einen oder anderen Stelle schon einmal gemacht wurde: Diese Technologieparks, egal, wo sie hinsehen, ob nach Austin mit dem IC2-Ursprung für solche Firmen wie zum Beispiel DellComputer, ob Sie nach Stanford sehen, Ausgangspunkt dort für das Silicon Valley, oder nach Nizza, Sophia Antopolis, alle diese Spitzentechnologieparks haben sich räumlich geschlossen weiterentwickelt, und wir wollen doch aus den internationalen Erfahrungen lernen. Es ist doch nun Zeit, dass Sie endlich einmal aus Ihrer Politik der achtziger Jahre herauspringen, über Ihren umweltpolitischen Schatten springen und sagen, jawohl, die Norderweiterung ist das Richtige.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg.
F o c k e [CDU])

So weit ist der Sprung von der einen Seite der Autobahn zur anderen eigentlich gar nicht. Es ist mehr ein kleiner Hüpf, Dieter Focke!

Eine Bemerkung zur Frage Bremen Briteline! Ich will nur sagen, dass wir als CDU-Fraktion dieses Projekt eigentlich immer positiv begleitet haben, Frau Busch. Sie haben da so einen kritischen Unterton, bei dem ich den Eindruck hatte, er gilt der gesamten CDU. Wir haben dieses Projekt sehr positiv begleitet, und wir halten auch diese Privatisierung zum jetzigen Zeitpunkt für einen richtigen Schritt.

Es ist eine Maßnahme, die zunächst der Struktur dienste, der Strukturpolitik, daher auch staatlich angeschoben wurde, aber jetzt war es der richtige Zeitpunkt, dieses Projekt auch zu privatisieren. Wir von der CDU-Fraktion wünschen diesem Projekt für die Zukunft auch alles Gute, um das ganz deutlich zu sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Eine Bemerkung zu Frau Trüpel, weil es immer so leicht ist, das eine oder andere miteinander zu verbinden! „Kinder statt Inder“-Plakate haben Sie hier in Bremen kein einziges gesehen, liebe Frau Trüpel, kein einziges!

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/
Die Grünen])

Ich habe auch hier an verschiedenen Stellen im Parlament gesagt, dass ich das für eine höchst unglückliche Aktion gehalten habe, lieber Herr Kuhn, weil es einfach insgesamt der Diskussion nicht gedient hat.

Liebe Frau Dr. Trüpel, wenn Sie sagen, gezieltes Anwerben von Spitzenstudenten, sind wir doch völlig einer Meinung.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: Das ist gut!)

Schauen Sie sich doch zum Beispiel die Zusammensetzung der IUB an! Fast 40 Prozent der Studenten sind aus den osteuropäischen Ländern. Das sind die jungen Spitzenleute, die wir hier selbstverständlich mit offenen Armen empfangen in Bremen. Da sind wir doch überhaupt nicht auseinander.

(Beifall bei der CDU)

Nur, wenn wir dann sagen, um gerade auch das gesellschaftliche Klima für diejenigen, die aus anderen Ländern kommen, hier so zu erhalten, dass wir sie mit offenen Armen empfangen können, dann müssen wir auch diejenigen, die nur hier sind, um auf Kosten unseres sozialen Systems zu leben oder, was noch schlimmer ist, die ihren Aufenthaltsstatus hier nutzen, um Verbrechen zu begehen, auch konsequent abschieben, um genau dieses Klima für diese jungen Leute aus den anderen Ländern zu erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Eine Bemerkung zu Herrn Lemke! Herr Lemke, wir gieren überhaupt nicht nach irgendwelchen Pisa-Ergebnissen. Ich finde übrigens, das ist eine unerhörte Unterstellung.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Gelegentlich hat man den Eindruck!)

- (C)

- (D)

(A) Nein, liebe Frau Hövelmann, was wir schon haben wollen, sind Fakten.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Das ist ja in Ordnung!)

Die Fakten möchten wir gern haben, und wir müssen doch einfach feststellen, wenn Bremen das Bundesland ist, das pro Schüler das meiste Geld in den Bildungsetat steckt,

(Senator L e m k e : Das stimmt doch überhaupt nicht!)

aber die Ergebnisse nicht so sind, dass sie halbwegs angemessen zum finanziellen Input stehen, dann stimmt etwas im System nicht, und deshalb müssen wir dann dieses Bildungssystem reformieren und umkrepeln, liebe Frau Hövelmann, das ist unser Ziel.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: So viel zum Thema Scheinheiligkeit!)

Lieber Herr Lemke, seit 1947, das muss man an dieser Stelle auch sagen, stellt ununterbrochen eine Partei den Bildungssenator.

(B) (Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Und seit sieben Jahren regieren Sie mit!)

Richtig, Frau Hövelmann, und seitdem haben wir sozusagen jede Errungenschaft, das Bildungssystem zukunftsfähig zu gestalten, auch tatsächlich dem Koalitionspartner abgerungen!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Das glaubt Ihnen aber nicht einmal die eigene Fraktion!)

Die hat aber gerade geklatscht, Frau Hövelmann!

(Abg. Frau B e r k [SPD]: Die sind dazu verpflichtet bei Ihnen!)

Insofern werden wir auch weiter dafür kämpfen, das Bildungssystem, egal wie die Pisa-Ergebnisse sind, entsprechend zu reformieren und neu zu gestalten.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Nun einmal Butter bei die Fische!)

Frau Hövelmann, Sie waren doch vorgestern da bei dem parlamentarischen Abend, als ich Ihnen gesagt habe, was unser Ziel ist. Da war ich doch sehr deutlich, ich kann Ihnen das noch einmal wiederholen, wenn Sie es auch im Parlament haben wollen. Wir wollen die Orientierungsstufe abschaffen, wir

wollen acht Jahre bis zum Abitur, das sind zum Beispiel zwei Essentials unserer Bildungspolitik hier.

(Zuruf der Abg. Frau S c h w a r z [SPD])

Nein, nach der Grundschule, wenn wir die Orientierungsstufe abgeschafft haben! Vier Jahre Grundschule plus acht Jahre im Gymnasium, nach zwölf Jahren das Abitur, liebe Frau Schwarz, das ist das Ziel der CDU-Bildungspolitik, und das flächendeckend für alle!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Soviel zum Thema Zukunftsfähigkeit! – Abg. G ü n t h e r [SPD]: Und was hat das mit Technologiepark zu tun?)

Liebe Frau Hövelmann, diese Bemerkung vielleicht auch noch, weil Sie im Moment durch Zwischenrufe glänzen: International sind wir auch in einem Wettbewerb, dass die Leute immer jünger ins Berufsleben einsteigen. Diesem Wettbewerb müssen wir uns stellen, und deshalb hat es etwas mit der Zukunftsfähigkeit von Bildungssystemen zu tun, wenn man die Schulzeiten verkürzt, Frau Hövelmann.

(Beifall bei der CDU)

(D) Eine allerletzte Bemerkung zum Thema „Bremen in T.I.M.E.“! Frau Trüpel, wenn Sie die Internetseite ansprechen, kann ich nur sagen, da haben Sie vollkommen Recht. Das ist sozusagen ein Auftritt, der einem solchen Programm sicherlich nicht angemessen ist, das muss man an dieser Stelle auch offen sagen. Nur hat hier auch keiner gesagt, dass alles, was wir gemacht haben, immer das Optimum ist, sondern es ist gerade in den Bereichen der schnelllebigen Technologien enorm wichtig, dass man die Probleme erkennt und dass man versucht, sie zügig umzusetzen. Da wird es immer wieder einmal einzelne Sachen geben, die nicht optimal laufen.

Auch mit dem Risikokapital, zur Verfügung gestellt durch die Bremer Aufbaubank, ist das sicherlich im Moment auch kein Glanzstück, da stimme ich Ihnen vollkommen zu, aber wir als Parlamentarier haben doch die Aufgabe, das zu entwickeln, den notwendigen Druck zu machen, dass die Punkte dann auch besser werden und dass wir auch in anderen Bereichen Zukunftsvisionen entwickeln. Ich finde, dabei hat uns die Debatte deutlich vorangebracht. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

- (A) Damit ist die Beratung geschlossen.
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/1115, Kenntnis.

Außenwirtschaftsförderung im Lande Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 17. April 2002
(Drucksache 15/1117)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2002

(Drucksache 15/1143)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen. – Ich höre, dass Herr Senator Hattig davon Abstand nimmt.

Wir treten in die Beratung ein.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

- (B) Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Außenwirtschaft in Bremen und Bremerhaven nimmt eine herausragende Rolle im Wirtschaftsleben dieser Stadt, dieses Landes ein. Diese Erkenntnis ist nicht neu, aber hieraus resultierend ergeben sich für Politik und Wirtschaftsförderung Handlungsnotwendigkeiten, die in ihren Auswirkungen nicht unterschätzt werden dürfen. Daher ist es konsequent, dass der Landtag sich mit diesem Themenfeld in regelmäßigen Abständen beschäftigt. Hierzu gehört auch jeweils eine Bestandsaufnahme, eine Analyse und welche Wege für die Zukunft von Bedeutung sein können. Maßgeblich beeinflusst werden die Handlungsnotwendigkeiten von der sich ständig im Wandel befindlichen Weltwirtschaft und deren regionalen und auch lokalen Ereignissen, die mehr oder weniger ausschlagen.

(Vizepräsident **R a v e n s** übernimmt
den Vorsitz.)

In Bremen, meine Damen und Herren, hat sich die Situation der Außenwirtschaft in den vergangenen Jahren zum Teil erheblich verändert. Diese Veränderungen betreffen nicht nur die Förderinstrumente und deren inhaltliche Ansätze, sondern auch die Bedeutung für Bremen und Bremerhaven. So hat die Außenwirtschaft weiter an Gewicht gewonnen. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes entfallen zwischenzeitlich 31,5 Prozent der gesamtwirt-

schaftlichen Leistungen im Land Bremen auf den Hafen und außenwirtschaftliche Tätigkeiten. Im Jahr 1996 lag dieser Anteil noch zwischen 26 und 30 Prozent. Im Vergleich hierzu, der Anteil liegt bei der gesamtdeutschen Wirtschaft nur bei 13,2 Prozent. Diese Zahlen belegen sehr deutlich, meine Damen und Herren, die Bedeutung für Bremen und Bremerhaven.

Aber auch die Entwicklung der Arbeitsplätze, das ist für uns immer ein ganz wichtiger Faktor, spricht eine eindeutige Sprache, wo mehr Arbeitsplätze entstehen und wo weniger. Im gleichen von mir genannten Zeitraum hat die Zahl der Erwerbstätigen im Bundesland Bremen insgesamt um 3400 zugenommen, wovon 2000 per Saldo dem Bereich der Außenwirtschaft zugeordnet sind. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei den Zahlen der ausländischen Direktinvestitionen in Bremen sowie deutscher Direktinvestitionen bremischer Unternehmen im Ausland.

Meine Damen und Herren, die Zahlen sind umso erstaunlicher, als der im Zeitraum von 1995 bis 1999 zuständige Hafensenator vom Koalitionspartner damals zum Jagen getragen werden musste, weil er an dem Außenhandelskonzept der Ampelkoalition von 1994 festhalten wollte und sich erst nach zähem Ringen auf die richtige Spur setzen ließ. Die Protokolle der Bürgerschaftsdebatten, Frau Lemke-Schulte, kann ich Ihnen nur empfehlen nachzulesen. Sie sind sehr interessant und geben einen interessanten Einblick in die damalige Gefühlswelt. Gar nicht auszumalen, welche Dynamik mit dem jetzigen Wirtschafts- und Hafensenator in diesem Bereich hätte entstehen können!

Festzuhalten ist, dass die erfolgreiche Politik der großen Koalition in den vergangenen Jahren sich auf die Stärken des Standortes besonnen hat, nämlich Hafen- und Außenwirtschaft, und dass dieser Weg richtig und erfolgreich war. Hieran hat die CDU einen besonderen Anteil.

Die Antwort auf die Große Anfrage belegt aber nicht nur anhand von Zahlen die Bedeutung der Außenwirtschaft für das Bundesland Bremen, sondern skizziert auch die Ziele für die kommenden Jahre. Diese stellen sich vor dem Hintergrund der vollzogenen Neuordnung in einem besonderen Licht dar.

Zur Erinnerung: Mit der Verschmelzung von DBI und BIG sind die internationale Akquisition und das internationale Marketing auf die BIG übertragen worden, die Förderprogramme auf die WfG und auf die BIS und die Zuständigkeit für das World Trade Center auf die BIG. Mit dieser Neuordnung haben sich laut Antwort des Senats folgende Synergieeffekte ergeben: erstens, die Zusammenführung der nationalen und internationalen Akquisition in das System der bremischen Wirtschaftsförderung, zweitens, die Gewährung eines einheitlichen Förderan-

(C)

(D)

(A) gebotes für die Wirtschaft, drittens, die Integration des World Trade Center in die Immobilienwirtschaft der BIG, viertens, die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Bremen und Bremerhaven und, fünftens, eine Netzwerkbildung im Bereich der Außenwirtschaft.

Nun sind die von mir genannten fünf Punkte kein Selbstzweck oder ein Selbstläufer, sondern es kommt entscheidend darauf an, welche Ziele gewählt werden und über welchen Weg sie erreicht werden. Die Ziele der zukünftigen Außenwirtschaft müssen daher nach meiner Auffassung in der Beseitigung von bestehenden Defiziten, der Nutzung der Chancen der Wachstumsmärkte und dem qualitativen Wachstum im Vergleich mit dem Wettbewerb liegen.

Die Antworten auf die Fragen vier und fünf sind in diesem Gesamtkomplex daher auch die eigentlich spannenden. Wie geht es weiter mit der Außenwirtschaftsförderung? Wie flexibel können die Strukturen auf Veränderungen in den einzelnen Märkten beziehungsweise auf den Weltmarkt reagieren?

Drei Säulen sollen dabei zukünftig die Fortentwicklung der Außenwirtschaftsförderung stützen. Als Erstes wird eine gezielte Akquisitionspolitik in der Antwort genannt. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit abgeleitet, und das meine ich nicht als Vorwurf, sondern als Fakt, wird dabei der Fokus auf die Schwächen und Defizite des Standortes und deren Kompensation gerichtet, statt nur Visionen in den Vordergrund zu stellen, die bei genauerem Hinsehen auch leider nur Visionen geblieben sind. Es hilft nur wenig, Visionen nachzulaufen. Auch soll dem Ablauf der betrieblichen Standortwahl Rechnung getragen werden, um überhaupt in die engere Auswahl von Standortentscheidungen zu kommen.

(B) Der Anteil Bremens an internationalen Direktinvestitionen, auch das weist die Antwort auf die Große Anfrage aus, kann und muss erheblich gesteigert werden. Dies muss zwangsläufig mit nach außen hin abgestimmtem Standortmarketing verbunden sein. Die Verknüpfung mit der Bremischen Hafenvertretung und deren Mitgliedsfirmen halte ich in diesem Zusammenhang für unabdingbar.

Die erste Säule hört sich wie eine Selbstverständlichkeit an. Ich bin aber davon überzeugt, dass diese Rückbesinnung auf die Fundamente einer entsprechenden Wirtschaftsförderung eher vom Erfolg gekrönt sind als nur das Fangen einer Eier legenden Wollmilchsau.

Die zweite Säule stellt die einzelbetriebliche Förderung von Klein- und Mittelbetrieben dar, ein aus Sicht der CDU-Fraktion sehr bedeutender Bereich. Gerade in Klein- und Mittelbetrieben besteht zur Beseitigung der Hemmnisse in der Außenwirtschaft ein hoher Bedarf. In einer Umfrage der IHK Bremerhaven vom Frühjahr des Jahres werden genau die Bereiche von den Unternehmen genannt, die mit der

zweiten Säule behoben werden sollen: die Suche nach ausländischen Geschäftspartnern und die hohen Markterschließungskosten für die Unternehmen.

Die dritte Säule stellen dann strukturpolitische Begleitmaßnahmen des Senators für Wirtschaft und Häfen dar. Meine Damen und Herren, Sie werden feststellen, dass die in den vergangenen zwei Jahren eingeleiteten Strukturveränderungen in der Außen- und Wirtschaftsförderung eine Veränderung in den Schwerpunkten der Maßnahmen nach sich gezogen haben. Die handelnden Unternehmen, seien es bremische oder potentielle ausländische Unternehmen, sind in den Mittelpunkt der Aktivitäten gestellt worden. Die Unternehmen müssen sich im internationalen Wettbewerb, müssen sich am Markt bewähren. Hierin muss die Unterstützung liegen, die öffentliche Hand kann hier auch nur Rahmenbedingungen schaffen. Diese Rahmenbedingungen müssen sich aber an den Bedarfen orientieren, denn die Firmen müssen letztendlich den Erfolg, in welcher Form auch immer, erzielen.

Der in diesem Zusammenhang gegründete Außenwirtschaftsbeirat, meine Damen und Herren, wird daher von uns auch ausdrücklich begrüßt. Die ersten Sitzungen zeigen auch bei der Abstimmung der Handlungsanleitung, wie vorteilhaft der enge Austausch zwischen Wirtschaft und Politik sein kann.

In diesem Zusammenhang muss man sicher auch über die Sinnhaftigkeit der zurzeit bestehenden Auslandsrepräsentanzen sprechen. Hier wird ja auch wieder eine Überprüfung, eine Evaluation vorgenommen. Ob die Konzentration auf Fernost noch Sinn macht oder ob es nicht erfolversprechender ist, sein Augenmerk mehr auf Osteuropa zu legen, ist eine der entscheidenden Fragen, die von den Fachleuten beantwortet werden müssen. Der Senator für Wirtschaft und Häfen hat mit seinen Richtlinien zur Außenwirtschaft und den Richtlinien zur Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der Messförderung Anfang dieses Jahres Instrumente auf den Weg gebracht, die den Unternehmen klare und eindeutige Programme zur Unterstützung ihrer Aktivitäten anbieten.

Lassen Sie mich zusammenfassen! Erstens: Die Außenwirtschaft und die hiermit verbundene Hafenwirtschaft nehmen in der bremischen Wirtschaftsstruktur eine herausragende Rolle ein. Zweitens: Die stetige Stärkung und erforderliche Förderung bedeuten die Sicherung und Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen, wo Bremen bekanntermaßen noch einen Nachholbedarf besitzt. Drittens: Die Konzentration bei der Förderung auf kleine und mittelständische Unternehmen mit den zitierten Förderinstrumenten wird von der CDU-Fraktion ausdrücklich begrüßt. Viertens: Der Senator für Wirtschaft und Häfen hat die Herausforderung offensiv und erfolgreich angenommen und hat hier für die Neuausrichtung ein solides Fundament für die Zukunft geschaffen.

(C)

(D)

(A) Ich bin davon überzeugt, dass wir mit den eingeleiteten Maßnahmen auf dem richtigen Weg sind, dass sie von Erfolg gekrönt werden, so dass wir es schaffen werden, weiterhin in diesem Bereich erfolgreich Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. In dem Sinne, Herr Beckmeyer, da Sie sich ja auch im Augenblick ein bisschen als Jobgarant in dieser Stadt darstellen, werden wir da sicherlich auch Ihre Unterstützung haben. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatten um Außenwirtschaftsförderung haben wir in diesem Hause zahlreich hinter uns gebracht, Herr Kastendiek hat es erwähnt. Die Bedeutung des Außenhandels für das Bundesland Bremen ist auch erwähnt worden. Jede dritte Mark hieß es früher, jetzt jeder dritte Euro des Bruttoinlandsprodukts, wird inzwischen durch den Außenhandel verdient. Das ist eine gewichtige Position. Sie zeigt auch noch einmal, welche Bedeutung der Export und Import für die Sanierung des Landes haben und welchen Anteil an den Eigenanstrengungen des Senats hier sozusagen als Exportquote abzuziehen sind. Das zeigt auch noch einmal die Wichtigkeit dieses Handels deutlich auf.

(B)

Bremen hat natürlich ein Imageproblem. Der Anteil an ausländischen Direktinvestitionen lässt zu wünschen übrig, wenn man das mit anderen Ländern vergleicht. Von daher ist es sinnvoll, sich über Außenwirtschaftsförderung Gedanken zu machen. Man kann sagen, der Senat in Bremen macht das schon seit geraumer Zeit. Wir warten immer noch auf ein richtiges Außenwirtschaftskonzept, das liegt bis heute nicht vor. Soweit ich mich erinnern kann, fordern wir seit 1993 vehement in wechselnden Konstellationen immer wieder ein Außenwirtschaftskonzept ein. Es ist sozusagen eine unendliche Geschichte, die wir hier zu verzeichnen haben.

Es hat immer wieder Versuche gegeben, ein solches Konzept einzufordern. Herr Kastendiek hat es erwähnt, es gab zahlreiche Anträge, und der damalige Hafensenator musste immer wieder zurückgepfiffen werden oder auch, kann man so sagen, zum Jagen getragen werden.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Nun übertreibe einmal nicht! Du musst auch ein bisschen bei der Wahrheit bleiben!)

Es ist einfach so, Kollege Beckmeyer! Ich kann das nicht verschweigen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Letztendlich hat sich dann 1998 die CDU doch durchgerungen, einen Schlusstrich unter die ganze Debatte zu ziehen, hat die Fortschreibung des Außenwirtschaftskonzepts hier im Hause gegen unsere Stimmen beschlossen und heftet sich jetzt an die Fahnen, dies alles gut geregelt zu haben, sozusagen alles in Butter mit der Außenwirtschaft, die BBI wird es richten, so hieß es damals. Uns wurden dann im Aufsichtsrat auch Zahlen vorgelegt als Beleg für die erfolgreiche Arbeit der Außenhandelsrepräsentanten. Das war wirklich beeindruckend! Da waren Tausende von Kontakten und Telefongesprächen aufgelistet, und all die Effektivitätssteigerungen wurden uns damals in rosigen Zahlen dargelegt, ganz nach dem Motto: Klima gut, alles gut! Aber das kennen wir ja von der wirtschaftspolitischen Debatte hier im Hause, meine Damen und Herren!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

1999 hat die CDU die Federführung übernommen. Der Wirtschaftssenator Herr Hattig hat dann auch das Hafenressort in sein Kommando übernommen, aber auch hier muss man feststellen, es ist noch keine richtige Erfolgsbilanz, und da würde ich Herrn Kastendiek eben doch widersprechen. Er hat vergessen zu erwähnen, dass wir eine Kleine Anfrage zu dem gleichen Thema bereits vor der Großen Anfrage der CDU gestellt haben und auch nach der Schaffung von Arbeitsplätzen im Detail gefragt haben.

(D)

Wenn man sich einmal die Zahlen anschaut, ab 1999 insbesondere, das betrifft dann ja die Federführung der CDU, dann ist es so, dass doch recht wenige Ansiedlungserfolge zu verzeichnen sind. Sie zählen zwar die Daewoo-Ansiedlung mit 150 Arbeitsplätzen mehrfach mit, Sie zählen Dittmeyer mit 50 Arbeitsplätzen mit, aber es sei mir einmal erlaubt, diese Schaffung von Arbeitsplätzen hier abzuziehen, und wenn ich dann addiere eins und eins und eins und zwei, denn mehr Arbeitsplätze sind es nicht in den einzelnen Firmen, die da zu verzeichnen sind, dann komme ich auf die doch stattliche Zahl von 33. Ich weiß nicht, ob man das als Jobmaschine bezeichnen kann, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Senator Hattig ist drei Jahre federführend dabei. Im Jahr 2001 gab es ein neues Gutachten, das eine Ist-Analyse der Außenwirtschaftsförderung vorgelegt hat. Es ist uns ja in der Deputation vorgelegt worden. Da stimmen die Aussagen, Herr Kastendiek, überhaupt nicht mit denen, die Sie hier gemacht haben, überein. Im Gegenteil! Wenn man das auf einen Nenner bringt, dann sagt Prognos, in der Außenwirtschaft herrscht die totale Flaute, meine Damen und Herren!

Mit Genehmigung des Präsidenten kann ich ein, zwei Sätze aus diesem Gutachten zitieren. Dort heißt

(A) es zum World-Trade-Center: „Das World-Trade-Center ist im Vergleich zu internationalen World-Trade-Centern wenig erfolgreich.“ Oder: „Das Image des World-Trade-Centers ist nur eingeschränkt positiv zu beurteilen.“ Oder, was noch wichtiger ist: „Der Kostendeckungsgrad wird deutlich verfehlt.“ Ich frage mich, was haben die uns damals im Aufsichtsrat eigentlich für Zahlen vorgelegt!

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Telefonate!)

Ja, genau!

Zu den Repräsentanzen, der Dauerbrenner in der Debatte, wird auch ganz klar und deutlich Stellung genommen: „Es fehlen dort klar definierte Ziele und Aufgaben“, heißt es, oder: „Die Aufzeichnungen im Controllingbericht der Außenhandelsrepräsentanzen sind unzureichend.“ Man höre und staune! Es gab kaum nachhaltige Kontakte, meine Damen und Herren! Ich frage, was die eigentlich dort im Ausland für Bremen geleistet haben. Ich kann vielleicht nur die Frage stellen, ob es nicht nur Legitimationsadressen für bremische Auslandsreisen waren.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Gern mitfahren bist du aber auch!)

(B) Eine kleine Anmerkung zu den Zielmärkten, die jetzt angesteuert werden! Bisher hatten wir immer den Schwerpunkt in der Fortschreibung des Außenwirtschaftskonzeptes, das Herr Kastendiek eben noch einmal hervorgehoben hat, auf die ostasiatischen Länder gelegt. Nun heißt es, der Schwerpunkt der ostasiatischen Länder ist problematisch. 1998 war es noch der Schwerpunkt, nun wird festgestellt, das war ein Fehlgriff. Besser wäre, Osteuropa zu bearbeiten, das ist ja klar, das ist die zukünftige Boomregion, und die USA. Das ist ja auch die Konzeption, die das Nordosteuropäische Handelszentrum in Bremerhaven immer vor Augen gehabt hat. Dies wurde aber zerschlagen, meine Damen und Herren, und es ist die Frage, ob nicht die Ausrichtung auf diese Zielmärkte damals doch richtig war.

Man soll jetzt Branchen ins Auge fassen und nicht so sehr Regionen. Das finde ich auch in Ordnung, aber man muss bemerken, T.I.M.E.-Projekte, die international zu vermarkten wären, gibt es ja gar nicht. Wir haben in den Debatten hier immer wieder erfahren müssen, dass es T.I.M.E.-Projekte in dem Sinn nicht gibt, die in der Lage sind, Bremen international Reputation zu verschaffen. Die Projekte, die es für Bremen geben würde, der vielfach angesprochene Bereich der blauen Biotechnologie, fehlen vollständig in der Aufzählung der Handlungsalternativen, die uns Prognos vorgelegt hat. Das, finde ich, ist ein Defizit, das dringend nachgebessert werden muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C) Es steht also eine Neuordnung der Außenwirtschaft an. Wir müssen de facto ganz von vorn anfangen. Das steht so direkt nicht in der Antwort, aber wenn man genauer hinschaut, dann kann man das doch daraus, glaube ich, ableiten, weil hier nur von Allgemeinplätzen und so weiter die Rede ist.

Seit 1991 gibt es das World-Trade-Center, jetzt soll es geprüft werden, weil natürlich der Löwenanteil der Haushaltsansätze in diese Infrastrukturmaßnahme fließt. Es werden sogar alternative Standorte geprüft. Es wird Zeit, meine Damen und Herren, dass wir Herrn Grothe nicht auch noch die Mietaufälle mit finanzieren für ein World-Trade-Center, das gar nicht repräsentativ ist!

Noch ein Defizit, das mir aufgefallen ist! Die BIS in Bremerhaven kann ich ja einmal hier erwähnen, die hat gar keine eigene Außenwirtschaftsförderung mehr, die soll jetzt die Einzelförderung machen. BremenPorts macht weiterhin die internationale Akquisition, das war immer so. Alles soll in Kooperation mit der BIG, mit der Bremischen Hafenvertretung und der Handelskammer vorstatten gehen. Es kann sein, dass hier die alten Strukturen verfestigt werden und weiterhin Reibungsverluste programmiert sind, ähnlich wie in Bremen auch. Man hört an jeder Ecke, wenn man recherchiert, dass die Kommunikation zwischen BIG und Wirtschaftsförderung und den Handelskammern nicht so läuft, wie man es sich vorstellt.

(D) Insgesamt muss man aber sagen, es handelt sich im Moment um einen Zwischenbericht. Ein Handlungs- und Zeitrahmen ist uns bis heute nicht vorgelegt worden. Sie haben 13 Millionen Euro zurückgestellt, verpflichtet für zukünftige Risiken der Außenwirtschaftsförderung. Wir wollen eigentlich bald wissen, wann es einen Handlungsrahmen, einen Zeitrahmen für neue Aktivitäten gibt und wie der neue Wind die bisherige Flaute vertreiben soll, meine Damen und Herren. Diese Fragen sind bisher offen geblieben. Vielleicht wird sie diese Debatte hier erhelten. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Günthner.

Abg. **Günthner** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Abgeordneter in einer solchen Situation muss man sich natürlich immer zwei Fragen stellen. Entweder feiere ich meinen Senator und sein Ressort für die großartige Antwort auf die Große Anfrage, oder aber ich stelle mich hier hin – und diese Funktion hat heute der Kollege Schramm übernommen – und erkläre in Bausch und Bogen, dass das, was der Senator hier vorgelegt hat, was sein Ressort gemacht hat, was im Bereich der Außenwirtschaftsförderung läuft, alles von vornherein schlecht ist.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ich glaube, und das ist dann auch eher die Position der Sozialdemokraten in dieser Debatte, dass wir den gesunden Mittelweg einnehmen, nämlich feststellen, es gibt Punkte, die sind zu kritisieren. Der Senator kommt ja auch gern mit Sprichwörtern und sagt, an ihren Taten soll man sie messen. Daran kann man schon feststellen, dass die Außenwirtschaftsförderung in den letzten Jahren nicht gerade durch Ansiedlungserfolge gegläntzt hat.

In der Antwort wird darauf eingegangen, dass es im Bereich der Arbeitsplätze überproportionale Zuwächse gegeben hätte. Allerdings ist schon fraglich, inwieweit das ein Erfolg der Förderpolitik im Lande Bremen ist und inwieweit das einfach auf die Stärke bestimmter Wirtschaftszweige zurückgeht. Insofern ist schon die Frage zu stellen, wohin sich das Ganze entwickeln soll. Herr Senator, Sie haben in Ihrer vorangegangenen Rede gesagt, ein Return of Investment wäre wichtig. Vielleicht können Sie ja dann in Ihrer Rede gleich hier erklären, wie Sie bei den Mitteln, die in die Hand genommen werden, diesen Return of Investment dann auch sehen und an welchen Beispielen Sie ihn festmachen können.

Ich habe schon fast mit gestiegenem Entsetzen in der Antwort des Senats gelesen, dass jetzt ganz viel im Standortmarketing gemacht werden müsste, weil Bremen und auch Bremerhaven international keinen Namen hätten und allenfalls im Hafengebiete das eingeführte Namen wären. Da frage ich mich schon, warum nicht die Möglichkeiten, die sich eben dadurch ergeben, dass im Hafengebiete der Standort Bremen/Bremerhaven eingeführt ist, dann auch in wesentlich stärkerem Maße für die Aktivitäten genutzt werden und warum man nicht auch das bei der Auswahl, Besetzung und Zielrichtung der Büros, die Bremen unterhält, dementsprechend angeht.

(B) Es ist schon die Frage, ob jemand, der zum Beispiel in Seoul sitzt, dort mit einem großen Konzern ins Gespräch kommen kann. Wie soll er das machen? Soll er da jedes halbe Jahr hingehen und sagen: Guten Tag, ich möchte einen Termin, ich würde gern mit Ihnen darüber reden, ob Sie nicht einen bestimmten Zweig umsiedeln oder ansiedeln wollen im Land Bremen. Ich glaube, spätestens nach dem zweiten Mal wird er hinausgeworfen.

Wenn aber jemand, der schon über die Hafentätigkeiten, gute Kontakte und über die Bestandspflege, die dort gemacht wird, mit den Leuten ins Gespräch kommt, die Frage stellt, wie sieht es denn aus, wie funktioniert es denn, seid ihr mit dem zufrieden, was euch im Land Bremen angeboten wird, dann kann der auch viel leichter darüber ins Gespräch kommen. Insofern ist die Frage, inwieweit man eine noch stärkere Verzahnung zwischen BBI und der Bremischen Hafenvertretung hinbekommt und inwiefern man auch von der strategischen Ausrichtung her sich stärker auf den Hafengebiete ka-

priziert, weil dort eben Erfolge sind, mit denen gewuchert werden kann.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Herr Eckhoff hat vorhin in der Rede zur Technologie gesagt, man müsse jetzt überall in der Welt akquirieren. Dann hat er das Beispiel Südamerika gebracht. Ich habe mich erkundigt und festgestellt, dass die letzte Markterschließungsmaßnahme Bremens – und auch die letzte Markterschließungsreise, bei der bremische Unternehmen mit Unternehmen in Südamerika zusammengebracht worden sind – 1996 stattgefunden hat. Ich weiß nicht, ob Herr Eckhoff indirekt den eigenen Senator kritisieren wollte, der nun in diesem Bereich voranzumarschieren soll,

(Zuruf des Abg. K a s t e n d i e k [CDU])

man kann aber schon feststellen, dass in diesem Bereich seit einiger Zeit nichts gemacht wird. Ich sehe da auch ein Stück weit die Handlungsmöglichkeit, der Technologiebereich ist genannt worden, in Richtung der Vereinigten Staaten und in Richtung Südamerika. Dann muss man aber auch sagen, wir legen einen Schwerpunkt in die Aktivitäten in dieser Richtung.

Im Bereich Hafen ist festzustellen, dass in Bezug auf den Jade Weser Port immer wieder gesagt wird, das hat viel mit den Feederverkehren zu tun, die dann in Richtung Baltikum und Osteuropa stattfinden sollen, Richtung Russland, also zu sagen, dann müssen wir eben eine starke Dependence in Russland beziehungsweise im Baltikum haben. Unter dem Strich: Die BHV unterhält ein Büro in Riga, na ja, Büro wäre etwas übertrieben, die zahlen jeden Monat, glaube ich, dem Repräsentanten einer Reederei in etwa 1200 DM, damit der sich auch nebenbei ein bisschen um bremische Angelegenheiten kümmert. Auf diese Art und Weise kann man es sicher nicht voranbringen.

(D)

Gleichzeitig muss man dann aber auch sagen, welche Büros wir aufgeben wollen und in welchen Bereichen wir der Auffassung sind, dass dort die Kundenpflege ohnehin durch Unternehmen gemacht wird. Eurogate und der BLG muss man nicht erzählen, wie sie Kunden pflegen, das wissen sie selbst, und das machen sie auch selbst. Insofern muss man dort dann Schwerpunkte setzen. Aus unserer Sicht sind die Schwerpunkte auf jeden Fall in Osteuropa, aber auch in Südosteuropa zu sehen, das bisher etwas stiefmütterlich behandelt worden ist.

Insgesamt ist abschließend zu sagen, dass die traditionelle Ausrichtung auf den Außenhandel in Bremen natürlich weiterhin Bestand haben wird, das in der Antwort des Senats schon verschiedene Maßnahmen skizziert worden sind, aber eben doch die große Konzeption und auch das schnelle Reagieren

(A) auf Veränderungen bisher nicht so angezeigt wird. Insofern besteht dort in jedem Fall noch Handlungsbedarf.

Ich habe da schon noch die Erwartung, dass der Senat zügig das, was gemacht wird, evaluiert und zügig überlegt, ob dort Erfolge zu sehen sind oder nicht. Wenn keine Erfolge zu sehen sind, dann sollte auch nicht an den Strukturen festgehalten werden, die man irgendwann einmal für erfolversprechend gehalten hat, sondern dann muss geprüft werden, wie man mit kleineren Maßnahmen das Ganze auf eine andere Art und Weise vorantreiben kann.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein paar Worte zur Historie, weil Herr Schramm das eben ganz geschickt gemacht hat! Das, was Sie einzeln gesagt haben, war ja nicht verkehrt. Aber Sie haben das so durcheinander gemischt, dass da ein verkehrter Zusammenhang entstanden ist, und versucht, Ihre Hände auch ein bisschen in Unschuld zu waschen.

(B) Fakt ist, dass die Ampelkoalition 1994 sicherlich nur auf Ihr Drängen ein Außenwirtschaftskonzept erstellt hat. Das lag in Ihrer Verantwortung. Das war, was Sie damals zustande gebracht haben. Dann gab es einen Regierungswechsel, und man hat sich nach ein, zwei Jahren einmal die Erfolge Ihres Handelns – ich vermute einmal, dass es mit Ihr Handeln war – angesehen und festgestellt, das Gelbe vom Ei war es auch nicht.

Daraufhin hat sich die große Koalition sehr intensiv Gedanken über ein neues Außenwirtschaftskonzept gemacht. Das ist dann 1998 verabschiedet worden. Da gab es 1997 auch eine große Debatte, für alle und jeden nachzulesen, bei der auch zum Beispiel die Delegationsreise nach Südamerika angesprochen worden ist. Herr Günthner, auch nur ein Hinweis, weil es wirklich Spaß macht, den Debattebeitrag des damaligen Abgeordneten Wendisch einmal nachzulesen! Das, wie gesagt, kann ich nur jedem empfehlen, weil dann vielleicht die eine oder andere Äußerung in einem anderen Licht steht.

Es macht aber auch eines klar, meine Damen und Herren, dass man viel aufschreiben kann, dass es aber letztendlich immer darauf ankommt, wie nah man am Markt und an einer Entwicklung ist. Diese Entwicklungen unterliegen auch einem ständigen Wandel, einem Wandel gesamtwirtschaftlich, also weltwirtschaftlich, und einem Wandel in den einzelnen Staaten selbst. Sie kennen die Probleme, die Argentinien zum Beispiel im Augenblick hat, dass da nichts mit großem Wirtschaften ist. Auf solche Dinge und Entwicklungen muss man flexibel und schnell reagieren.

Ich glaube, ich wiederhole mich da, das ist kein Vorwurf, sondern einfach nur eine Analyse, man muss ständig seine Maßnahmen unter diesem Blickwinkel überprüfen, um dann auch leidenschafts- beziehungsweise emotionslos zu dem Ergebnis zu kommen und zu sagen, der Weg, den wir damals auch mit beschrritten haben – ich will die Verantwortung damals beim Außenwirtschaftskonzept 1998 gar nicht von der Hand weisen, da haben wir mitgemacht, wenn wir es für völligen Blödsinn gehalten hätten, hätten wir nein gesagt, aber wir haben es mitgemacht, ganz klar –, macht keinen Sinn. Es sind Veränderungen eingetreten, und wir wollen hier einen etwas anderen, vielleicht erfolversprechenderen Ansatz verfolgen.

(C)

In dem Sinne glaube ich, dass wir hier auch vor der Würdigung des Strukturwandels und dem Umbruch, der da in den letzten ein, zwei Jahren stattgefunden hat – da kann Ihr Vorwurf auch nicht ziehen, Herr Schramm, den Sie eben erhoben haben, dass hier nichts passiert –, in der Außenwirtschaftsförderung erst einmal umgesetzt haben, dass jetzt die Strukturen klar sind, dass sich auch das Zusammenspiel einfädeln muss zwischen der Bremischen Hafenvertretung, den Außenwirtschaftsfirmen, der BBI, BIS und BIG, die es da alle gibt, und dass jetzt doch sehr intensiv und schnell an einem Außenwirtschaftskonzept gearbeitet werden muss.

Es würde mich freuen, wenn das jetzt eine Aufforderung von Ihnen gewesen ist, Herr Schramm, wenn diese prompte und schnelle Umsetzung von Ihnen auch entsprechend positiv in einem Debattebeitrag belobigt würde und wir dann vielleicht auch, wenn dieses Außenwirtschaftskonzept demnächst vorgelegt wird, hier in eine gute Zukunft gehen. – Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Außenwirtschaft spielt im Gesamtgefüge der bremischen Wirtschaftsstruktur eine sehr wichtige Rolle. Das ist in Bremen fast schon ein Gemeinplatz.

Einige Fakten: 31,5 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistung im Lande Bremen auf 1999 bezogen entfallen auf hafen- und außenwirtschaftliche Tätigkeiten. Der Bundesdurchschnitt ist 13,2 Prozent, also beträgt dies hier weit mehr, fast das Dreifache. Im Jahre 2000 lieferte die bremische Industrie sogar die Hälfte ihres Umsatzes ins Ausland. Damit ist ein deutlich positiver Trend in der außenwirtschaftlichen Entwicklung festzustellen. Auch der bremische Arbeitsmarkt hat davon profitiert. Im Zeitraum 1996 bis 2000 ist der Anteil insoweit um 2000 Arbeitsplätze gestiegen.

(A) Herr Kollege Schramm, wenn ich einmal davon absehe, dass Opposition sowieso kritischer malen muss, als es von der Sache her möglicherweise geboten ist, dann erlaube ich mir doch, darauf hinzuweisen: Sie müssen, wenn Sie solche Vergleiche anstellen, auch einmal das politische Konjunkturmilieu im Ganzen betrachten und nicht immer nur fixiert auf dieses oder jenes, was Ihnen gefällt oder nicht. Dann müssen Sie doch freundlicher Weise einmal sehen, welche Stellung die bremischen Häfen im Ranking der Welt haben! Sie sind erstklassig, sage ich!

Zweitens: Wenn Sie schon auf meine Verantwortung seit zwei Jahren hinweisen, dann bringen Sie einmal Häfen und Wirtschaft so zusammen, dass kaum jemand ein Wehgeschrei hört! BremenPorts arbeitet sehr aktiv, ich könnte diese Liste aufzählen. Es geht aber hier nicht darum nachzuweisen, ob ich oder Sie der bessere Wirtschaftssenator wären, sondern es geht nur darum, einmal ganz kühl und sachlich die Fakten aufzunehmen, denn die sind ja die Vorstufe der Erkenntnis.

Wir haben in Bremen insgesamt, ich wiederhole es, zusammengefasst an den Fakten belegt, ein sehr außenwirtschaftlich strukturiertes Wirtschaftsgefüge, und das ergibt sich schon aus den Häfen, auch dazu bedarf es keiner langen Ausführungen. Wir haben die Außenwirtschaft wieder neu geordnet, auch das ist nicht so sehr ein, darf ich das einmal so ausdrücken, CDU-, SPD- oder Grünen-Problem, sondern ein Problem, das sich aus der Marktentwicklung ergibt. Da hat man sich anzupassen. Was vor zehn Jahren richtig war, kann heute durchaus falsch sein. Solche Dinge kommen mehr aus allgemeinen Entwicklungen als aus spezifischen Erkenntnisqualitäten, unbeschadet der Tatsache, dass Erkenntnisqualitäten und Wahrnehmungsfähigkeiten natürlich auch personen- und handlungsorientierte Fähigkeiten sind.

Wenn wir die BBI nehmen, das ist ja der zentrale Punkt, so mag das früher, Herr Kollege Beckmeyer, durchaus seinen Sinn gemacht haben. Das fällt eben unter die Begrifflichkeit, was vor zehn Jahren vielleicht richtig war, kann heute nicht mehr unbefangenen als solches bezeichnet werden. Wir könnten ja, wenn ich es einmal allgemein ausdrücken darf, auf jeden Platz der Welt eine Vertretung setzen, denn es könnte ja Sinn machen. Aber diese geographischen Besetzungen können wir uns nicht leisten, unbeschadet der Frage, ob diese heute noch Sinn machen würden. Also müssen wir uns konzentrieren.

Ich erzähle Ihnen ein konkretes Beispiel: Konzentrieren heißt auch, dass man weniger draußen ist, sondern versucht, im Rahmen der globalen Informationsströme auch vor Ort zu sein, und das dann eben auch in anderer Weise, als das bisher notwendig oder möglich war. Wir waren in Atlanta mit einer Delegation, vorher waren die Bayern da. Wir waren noch nicht ganz draußen, höflich hinauskomplimentiert, da kam ganz Baden-Württemberg mit dem Minister-

präsidenten. Wir sind doch nicht allein auf der Welt, wie schön wir immer auch nach unserer eigenen Meinung sein mögen!

(C)

In solche Situationen müssen wir uns einbinden. Da wird sich, um es allgemeiner zu formulieren, eine Verlagerung von gezielten markt- und zielgruppenorientierten Maßnahmen mehr anbieten als eine flächige Vernetzung und Vertretung über eine BBI, die wir überdies in die BIG eingebunden haben. Davon verspreche ich mir, und das ist auch schon feststellbar, eine höhere Effizienz.

Sie haben das WTC angesprochen. Das ist für mich auch nicht gerade ein Anlass, um angenehm zu träumen, aber auch da haben wir gehandelt. Wir haben es untersucht und jetzt einen Manager eingesetzt. Den Mietvertrag müssen wir erfüllen, danach werden wir weitersehen.

Lassen Sie mich zusammenfassen, Sie haben ja das Wesentliche alle bereits gesagt! Die Außenwirtschaft hat in Bremen eine übergeordnete Stellung, daraus ergibt sich auch die damit verbundene Zielsetzung. Wir bemühen uns, vor allem auch die mittelständische Wirtschaft immer wieder durch angemessene Rahmenprogramme einzubinden. Im Ganzen gilt für die Außenwirtschaft, was für Wirtschaft in Bremen in Sonderheit gilt: Je angenehmer das Investitionsklima, umso freudiger kommen die Investoren! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

(D)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/1143, auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Lkw-Maut gefährdet zahlreiche deutsche Arbeitsplätze im Güterkraftgewerbe

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. Januar 2002
(Drucksache 15/1046)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. April 2002

(Drucksache 15/1133)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig.

(Zuruf von der SPD: Der kommt gleich wieder!)

Dann gehe ich davon aus, dass er die Antwort auf die Große Anfrage nicht noch einmal verlesen will.

(A) Ich gehe auch davon aus, dass wir in eine Aussprache eintreten wollen. – Das ist der Fall.

Das Wort erhält der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Hafen- und Verkehrswirtschaft wird über die Belastung der Unternehmen durch zusätzliche Steuern und Abgaben schon seit Antritt der rotgrünen Bundesregierung heftig gestritten und diskutiert. Die Einführung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung der Bundesautobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen, auch kurz Lkw-Maut, die wir heute diskutieren, stellt einen weiteren, nicht besonders rühmlichen Eckpfeiler dieser Politik dar.

Rotgrün hat sich ja auf die Fahnen geschrieben, die Straßenverkehre zu verteuern, unabhängig von der Art und der Funktion. Dass die im Gleichklang immer wieder ins Feld geführten Kompensationen, die Entlastungen an anderer Stelle oder die verstärkte Förderung der Verkehrsträger Schiene und Wasser nur weiße Salbe darstellen, bedarf bei der derzeitigen Hilflosigkeit der Schröder-Regierung eigentlich keiner weiteren Erwähnung. Dennoch werde ich im Zusammenhang mit der Lkw-Maut hierauf noch einmal zurückkommen.

(B) Die im Dezember im Bundestag verabschiedete Lkw-Maut stellt die Fortsetzung der ungleichen und wettbewerbsverzerrenden Rahmenbedingungen für das Verkehrs- und Logistikgewerbe dar, die mit der Einführung der Ökosteuer begann und den Höhepunkt in dem Beschluss des EU-Ministerrats zur Dieselsubventionierung der Benelux-Staaten gefunden hat. Bremen ist durch den hohen Anteil von Betrieben aus diesem Gewerbebereich besonders betroffen. Zahlreiche Arbeitsplätze, meine Damen und Herren, sind durch diese falsche Politik gefährdet.

Was steckt hinter der Lkw-Maut überhaupt, und was soll sie bewirken? Fakt ist, dass schwere Lastwagen in besonderem Maße hohe Kosten für den Unterhalt und den Betrieb sowie für den erforderlichen Neubau von Straßen allgemein und Autobahnen speziell verursachen. Das Ziel daraus hier abgeleitet, den Lkw-Verkehr stärker an den Kosten zu beteiligen, insbesondere die Fuhrunternehmer, die ihre Steuern nicht in der Bundesrepublik zahlen, ist ein Ansatz, der auch von der CDU nicht in Frage gestellt wird. Rotgrün will weiter den Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern gerechter machen, heißt es da, und dann mit den zusätzlichen Einnahmen neue Straßen bauen und durch die Technologie zur Erhebung der Lkw-Maut in Europa und weltweit eine Vorreiterrolle übernehmen. So zumindest auf den ersten Blick das hehre Ziel, das der Bundesverkehrsminister selbst verkündet hat!

Dass diese selbstformulierten Ziele nur einen rhetorischen Sturm im Wasserglas darstellen, erkennt man sofort. Weder ist im praktischen Handeln von

Rotgrün etwas davon zu spüren, dass die Verkehrsträger Wasser oder Schiene eine hieraus abgeleitete Unterstützung erhalten, was man an der Hinhaltenaktik des Bundesverkehrsministeriums zum Thema Schleuse Dörverden belegen kann, noch sind Zahlen abrufbar, die den quantitativen und qualitativen Ausbau des Schienennetzes in Deutschland in der Summe belegen. Das Gegenteil ist der Fall. Dass sich die Grünen für den Ausbau von Straßeninfrastruktur einsetzen, ist nun bekanntermaßen auch ein Gerücht.

Aber gehen wir einmal kurz gemeinsam davon aus, dass Äußerungen und Politik von Rotgrün sich umsetzen lassen und die selbstgesteckten Ziele zu erreichen sind. Da stellt sich auf der Einnahmenseite der Lkw-Maut ein erheblicher Betrag dar. Die Maut beträgt durchschnittlich 15 Cent pro Kilometer. Das macht laut Berechnung des Bundesverkehrsministers einen Betrag von zirka 3,4 Milliarden Euro im Jahr. Verteilt wird das Geld, was eingenommen wird, nach den bisherigen Planungen zumindest, folgendermaßen: 757 Millionen DM in das Antistauprogramm, 256 Millionen DM in Infrastrukturmaßnahmen und 700 Millionen DM in sonstige Infrastrukturmaßnahmen, von denen keiner so recht weiß, welche Maßnahmen das denn sein sollen. Das heißt, unterstellt, die 700 Millionen DM sonstige Infrastrukturmaßnahmen werden nicht anderweitig verbraten, dass im Best Case nur die Hälfte der Einnahmen zurück in die Infrastruktur fließen und im Worst Case, wenn die 700 Millionen DM von Herrn Eichel abkassiert werden, gerade einmal 33 Prozent in den Bau und den Erhalt von Straßen und Schienen zurückfließen. Von Zweckbindung, meine Damen und Herren, kann hier keine Rede sein!

(Beifall bei der CDU)

Offensichtlich nicht ganz umsonst hat man diese Zweckbindung auch erst gar nicht in das Gesetz aufgenommen.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was hat das mit selbstgesteckten Zielen zu tun, wenn gerade einmal die Hälfte der Einnahmen an die Nutzer zurückfließen, denen man vorher vorgaukelt, dass es nur zu deren Bestem sei? Fragwürdiger kann man sich nicht darstellen!

Ein weiterer wichtiger Punkt in der Diskussion, insbesondere mit den Verbänden des Lkw-Gewerbes, sind die Kompensationsmaßnahmen, die von Vertretern der Bundesregierung immer wieder versprochen wurden. So hat Staatssekretär Nagel im September des vergangenen Jahres auf einer Vorstandssitzung des Bundesverbandes Güterverkehrslogistik und Entsorgung von einer Fiskalharmonisierung gesprochen und Bundesverkehrsminister Bodewig am 10. Januar in einer Pressemitteilung 670 Millionen Euro angekündigt. Von diesen Verspre-

(C)

(D)

(A) chen sind nur 300 Millionen Euro übriggeblieben, nicht einmal zehn Prozent der Gesamteinnahmen.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie auch an dieser Stelle: Was hat das mit selbstgesteckten Zielen und der Glaubwürdigkeit zu tun, wenn in der Kompensation im internationalen Wettbewerb weniger als zehn Prozent der Gesamteinnahmen an die deutschen Nutzer zurückfließen? Fragwürdiger kann man sich nicht darstellen!

(Zuruf des Abg. Beckmeyer [SPD])

Ein weiterer Punkt in diesem Zusammenhang ist die Harmonisierung im internationalen Wettbewerb. Herr Beckmeyer, Sie werden ja sicherlich gleich das Wort ergreifen, und Sie können ja aus Ihrem Erfahrungsschatz als ehemaliger Hafen- und Wirtschaftssenator sicherlich in diesem Sinne für Ihren ehemals zuständigen Bereich reden. Im Frühjahr des vergangenen Jahres haben wir ebenfalls auf Initiative der CDU-Fraktion über die Belastungen des Speditionsgewerbes diskutiert und die ungleichen Wettbewerbsbedingungen festgestellt und angemahnt, die insbesondere durch die Ökosteuer von Rotgrün zu zahlreichen Arbeitsplatzverlusten schon geführt hat.

(B) Kostensteigerung im Straßengüterverkehr durch die Ökosteuer und sonstige Abgabenerhöhung, seit 1999 17 Prozent, wenn insbesondere die Nachbarstaaten ihren Spediteuren erhebliche Steuererleichterungen gewähren! So wird in den Niederlanden ein Lkw weniger belastet als ein privater Pkw. Auch hier haben Schröder und Rotgrün versprochen, wie ein Tiger auf EU-Ebene für den Wegfall von Subventionen in Holland, Italien und Frankreich für deren Gütergewerbe zu kämpfen und sich für eine größtmögliche, das Wort „brutalste“ lasse ich einmal weg, Harmonisierung einzusetzen. In dem Anfang Mai stattgefundenen Subventionspoker in Brüssel sind Schröder und Co wie ein Bettvorleger gelandet und haben die Steuergeschenke der Nachbarländer an deren Lkw-Flotte mit absegnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Auch hier, meine Damen und Herren, frage ich Sie: Was hat das mit den selbstgesteckten Zielen und der Glaubwürdigkeit zu tun, wenn man bei der ersten Gelegenheit wie ein Strohalm einknickt? Fragwürdiger kann man sich nicht darstellen!

So kommt auch die Antwort des Senats in der Konsequenz der zu erfüllenden Punkte vor dem von mir geschilderten Sachverhalt zu einem eindeutigen Ergebnis: Insbesondere die in der Antwort auf Frage zwei erhobenen Postulate beziehungsweise Forderungen der Verkehrsministerkonferenz vom Okto-

ber 2001 werden von der rotgrünen Bundesregierung nicht erfüllt. Erschwerend für die Hafenstandorte kommt hinzu, dass, so in der Antwort auf Frage drei, sich die Standortbedingungen gegenüber den ARA-Häfen durch die beschlossenen Regelungen der Lkw-Maut nachhaltig verschlechtern. Die Lkw-Maut von Rotgrün führt zu einer Gefährdung zahlreicher Arbeitsplätze im Transportgewerbe. Nach Angaben des Bundesverbandes Güterkraftgewerbe, Logistik und Entsorgung haben sich im vergangenen Jahr 1600 Unternehmen mit 20 000 Arbeitsplätzen aus dem Markt durch Insolvenz verabschiedet, 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Ökosteuer lässt grüßen!

Die dritte Stufe der Ökosteuer und die Lkw-Maut zu Beginn des nächsten Jahres werden diesen bedauerlichen Trend verstärken. Nach Aussagen des Verbandes sind weitere 100 000 Arbeitsplätze in Gefahr. In einer gemeinsamen Stellungnahme von Mitte März dieses Jahres des Industrie- und Handelskammertages, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der Bundesvereinigung der deutschen Handelsverbände, der Vereinigung deutscher Kraftwagenspediteure, des Bundesverbandes Spedition-Logistik, des Bundesverbandes der Automobilindustrie und noch weiterer namhafter Verbände wurden die Befürchtungen zur nachhaltigen Wettbewerbsverzerrung und somit zum Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen geteilt.

(D) Lassen Sie mich zusammenfassen! Die Maut ist in ihrer Höhe willkürlich festgelegt und trägt daher klar die Handschrift von Finanzminister Eichel, der maßgeblich von den Einnahmen partizipiert. Von Strukturverbesserung, Infrastruktur kann nicht die Rede sein. Die für das Gewerbe versprochenen angemessenen Kompensationsmaßnahmen werden nicht eingehalten. Versprochen, gebrochen! Eine Zweckbindung der Einnahmen für Ausgaben der Infrastruktur existiert nicht und stellt ein fragwürdiges Vorgehen dar.

Die Lkw-Maut ist in ihrer Fassung von Rotgrün ein Jobkiller und gefährdet zahlreiche Arbeitsplätze, weil die versprochene Harmonisierung auf dem Altar der parteipolitischen Winkelzüge von Schröder und Co geopfert wurden. Bremen als wichtiger Handels- und Verkehrsstandort ist von dieser falschen Politik besonders betroffen.

(Beifall bei der CDU)

Bleibt nur zu hoffen, dass nach dem 22. September eine neue Politik diese Fehler korrigieren kann. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Schramm.

(A) Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU, und das muss man natürlich auch noch einmal hier deutlich sagen, ist ein Alleinstellungsantrag der CDU,

(Abg. **Kastendiek** [CDU]: Große Anfrage!)

ach so, ja, dann bezieht sich das auf den Antrag, auf den ich mich gleich beziehen will, auf die Kritik der Ökosteuer, das war ein Antrag der CDU, hat sich jetzt niedergeschlagen in der Anfrage der großen Koalition, aber da haben Sie auch schon zwei Kritikpunkte angesprochen, oder der basierte auf zwei Säulen, nämlich auf der Kritik an der Ökosteuer, und jetzt kommt noch hinzu die Kritik an den Mautgebühren, meine Damen und Herren.

Das verleitet mich doch einmal dazu zu sagen, was uns grundsätzlich von Ihnen und Ihrer Politik unterscheidet: Sie wollen Steuergeschenke machen, versprechen Steuersenkungen für alle, meinen natürlich aber die Großunternehmer, und wir wollen die Zukunft gestalten, meine Damen und Herren. Das unterscheidet uns!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Lachen bei der CDU)

(B) Wer die Zukunft unserer Kinder sichern will, der braucht den Schutz der natürlichen Ressourcen und braucht unbedingt die Ökologisierung der Marktwirtschaft. Es ist richtig, und das drückt sich in diesen beiden Aspekten aus, den Faktor Umwelt zu belasten und den Faktor Arbeit zu entlasten, um ökologische Investitionen zu schaffen und die Lohnnebenkosten zu senken, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Kastendiek, ich wundere mich auch über Ihre Kritik, wenn ich ganz ehrlich bin. Frau Merkel, darüber kann man sich nicht mehr wundern, hat als Umweltministerin ja immer die Ökosteuer gefordert, und heute will sie nichts mehr davon wissen. Das ist Ihr Problem! Aber dass Sie jetzt auch noch die Ökosteuer kritisieren, obwohl Sie jetzt im neuen Wahlprogramm der CDU/CSU ein ähnliches Instrument fordern, das kann ich nun überhaupt nicht mehr nachvollziehen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie fordern in Ihrem Programm, lesen Sie das doch bitte nach auf Seite zehn, eine Schadstoffabgabe. Meine Damen und Herren, was ist das anderes als

*) Vom Redner nicht überprüft.

eine Form der Ökosteuer? Das müssen Sie mir einmal erklären. (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist ja auch ganz klar, wenn man sich die Erfolge der Ökosteuer einmal ansieht, dann ist es ja so, dass bereits heutzutage die Ökosteuer über 100 000 neue Arbeitsplätze geschaffen hat und dass sie in der Tat die Entlastung der Rentenkassen bewirkt hat in einer Größenordnung von 14 Milliarden Euro bis zum heutigen Tag. Das ist doch ein Erfolg der Ökosteuer, das können Sie doch nicht leugnen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Widerspruch bei der CDU)

Übrigens, auch das sei einmal gesagt: Der Spritverbrauch ist seit Einführung der Ökosteuer drastisch zurückgegangen. Das war ein Ziel, das wollten wir erreichen, das haben wir zum Teil erreicht, meine Damen und Herren. Was noch besser ist: Wir haben eine Effizienzsteigerung in der Produktion erreicht. Hören Sie doch einmal die Manager von VW! VW bringt jetzt das Ein-Liter-Auto auf den Markt. Das wäre doch nie gekommen ohne den Druck der Ökosteuer!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. **Eckhoff** [CDU]: Die arbeiten doch schon seit zehn Jahren daran!)

(D)

Dann immer Ihre Mär, die Ökosteuer würde die Bremer Spediteure belasten! Auch das haben wir Ihnen in der letzten Debatte Punkt für Punkt widerlegt. Die Ökosteuer ist nicht das Hauptproblem der Bremer Spediteure, meine Damen und Herren, das sei noch einmal gesagt. Das Preisdumping auf den Straßen und das Sozialdumping, was aus den osteuropäischen Ländern auf die Straßen der Bundesrepublik drängt, das ist das Problem der Bremer Spediteure und nicht die Ökosteuer, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben ja auch nicht ohne Grund die Antwort des Senats hier völlig aus Ihren Betrachtungen herausgelassen. Sie stellen eine Große Anfrage, und dann zitieren Sie einfach nicht die Antworten des Senats. Ich finde, das ist unseriös.

(Abg. **Kastendiek** [CDU]: Weil Sie nicht lesen wollen!)

Sie wollen die Antworten nicht zur Kenntnis nehmen. Was sagt der Senat? Die Zahl der Beschäftigten hat sich seit Einführung der Ökosteuer im Be-

- (A) reich des Speditionsgewerbes im Lande Bremen erhöht und nicht reduziert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Was sagt der Senat? Die Betriebe haben eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu verzeichnen. Das sagt der Senat!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was sagen die Bremer Spediteure? Die suchen händeringend Personal! Da müssen Sie einmal die Anzeigen in den Tageszeitungen lesen! Ist das ein Indiz dafür, wenn man Personal sucht, dass es den Unternehmen schlecht geht? Das kann doch nicht einmal Ihre Interpretation zulassen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Jetzt zur Maut, die ist ja neu in der Kritik der CDU! Wir sagen, das ist ein Beitrag zur Chancengleichheit auch auf den Straßen, meine Damen und Herren, dass die Wegekosten, die tatsächlichen Kosten des Verkehrs auch angerechnet werden. Das müssen Sie als Marktwirtschaftler eigentlich auch akzeptieren.

- (B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man einmal in die nähere Vergangenheit schaut, dann habe ich die Speditionsverbände in Bremen jubeln hören. Die Handelskammer habe ich jubeln hören, die CDU habe ich jubeln hören, den Wirtschaftssenator habe ich jubeln hören, als es auf einmal hieß, die A 281 wird ausgebaut, meine Damen und Herren, als Standortfaktor für Bremen. Ja, aus welchen finanziellen Mitteln denn, Herr Kastendiek? Aus den Gebühren, die aus der Maut kommen! Dazu sagen Sie kein Wort.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aus den Einnahmen der Maut werden die Straßenprojekte finanziert, die Sie immer einfordern, davon haben wir ja eigentlich gar nichts.

Die aktuelle Forderung sollten Sie sich einmal anschauen! Der BDI fordert eine Offensive im Straßenbau und will natürlich die Offensive aus den Mautgebühren finanzieren. Der Bundesverband der Deutschen Industrie fordert die Maut, die Sie hier kritisieren. Das kann doch wohl nicht sein.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Das ist aber eine gewagte Aussage!)

Der Bundeskanzler hat eine Mobilitätsoffensive eingeleitet, und auch Ihnen möchte ich einmal vor-

tragen, wer diese Mobilitätsoffensive offensiv unterstützt, und Sie werden staunen, wenn Sie die Namen dieser Unternehmen vernehmen. Da ist genannt der Zentralverband der Deutschen Seehafenbetriebe, meine Damen und Herren, das ist kein grüner Verein, oder der Verband der Automobilindustrie oder Siemens als Großunternehmen oder der Verband der deutschen Verkehrsunternehmen, die Sie hier immer zitieren, von denen Sie meinen, dass es ihnen so schlecht ginge. Sie fordern mit ihrer Unterschrift eine Mobilitätsoffensive und arbeiten Hand in Hand mit dem Bundeskanzler, und das heißt doch nur eine Unterstützung, eine finanzielle Unterstützung dieser Maßnahmen aus der Mautgebühr, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Diese Verbände und Vereine wollen alle die Maut?)

Der Lückenschluss ist doch sonst gar nicht finanzierbar, das wissen Sie ganz genau! Sie vernachlässigen auch den Standortfaktor Deutschland. 100 Milliarden Euro betragen die Staukosten allein im Verkehrsbereich. Das ist ein Standortnachteil, und durch die Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturprojekten durch die Maut wird dieser Standortnachteil zu einem Standortvorteil für die Bundesrepublik Deutschland, meine Damen und Herren.

Nicht ohne Grund haben übrigens alle Küstenminister diese Maut auch befürwortet, wenn auch mit verschiedenen Kritikpunkten, die sie gern noch erfüllt hätten. Harmonisierung innerhalb der EU, das sind ja auch Forderungen, die korrekt sind, und da geht die Bundesregierung auch in die richtige Richtung, dass eine Harmonisierung in der europäischen Politik voranschreitet. Wenn Sie sich einmal die Vertreter der Binnenschifffahrt anhören oder Herrn Mehdorn von der Bahn AG, dann sind es gerade diese Vertreter, die sagen, die Maut ist viel zu gering, die muss viel höher sein, wenn man die tatsächlichen Wegekosten anrechnen will, um die Bahn auf den gleichen Stand zu bringen, wie es die Straße im Moment ist. Von daher sind die 15 Cent pro Kilometer eher eine moderate Gebühr, die man hier überhaupt nicht kritisieren kann, meine Damen und Herren. Wir sagen jedenfalls, die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Maut, das sei auch noch hier in Bremen gesagt, nutzt den deutschen Seehäfen und schadet ihnen nicht, weil es zu einer Verlagerung der Verkehrsströme von der Straße auf die Schifffahrtswege kommt und kommen soll. Das heißt, es kommt zu einem Standortvorteil für Bremen und alle Länder, die am Wasser liegen, meine Damen und Herren, das muss hier auch einmal gesagt werden.

(C)

(D)

(A) Die Maut, das kann man auch noch einmal sagen, das steht auch im Gesetz, ist eher ein Vorteil für die inländischen Verkehrsträger, weil natürlich jetzt auch die ausländischen Nutzer der deutschen Straßen zum Entgelt herangezogen werden, was vorher nicht der Fall war, nur die deutschen mussten diese Wegekosten entrichten. Das heißt, es ist hier eine Wettbewerbsgleichheit durch die Maut zu erwarten. Das ist ein Standortvorteil und kein Nachteil, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die ganze Debatte gab es auch schon in der Schweiz. Hier liegt der Mautanteil pro gefahrenem Kilometer bei 64 Cent. Da hat man auch gesagt, die Wirtschaft bricht zusammen. Das ist eine Horrordisaster, die auf uns zukommt. Nun sagt der schweizerische Verkehrsminister, das war gut so, dass wir es gemacht haben. Es ist zu Verlagerungen der Verkehrsströme auf andere Verkehrswege gekommen. Es war eine gute Politik, und alle Verkehrsverbände akzeptieren mittlerweile diese Entscheidung, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Zum Schluss noch etwas zu Ihrer Glaubwürdigkeit, Herr Kastendiek, und zur Glaubwürdigkeit der CDU in diesen Fragen! Schauen Sie einmal nach Baden-Württemberg! Baden-Württemberg hat händeringend den Ausbau der A 8 gefordert. Man hat aber nun nicht gefordert, das aus der normalen Maut zu finanzieren, das sowieso, sondern hat beschlossen mit den Stimmen von CDU und FDP, eine Zusatzmaut einzuführen. Dort beschließen sie also eine Zusatzmaut für Lkw und Pkw, um ihre Straßenbaumaßnahmen zu finanzieren, und hier kritisieren Sie die Maut. Das kann doch wohl nicht zusammengehen, und das beleuchtet noch einmal, wie unglaublich Ihre Argumente sind, Herr Kastendiek!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Fazit: Ökosteuer und Maut sind zwei Seiten einer Medaille, und diese Medaille ist ökologisch sinnvoll und richtig. Es ist ein Instrument der ökologischen Marktwirtschaft, und wir sind für die Einführung der ökologischen Marktwirtschaft im Zusammenhang mit der ökologischen Steuerreform. Das bringt Wirtschaft, Ökologie, Arbeitsplätze und Ressourceneinsparung zusammen, und das ist es doch, was wir wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Bevor ich dem Abgeordneten Beckmeyer das Wort erteile, begrüße ich auf dem Besucherrang den Generalkonsul Griechen-

lands in Hamburg, Herrn Roussos Koundouros, der Bremen seinen Antrittsbesuch abstattet. – Herzlich willkommen im Hause!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie jetzt fragen, ob wir in der Debatte fortfahren wollen, auch wenn es gleich 13 Uhr ist. Ich habe noch vier Wortmeldungen, den Abgeordneten Beckmeyer, den Abgeordneten Tittmann, Herrn Kastendiek und Herrn Staatsrat Färber.

(Zurufe)

Das Wort hat der Abgeordnete Beckmeyer.

Abg. **Beckmeyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich zu Beginn meiner Rede mit der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der CDU auseinandersetzen, weil man diese Antwort erst einmal lesen muss und nicht nur einfach über Maut und über Ökosteuer generell etwas aussagen, sondern einmal in den Inhalt der Antwort gehen. Das möchte ich insbesondere Herrn Kastendiek empfehlen, weil eines auffällt: Die Einschätzung, mit der Sie Ihre Große Anfrage begründen und einleiten, wird von der Antwort des Senats in keiner Weise geteilt. Es klafft auseinander. Die Antwort des Senats sagt etwas anderes, als die fragende CDU am Anfang zur Begründung aufgeschrieben hat. Das ist, glaube ich, die erste Feststellung, die man machen muss.

Es gibt darin ein paar Elemente, die den kundigen Leser innerhalb dieser Antwort auf die Große Anfrage allerdings auch stutzig werden lassen, wenn zum Beispiel auf die Frage drei, in der gefragt wird: „Wie beurteilt der Senat die Befürchtungen des ZDS hinsichtlich der beschlossenen Regelung zur Einführung der Lkw-Maut für die Standortbedingungen der Häfen?“ gesagt wird: „Der Senat teilt die Befürchtungen.“ Aber als Antwort auf die Frage zwei: „Welche Maßnahmen hält der Senat für eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen für erforderlich?“ am Ende auf Seite vier dann ausgeführt wird, dass der vom Bundesrat auf Initiative Hamburgs und Bremens beschlossene Antrag, nämlich diesen ZDS-Gedanken aufzunehmen, leider im Vermittlungsverfahren nicht behandelt worden ist. Das macht mich allerdings sehr stutzig. Die Frage ist: Wer hat an diesem Vermittlungsverfahren teilgenommen? Bremen und Hamburg scheinbar wohl nicht! Das ist allerdings ein bedauerliches Ergebnis. Ich hätte erwartet, dass Bremen, das in dieser Frage im Verkehrsausschuss die Federführung hat, als Vorsitz im Verkehrsausschuss des Bundesrates diese Angelegenheit doch etwas intensiver vorangebracht hätte.

Unter dem Strich möchte ich sagen, dass wir, bezogen auf Maut, feststellen können, dass vor dem

- (A) Hintergrund des Wachstums unseres Verkehrsaufkommens, das prognostiziert wird und das ja bis 2015 um zirka 64 Prozent zunehmen wird auf der Straße, alles getan werden muss, dass auch Verkehrslenkungen durch Maut sowie durch entsprechende andere Maßnahmen stattfinden, damit mehr Verkehr auf die Schiene und auf die Wasserstraße kommt.

(Beifall bei der SPD)

Diese Maut als solche ist insofern auch sinnvoll, weil sie dem Staat und damit auch der öffentlichen Hand des Bundes und der Länder Finanzmittel zur Verfügung stellt, die dringend notwendig sind für Investitionsmaßnahmen, sowohl für die Straße als auch für die Schiene, als auch für die Wasserstraßen in der Bundesrepublik Deutschland. Das Antistauprogramm der Bundesregierung ist dafür ein Beleg, und die 7,4 Milliarden Euro, die dafür bereitgestellt werden, werden unter anderem aus der entfernungsabhängigen Mautgebühr für Lkw finanziert.

Aber es hat auch vorher schon eine Mautgebühr gegeben. Die wird ja nicht jetzt erfunden. Es hat immer eine zeitabhängige Mautgebühr für Lkw in der Bundesrepublik Deutschland gegeben. Das wird bei der ganzen Diskussion einfach verschwiegen und nicht dargestellt. Das muss man einfach einmal in Erinnerung rufen. Zukünftig wird eine streckenorientierte Mautgebühr abgeführt, aber nicht nur für deutsche Lkw-Betreiber und deutsche Speditionen, sondern für sämtliche auf deutschen Straßen fahrenden Unternehmen, und damit auch für die Holländer, für die Polen, für die Russen und so weiter. Insofern ist das, denke ich, eine zum ersten Mal auch stattfindende Beteiligung von ausländischen Speditionsunternehmen und Lkw-Betreibern, die für unsere Infrastruktur mitbezahlen müssen, und eine sinnvolle Maßnahme, die wir dringend auch für unseren Haushalt benötigen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Herr Kastendiek, noch zwei Worte zu Ihnen! Ich will das nicht überstrapazieren, aber Sie sind einem aufgefressen, und zwar im Grunde einem Streit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den CDU- und CSU-regierten Ländern. Die haben nämlich unterschiedliche Positionen, und das haben Sie auch am Ergebnis des Vermittlungsausschusses gemerkt. Das Vermittlungsverfahren ist ja am Ende einvernehmlich im Bundesrat zu Ende gebracht worden mit den Stimmen der Länder, auch mit den Stimmen der CDU-regierten Länder. Das muss man einfach einmal auf sich wirken lassen. Die Maut gibt es jetzt mit ihren Stimmen, mit den Stimmen Bremens, mit den Stimmen Bayerns und Baden-Württembergs.

(Zuruf des Abg. K a s t e n d i e k [CDU])

Wir haben in dieser Frage am Ende des Vermittlungsverfahrens eine einhellige Meinung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zur Maut, und das ist gut so, und ich denke, das muss man auch einmal deutlich sagen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Ein Allerletztes zum Energieverbrauch! Es ist in Deutschland gelungen, auch der Regierung unter Bundeskanzler Kohl, in der Vergangenheit beim Energieverbrauch der Haushalte eine Senkung, immer gemessen am Bruttosozialprodukt der Republik, um ungefähr 15 Prozent über die Jahre herbeizuführen. Wir haben eine Abnahme des Energieverbrauchs bei der Industrie zu konstatieren. Das ist gut so. Einzig und allein im Verkehrsbereich haben wir eine dramatische Steigerung des Energieverbrauchs festzustellen. Darum ist momentan eine Politik, die unter anderem auch, ich denke einmal, parteienübergreifend, von der Position getragen wird, weg vom Öl, Energiemix in der Bundesrepublik Deutschland, die im Grunde doch auch konstatiert, welche Methoden und welche Mittel man nutzen kann, um eine solche Reduzierung auch für den Verkehr zu organisieren.

Da war unter anderem die Ökosteuer ein probates Mittel, weil natürlich das Minderverbrauchen von Öl und Benzin im Verkehr dazu geführt hat, dass auch wir hier in dieser Frage eine Reduzierung des Energieverbrauchs beim Verkehr organisieren müssen in der Bundesrepublik Deutschland. Ich denke, das ist doch wohl eine einigermaßen einhellige Position aller im Parlament vertretenen Parteien. Sonst würde ich allerdings Ihre Energiepolitik nicht verstehen.

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dass dies, Herr Schramm hat es partiell gesagt, natürlich auch dazu geführt hat, dass gerade bei Energieeinsparprojekten der Industrie, im Bereich der Haushalte, aber auch im Bereich des Verkehrs, Arbeitsplätze geschaffen werden, das liegt auf der Hand, und natürlich auch beim Verkehr werden Arbeitsplätze geschaffen. Es ist selbstverständlich, und ich denke, das ist ein großer Fortschritt, der mit der Ökosteuer einhergeht.

Jetzt etwas zu Investitionen, das sei der letzte Gedanke! Bundeskanzler Kohl hat sich dadurch ausgezeichnet, dass er Herrn Ludewig, der ja gut mit ihm zusammengearbeitet hat, aus Spargründen drei Milliarden DM aus der Schiene herausgestrichen hat während seiner letzten Legislaturperiode. Er hat der Bahn jährlich drei Milliarden DM genommen! Jetzt zu sagen, diese neue rotgrüne Koalition hat es nicht geschafft, dass diese Schienen ordentlich ausgebaut

- (A) werden! Die haben erst einmal das korrigieren müssen, was dort vorher genommen worden ist!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dann bitte ich Sie, sich doch auch noch einmal ernsthaft mit Ihrer eigenen Politik auseinander zu setzen! Das CDU-Wahlkampfprogramm konstatiert einen vierzigprozentigen Staatsanteil über alles am Bruttozialprodukt dieser Nation. Das sind 270 Milliarden Euro. Wir haben zurzeit zirka 250 Milliarden Euro Volumen in der Bundeskasse, die wir jährlich vergeben. Allein 170 Milliarden Euro müssten wir einsparen, um von 49 Prozent Staatsanteil am Bruttozialprodukt auf die 40 Prozent zu kommen. Weniger in der Kasse des Bundes, der Länder und der Gemeinden! Wie Sie da Verkehrsinfrastruktur finanzieren wollen, hier in Bremen, in den Ländern, im Bund, ist mir völlig schleierhaft. Sie privatisieren sämtliche Leistungen, Sie privatisieren sämtliche Vorgaben. Ich denke einmal, hier ist ein riesiger Kardinalfehler, eine völlige Verkennung der Aufgabenstellung des Bundes, der Länder und der Gemeinden.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Insofern, Herr Kastendiek, Schuster bleib bei deinen Leisten, organisiere dich neu! Die Politik, wie sie da formuliert ist, taugt nicht für diese Republik und für dieses Land schon gar nicht. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollen wir diese Debatte jetzt unterbrechen. Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.00 Uhr)

*

Vizepräsident Dr. Kuhn eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich ganz herzlich eine Gruppe Studenten der Universität Bremen.

(Beifall)

Sie sehen, noch sind Sie in der Mehrzahl!

Ich darf bekannt geben, dass nachträglich interfraktionell vereinbart worden ist, den Tagesord-

- nungspunkt 30, Finanz-Controlling – Jahresbericht 2001, auszusetzen. (C)

Wir setzen jetzt die Aussprache zum Tagesordnungspunkt vier, Lkw-Maut, fort.

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß eigentlich gar nicht, was Ihnen diese Große Anfrage, Lkw-Maut gefährdet zahlreiche deutsche Arbeitsplätze im Güterkraftgewerbe, an neuer Erkenntnis bringen soll. Selbstverständlich gefährdet die von der rotgrünen Chaosregierung beschlossene und eingeführte Regelung einer Lkw-Mautgebühr Tausende von Arbeitsplätzen und die Existenz zahlreicher Betriebe, die durch eine verfehlte EU-Politik der Bundesregierung schon jetzt unerträglich benachteiligt werden.

Meine Damen und Herren, wie Sie es in den Protokollen der Bürgerschaft nachlesen können, habe ich Sie doch vor einer solchen zu Lasten Deutschlands gehenden unsäglichen EU-Politik schon vor Jahren eindringlich gewarnt. Da ist die Einführung einer Lkw-Maut doch nur die Spitze des Eisbergs einer unverantwortlichen und einseitigen, auf Kosten Deutschlands betriebenen EU-Politik der rotgrünen Bundesregierung. Dass die EU-Politik zahlreiche deutsche Arbeitsplätze, und das nicht nur im Güterverkehr, kaputt macht, habe ich hier im Landtag anhand von zahlreichen Daten und Fakten klar belegt und unwiderruflich bewiesen. Was wollen Sie also heute mit dieser Großen Anfrage denn Neues erfahren? (D)

Ich habe auch einen Antrag, mit der Forderung, die Ökosteuer schnellstens abzuschaffen, in die Bürgerschaft mit der Begründung, dass die Ökosteuer den Ruin von zahlreichen Unternehmen gerade im Logistikbereich bundesweit zur Folge haben wird, schon lange eingebracht.

(Zurufe von der SPD)

Damals haben – das habe ich, das können Sie nachsehen, wenn Sie lesen können – Sie alle, also alle so genannten Gutmenschen im Parlament, meine Anträge abgelehnt. Heute, wen wundert es, steht in Ihrer Großen Anfrage der folgende richtige Absatz, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Mit der zum 1. Januar 2002 in Kraft getretenen dritten Stufe der Ökosteuer wird der Niedergang weiter beschleunigt. Das Bundesland Bremen ist mit seinem hohen Anteil an Unternehmen und Beschäftigten im Logistik- und Speditionsbereich hiervon besonders betroffen.“

Meine Damen und Herren, was wollen Sie eigentlich? Dieser Absatz, aber nicht nur dieser Absatz, ist die eindeutige Bestätigung der Richtigkeit meiner damals gemachten Mahnungen. Alles, wovor ich Sie im Namen der Deutschen Volksunion bis jetzt ein-

(A) dringlich gewarnt habe, ist auch eingetroffen. Meine schlimmsten Befürchtungen sind durch Ihre erschreckend gescheiterte Politik sogar leider noch übertroffen worden.

Zum Beispiel die Einführung des Euro, des Teuro! Vor drei Jahren habe ich an gleicher Stelle darauf hingewiesen, sogar mit Zahlen und Fakten belegt darauf hingewiesen, dass durch den Euro alles teurer wird. Heute, wo es zu spät ist, kommen Kanzler Schröder und Minister Eichel mit einem weinerlichen und schaurigen Gesicht daher und müssen öffentlich zugeben: Der Euro ist ein Teuro. Das alles, meine Damen und Herren, auf Kosten des Volkes! Das habe ich Ihnen schon vor drei Jahren im Namen der Deutschen Volksunion nachweislich richtig vorausgesagt.

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Und seitdem haben Sie eine eigene Währung?)

Meine Damen und Herren, nachdem Sie alle meine Anträge einheitlich und scheinheilig einstimmig abgelehnt haben, heute eine solche Große Anfrage einzubringen, ist schon mehr als scheinheilig. Böse Zungen würden jetzt dazu verlogen sagen.

Meine Damen und Herren, die Autobahngebühr ist nicht nur eine sehr große und unerträgliche Benachteiligung deutscher Unternehmen im Logistikbereich, nein, sie ist auch eine nicht zu akzeptierende Benachteiligung unseres für den Wirtschaftsstandort Bremen und Bremerhaven überlebenswichtigen Bereichs der Seewege. Die Lkw-Maut hat große Vorteile, aber nur für die Konkurrenzhäfen, für Häfen wie zum Beispiel Rotterdam und Antwerpen, aber nicht für Bremen und Bremerhaven. Das ist die traurige Tatsache dieser Lkw-Maut und nichts anderes.

(B) Eine EU-Politik, nach der für die Autobahn zum Beispiel in den Niederlanden und Belgien keine entfernungsabhängigen Benutzungsgebühren erhoben werden, ist eine auf Kosten deutscher Seehäfen unerträgliche Benachteiligung, die zum unweigerlichen Konkurs heimischer Unternehmen führen wird oder schon zum Ruin geführt hat. Hier hätten die deutschen Seehäfen zumindest zu einem Teil der Strecke von der Mautgebühr ausgenommen werden müssen. Das aber ist meines Wissens nicht geschehen, ganz im Gegenteil! Ein entsprechender Vorschlag von Hamburg und, man staune, sogar von Bremen hat im Vermittlungsausschuss keine Mehrheit gefunden.

Eine weitere schlimme Folge Ihrer auf Kosten und zu Lasten Deutschlands betriebenen EU-Politik ist die Tatsache, dass die deutschen Lkw-Unternehmer schon jetzt sehr große steuerliche Nachteile gegenüber anderen EU-Ländern in erheblichem Umfang auffangen müssen, die sie wirtschaftlich und finanziell nicht mehr verkraften können. Meine Damen und Herren, es ist wirklich nicht länger hinnehm-

bar, dass zum Beispiel die Konkurrenz aus den Niederlanden 7300 Euro, aus Belgien 8200 Euro und aus Spanien sogar 10 000 Euro geringere steuerliche Belastungen als unsere deutschen Lkw-Unternehmer haben. Diese Zahlen beziehen sich jährlich auf nur einen Lkw. Nun müssen Sie mir einmal allen Ernstes verraten, wie da unsere deutschen Lkw-Unternehmer mit den wichtigsten Konkurrenten aus anderen EU-Ländern wettbewerbsfähig konkurrieren und überleben sollen. Das müssen Sie mir einmal erzählen! Hier hat der Vorsitzende des Vereins Bremer Spediteure, Herr Kleist, die uneingeschränkte Unterstützung und Solidarität der Deutschen Volksunion.

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Das wird ihn freuen!)

Ich weiß gar nicht, was es darüber zu lachen gibt! Wahrscheinlich sind Ihnen die Arbeitslosen, die durch Ihre Politik entstehen, egal, aber das kennen wir ja nicht anders! Wie folgerichtig im „Weser-Kurier“ ausgeführt wurde, Herr Präsident, ich darf zitieren: „Durch die Maut würden sich die Transportpreise um rund 15 Prozent erhöhen, Kosten, die an den Kunden weiterberechnet werden müssten. Mit unerwünschten Folgen! Bei einem derartigen Kostensprung werden auch die treuesten Kunden Preisvergleiche anstellen und dort, wo es möglich ist, auf ausländische Unternehmen ausweichen. Bei einem Einsatz politischer Instrumente wie der Lkw-Maut oder der Ökosteuer sollten deswegen aus Kleists Sicht die Abgaben für den Güterverkehr in den verschiedenen Ländern der EU abgestimmt werden. In Bremen ist die Speditionsbranche mit 4500 Beschäftigten mittelständisch strukturiert.“ Wie gesagt, 4500 Menschen sind dort beschäftigt.

Meine Damen und Herren, mittelständisch strukturiert bedeutet, es sind mittelständische Unternehmen. Mittelständische Unternehmen aber sind die Standbeine unserer Wirtschaft. Dieses sehr überlebenswichtige Standbein unserer Wirtschaft, der Mittelstand, mit einer Vielzahl an Beschäftigten wird durch Ihre verfehlte Wirtschaftspolitik schamlos im Stich gelassen. Damit treiben Sie die ohnehin schon unerträglich hohen Arbeitslosenzahlen ins Unermessliche. Darum fordere ich Sie auf im Namen der Deutschen Volksunion: Bringen Sie hier keine unnötigen Großen Anfragen ein, unnötig deshalb, weil Ihnen die Fragen, Probleme, Zahlen und Fakten dieser Anfrage doch schon seit Jahren bekannt sind, sondern handeln Sie endlich politisch effektiv im Sinne der deutschen Lkw-Unternehmer, bevor noch mehr deutsche Lkw-Unternehmer durch Ihre Politik Konkurs anmelden müssen!

Meine Damen und Herren, Frau Busch hat heute Vormittag die Bedeutung des Mittelstands angesprochen. Also, Frau Busch, dass sich die SPD-geführte Bundesregierung auf einmal Sorgen um den Mittel-

(C)

(D)

(A) stand macht, ist ja nun einmal wirklich ganz etwas Neues. Ihre Bundesregierung war es doch, die die Kapitalgesellschaften steuerlich entlastet und die mittelständischen Unternehmen steuerlich belastet hat. Ihre Bundesregierung ist doch erst durch ihre Steuerpolitik verantwortlich, dass mittelständische Unternehmen reihen- und massenweise Konkurs anmelden müssen mit zirka 100 000 Beschäftigten. Kommen Sie also heute nicht hierher und halten eine solche unehrliche und scheinheilige Rede für den Mittelstand!

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Nun bremsen Sie sich einmal ein bisschen!)

Sie beleidigen damit und durch Ihre Politik und Steuerreform die in Konkurs gegangenen mittelständischen Unternehmen und die Arbeitslosen. Das, meine Damen und Herren, hat der Mittelstand und haben die vielen Arbeitslosen nun wahrlich nicht verdient. Eine solche Politik haben sie auch nicht verdient. – Ich bedanke mich!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

(B) Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will noch so ein, zwei Worte zu meinen Vorrednern sagen, wobei ich den letzten auslasse. Das lohnt sich irgendwie nicht mehr.

(Beifall bei der CDU – Abg. T i t t m a n n [DVU]: Dann widerlegen Sie einmal die Zahlen! Widerlegen Sie sie einmal! Halten Sie da vorn nicht immer Wischiwaschi-Reden!)

Vielleicht sollten Sie Ihre Reden doch lieber von München vorbereiten lassen, anstatt sie selbst zu schreiben!

Herr Schramm, Sie haben ja die Seite zehn des Regierungsprogramms, das offensichtlich auch bei Ihnen auf großes Interesse stößt, was ich auch verstehen kann, zitiert. Vielleicht hätten Sie bei Seite neun mit dem Lesen anfangen sollen, da steht nämlich eindeutig, das unterscheidet unser Programm sicherlich auch von Ihrem, wir schreiben nämlich, was wir wollen: „Unser Ziel ist es, die Ökosteuer in der bestehenden Form mittelfristig abzuschaffen und sie durch eine aufkommens- und wettbewerbsneutrale europaweit abgestimmte, harmonisierte und schadstoffbezogene Abgabe zu ersetzen.“ Das, was also hier eben gerade behauptet wurde, entspricht nicht der Richtigkeit. Ich kann Ihnen aber das ganze Regierungsprogramm gern zur Verfügung stellen, falls Sie es noch nicht haben. Ihr Informationsdienst arbeitet ja offensichtlich nur mit Überschriften. Vielleicht sollten Sie da besser recherchieren

und sich nicht nur auf die Bundespartei zentrale verlassen. (C)

Gleiches trifft offensichtlich auch auf den Punkt mit den Verbänden zu, die die Position abgegeben haben. Herr Schramm hat hier bestritten, dass die Verbände sich natürlich für den Ausbau der Infrastruktur einsetzen. Die Erklärung von Anfang Mai, auf die Sie sich beziehen, hat aber natürlich den Hintergrund, dass die Versprechen, die Ihre Bundesregierung den Verbänden gegeben hat, auch eingehalten werden. Das ist der Punkt, warum die Verbände hier endlich fordern, dass die Positionen, die hier irgendwann einmal in die Weltgeschichte gesetzt worden sind, auch eingehalten werden. Ansonsten sind die Positionen der Verbände, ob es der Bundesverband der Logistik oder der Speditionen ist, relativ eindeutig. Ich kann sie Ihnen auch einmal geben, damit Sie sie sich durchlesen können. Meine Empfehlung auch in diesem Fall: Nicht nur Überschriften recherchieren, sondern sich auch mit den Inhalten beschäftigen!

(Beifall bei der CDU)

Dann sind Sie am Ende doch wieder in Ihr altes Übel zurückgefallen, Herr Schramm, nämlich so ein bisschen mit den Widersprüchen und der Glaubwürdigkeit. Sie haben sich in der Debatte Außenwirtschaft zuvor hier hingestellt und gesagt, in diesem Bereich der Außenwirtschaft, und das ist unmittelbar mit der Hafen- und Verkehrswirtschaft verbunden, sind keine neuen Arbeitsplätze geschaffen worden. In der Debatte 45 Minuten später stellen Sie sich hin und sagen, hier sind ja doch 3400 Arbeitsplätze entstanden. Das ist doch ein Beleg dafür, dass das nicht stimmt, was Sie sagen. Herr Schramm, Sie müssen sich schon entscheiden, hopp oder topp, links oder rechts herum, aber nicht im Kreis herumdrehen und dann sich das Beste aus der Suppe herausuchen, die Sie vorher anrühren! Das ist unglaublich! (D)

(Beifall bei der CDU)

Tatsache ist, dass in diesem Bereich der Hafenverkehrswirtschaft zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen worden sind in Bremen, aber das hängt natürlich unmittelbar mit den exorbitant gestiegenen Wachstumsraten in der Hafen- und Verkehrspolitik zusammen. Stellen Sie sich vor, was passiert wäre, wenn es eine vernünftige bundeswirtschaftliche Rahmenbedingung gegeben hätte, wie viele Arbeitsplätze dann geschaffen worden wären! Auch das müssen Sie in Ihre Betrachtung einbeziehen und hier nicht scheinheilig das eine einmal so und das andere einmal anders erzählen.

Kollege Beckmeyer, das war schon interessant, wie Sie sich als ehemaliger Hafen- und Wirtschaftsminister hier eingelassen haben. Ich dachte zumindest

(A) – und so hatte ich Sie auch in Erinnerung –, dass Sie die Anliegen des Gewerbes, um die Sie sich ja jahrelang intensiv gekümmert haben, so ist zumindest mein Eindruck gewesen, hier völlig negieren und sie Ihnen auch völlig egal sind. Sie haben kein einziges Wort dazu gesagt.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Doch!)

In dieser Form, Herr Beckmeyer, sind Sie kein Jobgarant, da sind Sie Jobkiller. Das muss einmal ganz eindeutig gesagt werden!

(Beifall bei der CDU)

Das ist dann eines der beiden Defizite, die ich Ihnen hier in diesem Zusammenhang auch vorwerfe. Es mag dann natürlich auch verwunderlich sein, dass in allen Ländern – um dann noch einmal den Auszug, den Sie sich erlaubt haben, allgemein wahlkampfpolitisch etwas zu berichten –, aber es ist nun auch einmal Tatsache, dass überall in den Ländern, wo die Staatsquoten abgesenkt worden sind, wo es Steuererleichterungen gegeben hat, die Steuereinnahmen absolut gestiegen sind. Auch das ist ein Phänomen, das Sie einfach zur Kenntnis nehmen. Sonst würden Sie solche Reden hier auch nicht halten müssen.

(B) (Zuruf des Abg. Beckmeyer [SPD])

Das erste Problem war, dass Sie mir nicht richtig zugehört haben. Das zweite Problem ist, dass Sie Ihre Probleme, die Sie als Partei auch in Berlin haben, hier offensichtlich übernehmen wollen, nämlich dass Sie im Verkünden und Ankündigen von Maßnahmen, von Erfolgen riesig sind, aber in der Umsetzung schlichtweg versagen.

(Beifall bei der CDU)

Das war auch der Kern meiner Rede, nämlich dass Sie viel versprochen haben bei der Einführung der Lkw-Maut und nichts gehalten haben. Sie haben versprochen, eine Kompensation für das Lkw-Gewerbe in Deutschland vorzunehmen. Von den 3,4 Milliarden DM, die Sie einnehmen, geben Sie nur 300 Millionen an das Gewerbe zurück. Das ist doch kein Versprechen, das Sie da einlösen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Punkt, Infrastruktur! Herr Schröder stellt sich Anfang des Monats bei den Verbänden hin und sagt, Herr Eichel wird sich schon wundern, keine Mark geht in seinen Haushalt hinein. Die aktuellen Zahlen, die auch von ihm mit beschlossen sind, sprechen da eine ganz andere Sprache. Defi-

nitiv beschlossen für den Ausbau der Infrastruktur sind nur 33 Prozent von den Einnahmen, meine Damen und Herren! Das muss doch einmal hier zur Kenntnis genommen werden, und hier nicht so tun, als wäre hier wieder Märchenstunde!

Der letzte Punkt, den ich in diesem Zusammenhang sagen will, und das war auch eine der Kernaussagen, dass Sie dem Gewerbe versprochen haben – das lässt sich auch alles nachlesen und belegen –, dass Sie sich dafür einsetzen wollten, dass die Subventionen auf EU-Ebene für das Gewerbe in den Nachbarländern abgeschafft werden. Was haben Sie Anfang des Monats gemacht? Sie haben sie mit beschlossen, meine Damen und Herren, das ist die Unglaubwürdigkeit Ihrer Politik! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Staatsrat Dr. Färber.

Staatsrat Dr. Färber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, es ist Fakt, dass die Lkw-Maut eine zusätzliche Belastung für das Verkehrsgewerbe darstellt. Für mich ist es jetzt eine Frage der Einordnung dieser zusätzlichen Belastung. Da wissen wir alle, dass dieses Gewerbe in Deutschland im EU-Vergleich schon deutlich höher belastet ist. Ich habe den Eindruck, wir sind so ein bisschen die Weltmeister der Belastungen. Ich meine aber, wenn wir ein Motto setzen, das heißt, die Nutzer tragen die Kosten, dann ist dieses Motto durchaus in Ordnung. Aber wir sehen bei der Öko-steuer, da gibt es diesen Sachzusammenhang in keiner Weise, und bei der Maut haben wir auch nur eine anteilige Zweckbindung in dem Sinne, dass der Rückfluss in den Ausbau der Infrastruktur hier nur begrenzt gegeben ist.

Herr Schramm, wenn wir hier über Maut sprechen, ist es sinnvoll und erforderlich, dass wir da einmal zwischen einer generellen Maut, über die wir hier sprechen, und einer projektbezogenen Maut, wie wir sie zum Beispiel für unsere Weserquerung bisher angedacht haben, deutlich unterscheiden, weil die Argumente da sehr unterschiedlich sind.

(Abg. Schramm [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist das keine Belastung?)

Sicher, es ist auch eine Belastung, aber die Zielsetzung ist eine völlig andere.

Nun zur Einordnung von Bremen! Wir wissen alle, Bremen ist ein herausgehobener Logistikstandort mit einem deutlich höheren Anteil des Logistik- und Verkehrsgewerbes, insofern sind wir durch höhere Belastungen für dieses Gewerbe eigentlich doppelt belastet. Deshalb besteht für Bremen hier eine besondere Interessenlage, und das ist der wesentliche Hin-

(A) tergrund meiner Argumentation. Hier auch ein Wort zu Herrn Schramm: Die Belastungen der Arbeitsplätze sind hier aufgefangen worden durch einen deutlich gestiegenen Umschlag. Ich glaube, das haben Sie in Ihrer Argumentation nicht hinreichend berücksichtigt.

Mein Hauptproblem ist nun, dass die Konkurrenzsituation zu den Westhäfen weiter verzerrt wird. Wenn wir nicht nur Bremen, sondern die Bundesrepublik insgesamt als einen Logistikstandort hier verstehen, müssen wir darauf achten, dass die Belastungen des Verkehrsgewerbes im EU-Vergleich standhalten können. Genau da liegen aus meiner Sicht die Probleme bei dieser Lkw-Maut, Probleme, gegen die wir mit unserem bremischen Engagement in vielfältigen Bereichen, wie da sind Telematik für den Logistiksektor, Short-Sea-Shipping, der kombinierte Verkehr, der Ausbau der Wasserstraßen und verschiedene Ansätze, dass wir mit diesen Ansätzen nur ganz schwer gegen diese zusätzlichen Belastungen ankommen. – Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Beckmeyer.

(B) Abg. **Beckmeyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Färber, entschuldigen Sie, aber das Letzte hat mich doch ein bisschen irritiert. Wenn ich die Senatsantwort, Mitteilung des Senats vom 30. April, lese, wird hier doch deutlich, dass die Zahl der existierenden Betriebe des Güterkraftverkehrs und deren Veränderung nach Einführung der Ökosteuer sich jedoch statistisch nicht ermitteln lässt, ein Rückschluss auf die Entwicklung ist allenfalls aus der Insolvenzstatistik möglich. Dem Senat sind zwar Klagen des Güterkraftverkehrs über die wirtschaftliche Lage des Gewerbebereichs bekannt, aber ein signifikanter Anstieg der insolventen Unternehmen in Bremen nach Einführung der Ökosteuer ist nach Meinung des Senats nicht festzustellen.

Ich denke, die Senatsantwort als solche ist, ich sage einmal, im Grunde nicht negativ, weder zur Ökosteuer noch zur Maut, so jedenfalls habe ich sie gelesen. Das Einzige, was mich – ich will das an dieser Stelle einmal sagen – irritiert hat, ist, dass es eine Bremer und Hamburger Position gibt, die im Vermittlungsverfahren irgendwo verloren gegangen ist. Das ist eigentlich der Punkt, das ist bedauerlich. Wir sind da gar nicht so weit auseinander. Ich hätte mir durchaus versprochen, dass im Vermittlungsverfahren diese Position, einen entsprechenden Ausgleich für diese fehlenden 180 Kilometer, die im Grunde die Entfernung von Rotterdam zur holländisch-deutschen Grenze darstellen, in irgendeiner Form aufgefangen werden.

Ich hoffe, dass das möglicherweise eine Verabredung gefunden hat. Im Text ist es nicht signifikant

berücksichtigt worden. Das muss man feststellen und ist bedauerlich, aber das kann man nicht der rotgrünen Koalition, sondern das kann man höchstens dem entsprechenden Vermittlungsverfahren in irgendeiner Weise aus bremischer Sicht ankreiden. Mehr will ich dazu eigentlich nicht sagen. (C)

Im Übrigen glaube ich, dass Autobahngebühren bei Ihnen im Programm und in Ihrer Programmatik vorkommen, bei den Grünen wie auch bei der Christdemokratischen Union und auch bei uns. Wir sind da nicht weit auseinander. Es gib hier so ein bisschen Hakeleien eigentlich in der Form, dass man dem anderen, ich sage einmal, ein Stöckchen hinhält. Das sollten wir nicht machen.

Am Ende des Tages, glaube ich, geht es darum festzustellen, wir wollen Verkehr auf die Schiene, auf die Wasserstraße bringen. Wir wollen die Steigerung im Grunde nicht nur auf der Straße selbst haben, die im Verkehr stattfindet, und wir wollen eine Umsteuerung in der Energiepolitik. Ich glaube, diese drei großen Ziele sollten wir auch in diesem Haus unterstützen, und dafür, denke ich, ist diese Seite des Hauses allemal zu haben. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Schramm. (D)

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur ein paar Worte noch zur Klarstellung! Es ist ja positiv, dass das neue CDU/CSU-Wahlprogramm überhaupt sozusagen die Notwendigkeit von Schadstoffabgaben anerkennt. Das war ja nicht immer der Fall. Das finden wir gut, das haben wir seit Jahren gefordert, und dass jetzt die CDU auch ökologische Forderungen im Wahlprogramm erhebt, Herr Kastendiek, das finden wir gut.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dass das europäisch harmonisiert und angepasst werden muss und dass das im Prinzip alle europäischen Länder machen sollen, das finden wir noch besser. Auch dagegen kann man gar nichts sagen. Das spricht aber nicht dagegen, dass wir in der Bundesrepublik mit der Ökosteuerreform anfangen und hier ein Zeichen setzen, ökologische Politik zu machen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuzuruf des Abg. K a s t e n d i e k [CDU])

Darüber können wir gern streiten, wir wollen auch das Urheberrecht gar nicht für uns in Anspruch nehmen

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) men. Wichtig ist, dass solche sinnvollen ökologischen Steuerreformen angegangen und umgesetzt werden, und wenn die rotgrüne Regierung das macht, ist das doch gut und nicht schlecht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Das ist die Frage, wie man es macht!)

Herr Beckmeyer hat das auch richtigerweise angesprochen, wir tun immer so, als wäre die Maut jetzt sozusagen die Revolution schlechthin. Er hat auch dargelegt, dass es die Maut bereits seit mehreren Jahren zeitbezogen gegeben hat. Alle Transportverbände und Unternehmen haben sich mit dieser Abgabe Maut zeitbezogen arrangiert und sie finanziert. Nur, das muss man Ihnen auch noch einmal sagen, sie war ungerecht, weil sie nämlich die bundesdeutschen Transporteure gegenüber den ausländischen benachteiligte, die diese Abgabe eben nicht bezahlt haben. Jetzt, wo wir eine Maut einführen, werden auch ausländische Transportunternehmen, die in der Bundesrepublik transportieren, gezwungen, diese Maut zu entrichten. Das ist ein Beitrag für die Wettbewerbsgleichheit von Transportunternehmen im In- und Ausland, meine Damen und Herren, und das ist gut so.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

Die Verwendung der Maut, auch das ist bestritten worden, würde nicht zweckgebunden sein. Auch das ist natürlich nur die halbe Wahrheit. Natürlich sind die Aufkommen aus der Maut zweckgebunden! Das ist doch Sinn und Zweck der Maut, sie zurückzuführen in den Ausbau von Infrastrukturmaßnahmen. Ihnen passt nur nicht, dass es nicht zu 100 Prozent in den Straßenbau geht, sondern zu 50 Prozent in den Straßenbau und die restlichen 50 Prozent in die Schiene und in die Wasserstraßen. Das muss hier auch einmal gesagt werden, meine Damen und Herren!

Nicht ohne Grund sind ja die namhaften Unterstützer der Mobilitätsoffensive der rotgrünen Bundesregierung deshalb bereit, diese Offensive zu unterstützen. Da sind alle Verbände dabei, die Rang und Namen im Transport- und Produktionsgewerbe haben, die Ihnen ja wahrscheinlich näher stehen als den Grünen, die aber eingesehen haben, dass es so nicht weitergeht mit 100 Milliarden Euro pro Jahr an Staukosten. Sie wollen diesen Standortnachteil einfach nicht mehr akzeptieren, sondern neue Lösungen für eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik suchen, die auch den Standort Deutschland wieder nach vorn bringt, meine Damen und Herren! Da ist ein Teil diese Mautpolitik, die das erreichen soll. Das ist der Punkt, um den es im Prinzip geht und den Sie hier zu Unrecht kritisieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gehen nicht alle Aufkommen zu 100 Prozent in den Ausbau der Infrastrukturmaßnahmen, weil natürlich auch das Betriebssystem finanziert werden soll. Sie können doch wohl nicht verlangen, dass man die Maut-Infrastrukturen, die Gebührenerhebungsstellen errichtet und dass sie sich nicht selbst aus dieser Maut finanzieren. Das wollen Sie doch wohl nicht aus Steuergeldern finanzieren. Es ist doch logisch, dass die sich aus dem Aufkommen der Maut auch refinanzieren. Das ist doch eine Logik der Sache.

Man kann Herrn Eichel auch nicht übel nehmen, dass er einen Teil der Einnahmen auch wiederhaben möchte, weil natürlich die zeitbezogene Maut auch in den allgemeinen Haushalt geflossen ist, den kann man ihm jetzt nicht einfach wegnehmen. Sie wollen doch wohl nicht, dass der Ausbau der sozialen Standards dadurch gemindert wird, dass Herrn Eichel jetzt aus den zeitbezogenen Einnahmen wieder Einnahmen genommen werden. Lasst doch Herrn Eichel ein Teil dieser Maut, aber aus dem erhöhten Aufkommen werden die Infrastrukturmaßnahmen finanziert, und das ist mehr, als es vorher war! Das ist gut für die Lösung der Probleme, die im Verkehrssektor bestehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/1133, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Gesetz zur Änderung arbeitszeitrechtlicher Vorschriften für Lehrer und Lehrerinnen

Mitteilung des Senats vom 30. April 2002
(Drucksache 15/1132)

1. Lesung
2. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer neu regeln

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Mai 2002
(Drucksache 15/1145)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke, ihm beigeordnet Staatsrat Köttgen.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

(C)

(D)

(A) Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat bittet Sie alle zusammen und insbesondere die Koalition, ein Gesetz zu verabschieden, das nichts anderes tut, als eine Selbstverständlichkeit zu regeln, die im Übrigen derzeit auch schon geregelt ist. Sie sollen das Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetz und die Urlaubsverordnung so ändern, dass künftig klargestellt ist, dass die Ferien der Lehrer nicht unbedingt Urlaub sind und dass der Senator für Bildung und Wissenschaft ermächtigt ist festzulegen, was von diesen Ferien nicht Urlaub ist, sondern Arbeitszeit in der Schule sein soll. Im Klartext: Es geht um die letzte Woche vom Ende der Schulferien in den Sommerferien. Es geht darum, dass der Senat gern selbst festlegen möchte, dass die Lehrer dann in der Schule zu sein haben.

(Abg. Frau **Dreyer** [CDU]: Jeder andere arbeitet doch auch!)

Wie gesagt, meines Erachtens ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Lehrer vor Beginn des Unterrichts in der Schule sind, dass sie Absprachen treffen und organisatorische Maßnahmen besprechen. Ich glaube, dass viele Lehrer das auch tun. Es ist eine Selbstverständlichkeit! Meine Damen und Herren, dass wir hier so etwas durch ein Gesetz regeln sollen, wirft ein bezeichnendes Licht auf unser bremisches Schulsystem.

(B) (Abg. **Eckhoff** [CDU]: Das stimmt! Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Das muss man einmal klar sagen. Es ist jetzt schon so, dass rechtlich jeder Schulleiter jeden Lehrer verpflichten kann, in dieser Zeit in der Schule zu sein. Offensichtlich trauen sich das die Schulleiter nicht, können es nicht, oder sie werden darin vom Senator nicht unterstützt. Auf jeden Fall behauptet der Senator, das funktioniere nicht. Wir müssen diese Selbstverständlichkeit, die rechtlich geregelt ist, nun durch ein Gesetz regeln, großer Gott!

Zweitens, das ist genauso absurd bei der Sache, behaupten die Verbände, nämlich die Gewerkschaft DGB – die Vorsitzende sitzt hier, die die Stellungnahme abgegeben hat – und der Beamtenbund –.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich verstehe ja, dass das Thema, wenn man über Lehrer redet, nicht jeden interessiert. Ich werde Ihnen aber gleich sagen, dass es nicht nur um Lehrer geht, sondern auch, glaube ich, um die Bildung unserer Kinder insgesamt bei diesem Thema! Ich wollte nur sagen, dass die Stellungnahmen der Gewerkschaften genauso absurd

*) Vom Redner nicht überprüft.

sind. Sie sagen uns: Erstens, das alles ist schon geregelt, und es ist jetzt so. Zweitens, diese Regelung ist aber Mehrarbeit. Es geht aber nur eines von beidem, wenn man das richtig ernst nimmt. Kurz und gut, was hier vorgelegt worden ist, regelt eine Selbstverständlichkeit, die eigentlich der Erwähnung nicht wert wäre, wenn es nicht offensichtlich 1000 Probleme in diesem Bereich in den Schulen gäbe.

Nun sind das nicht nur Probleme, die die Lehrer zu verantworten haben, sondern es sind Probleme, die in der Vergangenheit auch der Bildungssenator zu verantworten gehabt hat, nicht nur Herr Lemke, sondern auch seine Vorgänger. Wie soll ich zum Beispiel als Lehrer in der Schule einen Stundenplan machen, wenn am ersten Schultag des Schuljahres noch nicht einmal klar ist, welche Lehrer in welchen Fächern in der Schule sein werden? Ich kann gar keinen Stundenplan machen, weil es nicht klar ist. Bis zum letzten Schuljahr war das an vielen Schulen der Fall. Oder: Wie soll ich mich mit Fachkollegen in dem Fach abstimmen, wenn ich noch gar nicht weiß, wer mein Fachkollege ist? Das klappt auch nicht so ohne weiteres. Wie soll ich mich in der Zeit fortbilden, wie es für die Ferien gewünscht ist, wenn das Landesinstitut für Schulpraxis überhaupt keine ausreichenden und zielgerichteten Fortbildungsangebote vorgelegt hat?

Meine Damen und Herren, es ist leider nicht ganz so einfach, und es liegt auch nicht in allen Punkten immer nur an den Lehrern, dass das so nicht klappt. Es ist eigentlich eine heilige Dreieinigkeit von Behörde, Schulleitungen und Lehrern, die alle ihre Gründe haben, warum nicht geht, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, und warum das jetzt durch ein Gesetz geregelt werden muss.

Wir sagen, dass das Problem in Wirklichkeit aber viel tiefer liegt. Es liegt gar nicht in dieser Frage, sind die Lehrer die letzten drei oder fünf Tage von den Sommerferien in der Schule oder nicht! Es liegt darin, dass die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer, bei denen ich davon ausgehe, dass sie im Regelfall eher mehr als weniger arbeiten, als sie müssten – 38,5 Stunden die Angestellten, 40 Stunden die Beamten in der Woche –, völlig intransparent ist und dass von der Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar ist, was sie tun.

(Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Da hat er Recht!)

Das wiederum hat etwas damit zu tun, dass unser deutsches System – ich betone, nur unser deutsches System – bei der Lehrerarbeitszeitbemessung von der Zahl der Unterrichtsstunden ausgeht. 45 Minuten als eine Unterrichtsstunde im Regelfall gemessen! Das ist die Grundlage unserer Arbeitszeit, und das wiederum hat damit zu tun, dass die deutsche Schule als Halbtagsschule im Grunde eine Schule ist, die sich in der öffentlichen Wahrnehmung nur auf Unterricht konzentrieren soll.

(C)

(D)

(A) Tatsächlich ist die Situation aber doch völlig anders. Wir haben gerade noch Erfurt vor Augen und die Diskussion, die in der ganzen Republik nicht um Bildung in diesem Fall, sondern um Erziehung gelaufen ist, in der natürlich auch die Schule eine Rolle spielt. Selbstverständlich haben nicht nur die Eltern die Aufgabe der Erziehung, sondern jede Instanz, in der sich Kinder im öffentlichen Raum bewegen, hat gleichzeitig auch Erziehungsaufgaben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist in Sportvereinen so, das ist in Kindergärten so, und das ist auch in den Schulen so! Das gehört genauso zur Arbeitstätigkeit der Lehrer wie das Unterrichten und noch vieles andere mehr.

Meine Damen und Herren, in den anderen Ländern Europas ist das alles eine Selbstverständlichkeit, in Frankreich und in Schweden sogar in der Verfassung festgelegt. Allerdings haben diese Länder auch Schulsysteme, in denen die Kinder nicht mittags nach Hause gehen, sondern im Regelfall auch am Nachmittag noch eine bestimmte Zeit in der Schule sind und die Schule mehr ist als das reine Abspulen von Unterricht. Das ist es auch nicht bei uns überall, aber das ist der Theorie nach so.

(B) Dort ist auch die Lehrerarbeitszeit anders geregelt, nämlich erstens so, dass die Gesamttätigkeiten der Lehrer auf die tarifrechtlich oder gesetzlich geregelte Arbeitszeit umgelegt werden, also auch solche Tätigkeiten wie Aufsicht, Elterngespräche, Beratung, Vorbereitungszeit, Konferenzen, Kooperationen mit anderen Kolleginnen und Kollegen und Arbeit in der Öffentlichkeit. Zweitens, diese Arbeitszeit ist auch öffentlich kontrollierbar. Sie schulden ihnen Rechenschaft darüber, die Schulleitungen führen Buch darüber, aber sie sind auch autonom zu klären, wie im Detail die Zeit festgelegt wird.

In all diesen Ländern werden im Regelfall Tarifverträge wie bei allen anderen Beschäftigten auch ausgehandelt, Frau Dreyer. Dann ist es auch selbstverständlich, was ein Lehrer im Großen und Ganzen zu tun hat. Das wird nicht minutiös ausgerechnet, aber im Großen und Ganzen festgelegt. Dann sind die Lehrer in ihrer Arbeitszeit zu einem großen Teil auch noch verpflichtet, für andere Tätigkeiten in der Schule zu sein, haben da einen Arbeitsplatz, haben Zeit, mit den Kollegen zu reden und sich abzustimmen, aber korrigieren dort auch Arbeiten, bereiten den Unterricht vor und haben dazu Computerzugang, meine Damen und Herren. Das ist ein modernes System, das eigentlich in ganz Europa gang und gäbe ist, nur in Deutschland nicht. Ich habe schon gesagt, dass das mit der Geschichte und der Tradition der deutschen Schule zu tun hat.

Wir schlagen jetzt vor – und das hat eng etwas damit zu tun, dass nun auch in Bremen Ganztagsangebotschulen eingerichtet werden, wo es nicht gehen kann, dass die Lehrer um 13 Uhr nach Hause

(C) gehen und dann die Erzieher und sonstige Betreuer kommen, sondern wo natürlich Lehrerinnen und Lehrer auch in der Schule sein müssen –, dass diese Schulen mit diesem Wandel eingerichtet werden müssen, der ja in der ganzen Republik zu verzeichnen ist, der auch noch zunehmen wird. Wenn ich die Programme der einzelnen Parteien für die Bundestagswahl ansehe, steht es auf der Tagesordnung, die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer umfassend und ganzzeitig neu zu regeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, haben wir Ihnen einen Antrag vorgelegt, der Sie auffordert zu beschließen, dass der Senat jetzt eine Initiative ergreift und den Lehrerverbänden und -gewerkschaften ein Angebot unterbreitet, jetzt im nächsten halben Jahr über diese Fragen ernsthaft zu diskutieren und zu Abschlüssen zu kommen, zuerst auf der Ebene des Tarifvertrags, und dann muss das ja, da Lehrer nach unserer Meinung leider und unsinnigerweise immer noch zum größten Teil Beamte sind, auch ins Gesetz übernommen werden. Das ist klar.

(D) Meiner Meinung nach – und das ist auch die Meinung meiner Fraktion und, ich glaube, die Meinung vieler Schulleiter im Land Bremen und fast aller Bildungsexperten, die sich mit Pisa beschäftigt und danach geäußert haben – ist es jetzt an der Zeit, die Lehrerarbeitszeit umfassend und rechtlich einwandfrei mit den Beteiligten neu zu verhandeln, so dass sie transparent und öffentlich ist, damit solche Nonsensedebatten, die mich nämlich sehr an die Debatten erinnern, die der jetzige Bundeskanzler vor fünf Jahren geführt hat, Lehrer sind faule Säcke, die das eigentlich nur unterstützen, vom Tisch kommen, so dass die Öffentlichkeit sehen kann, was eine Lehrerin und ein Lehrer in diesem Land tatsächlich arbeiten.

Dann kann man mit denjenigen, die dann Wege finden wie in jedem Job, Frau Dreyer, sich herauszumogeln, so umgehen, wie man das auch in jedem anderen Job macht. Dann muss man sich hier nicht hinstellen, um überflüssige Gesetze für Selbstverständliches zu beschließen, meine Damen und Herren. Deshalb bitte ich Sie, unterstützen Sie unseren Antrag, dann ist der Gesetzesantrag der Koalition schlicht und einfach überflüssig!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Mützelburg hat sehr ausführlich das vorgestellt, was ich jetzt nicht

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) mehr zu wiederholen brauche. Allerdings hat er dabei vergessen zu erwähnen, dass wir uns sowieso schon in einer Debatte um Lehrerarbeitszeit befinden. Der runde Tisch Bildung ist eingerichtet, und natürlich ist dort auch Thema, wie in Zukunft Lehrerinnen und Lehrer an Schulen in Bremen und Bremerhaven arbeiten werden.

Nur, und damit will ich auch gleich begründen, warum wir Ihren Antrag heute nicht annehmen, allerdings auch nicht ablehnen, sondern an die Deputation für Bildung überweisen wollen, ist es ja nicht so, dass wir das hier in Bremen schlankweg allein in der Bundesrepublik Deutschland machen müssen. Es muss abgestimmt sein. Das kleinste Bundesland hat sicherlich auch Vorreiterfunktion. Nur in diesem wichtigen Bereich, wo ja neben den beamtenrechtlichen auch tarifrechtliche Positionen zu klären sind, sollte man das auch mit anderen Bundesländern gemeinsam machen, Herr Mützelburg. Darum werden wir Ihren Antrag heute an die Deputation für Bildung überweisen.

Ich sage Ihnen allerdings auch gleich, warum wir das Gesetz, das der Senat uns vorgelegt hat, hier heute in erster und zweiter Lesung beschließen wollen. Wir wollen nämlich sicherstellen, das hat für die CDU-Fraktion oberste Priorität, dass der Unterrichtsbeginn nach den Ferien reibungslos abläuft.

(B) (Beifall bei der CDU – Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wie im letzten Jahr!)

Frau Hövelmann, auch im letzten Jahr ist er nicht reibungslos gestartet. Ich darf an Schlagzeilen aus dem Bremer Süden erinnern!

Dazu gehört allerdings, meine Damen und Herren, dass der Senator für Bildung oder die Behörde des Senators für Bildung den Schulen rechtzeitig vorher mitteilt, welche Lehrerinnen und Lehrer mit welcher Fakultas an die Schule kommen.

(Beifall bei der CDU)

Hier muss ich allerdings sagen, der Informationsfluss an die Schulen muss besser als bisher laufen, Herr Senator Lemke, denn es kann nicht sein, dass auch über die Präsenztage an den Schulen die Lehrkräfte sich beschwerten, weil sie gar nicht wissen, was sie da machen sollen. Hier hat auch der Informationsfluss nicht geklappt. Wenn man den Schulen gleich gesagt hätte, diese Tage werden nicht gemacht, damit ihr dort sitzen müsst und gar nicht wisst, was ihr machen sollt, sondern um verbindliche Angebote der Fort- und Weiterbildung zu nutzen, meine Damen und Herren, dann wäre der Protest, denke ich, viel geringer ausgefallen.

Es ist völlig richtig, wir haben auch ein Defizit im Bereich der Angebote des LIS. Nach der Pisa-Debatte ist dort zum Glück eine neue Debatte belebt

worden. Wir als CDU-Fraktion haben schon länger gesagt, dass hier etwas passieren muss. Es muss auch nicht nur das LIS sein, das hier Fort- und Weiterbildung anbietet für die Lehrerinnen und Lehrer, meine Damen und Herren. Wichtig ist, dass diejenigen, die an den Schulen unterrichten, auf dem aktuellen Stand sind. (C)

Ich muss einfach sagen, die Präsenztage-Regelung ist 1997 in Niedersachsen eingeführt worden, und der damalige Ministerpräsident, Herr Mützelburg hat das angesprochen, hat diese Debatte zum Anlass genommen, den Ausdruck von den faulen Säcken zu prägen, was sicherlich nicht hilfreich war, um insgesamt den Lehrerinnen und Lehrern gerecht zu werden,

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das wird immer wieder gern wiederholt!)

denn der Großteil der Lehrerinnen und Lehrer sind nicht diejenigen, die am letzten Schultag mit dem Campingwagen auf den Schulhof fahren und am ersten Schultag mit dem Campingwagen aus den Ferien zurückkommen. Die engagierten Lehrerinnen und Lehrer gehen auch in den Ferien in die Schule und machen dort ihre Arbeit, egal, ob sie Mitglied einer Schulleitung sind oder nicht. Es hat aber nicht funktioniert, was seit 1999 möglich war, nämlich dass die Schulleitung dies selbst regelt. Darum brauchen wir dieses Gesetz, meine Damen und Herren. Wir wollen, dass der Unterricht stattfindet, und zwar gut vorbereitet. (D)

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte nur noch ganz kurz zum Abschluss zum Antrag der Grünen sagen: Wir brauchen nicht immer die Nachbarländer zu bemühen. Wir hatten das in anderen Pisa-Debatten hier schon im Hause. Ich glaube nicht, dass die deutschen Lehrkräfte sich Verhältnisse wie zum Beispiel in Finnland wünschen, wo ein Lehrer auch durchaus in den Sommerferien von den Schulen entlassen wird. Von daher, meine Damen und Herren, müssen wir uns hier natürlich den deutschen Verhältnissen anpassen.

Ich sage Ihnen aber auch, Herr Mützelburg, Sie haben das in Ihrem Antrag geschrieben, ich bin mir nicht sicher, ob wir in Deutschland das Problem, das Pisa uns gezeigt hat, damit lösen, dass wir die flächendeckende Ganztagschule einführen, meine Damen und Herren. Ich möchte nicht, dass wir Kinder und Jugendliche aus ihren sozialen Strukturen reißen, in denen sie leben. Schule muss sich weiterentwickeln, und es ist sicherlich auch sinnvoll und vor dem Hintergrund der angespannten Finanzen erstrebenswert, aber nicht sofort realisierbar, auch, neben Ganztagsangeboten, Ganztagschulen zu planen. Nur, diese Planungen müssen so laufen, dass man bestehende Angebote, die wir in Bremen und Bremerhaven haben, in die Schulen einbezieht.

- (A) Die Eltern müssen hier auch dringend in die Mitverantwortung genommen werden, meine Damen und Herren.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Das ist doch selbstverständlich!)

Eine Präsenzzeit von Lehrerinnen und Lehrern in der Schule darf nicht dazu führen, dass man hier Sprechstunden macht, in denen dann die Eltern noch ihre Probleme bei den Lehrern abladen, sondern die Erziehungspflicht der Eltern ist bewusst zu fördern von den Lehrerinnen und Lehrern. Dafür brauchen wir auch verbindliche Fort- und Weiterbildung.

Wir werden das Gesetz hier heute in erster und zweiter Lesung beschließen, damit die Lehrkräfte auch Planungssicherheit haben, meine Damen und Herren. Ihren Antrag, Herr Mützelburg, werden wir wohlwollend in der Deputation für Bildung und am runden Tisch Bildung weiter beraten und dann insgesamt, denke ich, zu einem guten Ergebnis kommen. – Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Jansen.

- (B) Abg. Frau **Jansen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nicht alles wiederholen, was hier gesagt worden ist. Ich möchte nur noch einmal auf Herrn Rohmeyer eingehen. Es gibt da wahrscheinlich Unterschiede zwischen CDU und SPD. Wir möchten schon, dass irgendwann flächendeckend die Ganztagschule eingeführt wird. Ich finde, das hat Pisa sehr deutlich gemacht, dass damit auch ein Beitrag geleistet werden kann, soziale Unterschiede zu überwinden und zu verhindern, dass Kinder aufgrund ihrer sozialen Herkunft eben nicht die Bildung bekommen können, die ihnen zusteht.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin wie Herr Rohmeyer und auch eigentlich wie Herr Mützelburg der Auffassung, dass wir mit diesem Gesetz eine Selbstverständlichkeit im Grunde genommen regeln. Die Urlaubsverordnung hat genau das vorgesehen, was wir jetzt gesetzlich regeln. Aus der Stadt Bremen hat es aber offensichtlich Klagen gegeben, dass die Verbindlichkeit nicht hoch genug war, um das an den Schulen auch so durchzusetzen. Darum haben wir nach Beratung in der Deputation für Bildung uns dazu entschlossen, über eine Gesetzesänderung eine größere Verbindlichkeit herzustellen. Meine Kollegin Frau Wilts aus Bremerhaven hat mir gesagt, dass es in Bremerhaven diese Probleme nicht gegeben habe und diese Regelung vermutlich dann auch nicht erforderlich

sei, aber es kann ja der Zeitpunkt kommen, dass es auch in Bremerhaven Schwierigkeiten gibt und sie dann froh sind, diese Regelung zu haben.

(C)

In der Gesetzesvorlage wird gesagt, dass der ZEB dem auch zugestimmt habe. Frau Wilts hat mir gesagt, der ZEB in Bremerhaven sei gar nicht befragt worden und konnte so auch keine Stellungnahme abgeben. Ich möchte darum bitten, dass man bei Gesetzesvorlagen, die das Land betreffen, auch wirklich beide Kommunen einbezieht und dort die Positionen einholt. Das passiert hier ab und zu einmal, dass wir dann doch sehr fokussiert auf die Stadtgemeinde Bremen sind. Das sollten wir nicht tun.

Ich habe, glaube ich, jetzt deutlich gemacht, dass wir der Gesetzesänderung zustimmen. Das ist für mich allerdings auch nur noch einmal ein Flicker am bestehenden Gesetz. Ich gehe wie Herr Mützelburg und, ich glaube, auch wie Herr Rohmeyer davon aus, dass wir nicht darum herumkommen, im Interesse der Lehrer, aber auch im Interesse der sich verändernden Schule über die Lehrerarbeitszeit ganz neu nachzudenken und die Debatte wieder aufzunehmen. Ich gehe aber davon aus, dass das auch wieder ein langwieriger und schwieriger Diskussionsprozess wird. Wir haben ja in der letzten Legislaturperiode unter der Senatorin Frau Kahrs versucht, die Neuregelung der Lehrerarbeitszeit anzugehen. Das war auch schon sehr weit fortgeschritten und ist dann, soweit ich mich erinnern kann, auch insbesondere am Widerstand der Gewerkschaftsbasis gescheitert.

(D)

Ich gehe also nicht unbedingt davon aus, dass wir das in kürzester Zeit neu aufrollen können und zu neuen Ergebnissen kommen, gleichwohl gehe ich davon aus, es gibt keinen Weg daran vorbei. Das kommt auf uns zu, das kommt auf die Lehrerschaft zu, und dann sollte man es offensiv betreiben. Darum werden wir als SPD-Deputierte in der Bildungsdeputation uns mit dem Antrag der Grünen auch gern und sehr intensiv auseinandersetzen, und fast alle Positionen, die darin stehen, teilen wir unbedingt. Darum wollen auch wir die Überweisung in die Bildungsdeputation, und das soll es sein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat beschließen wir heute über eine Selbstverständlichkeit, und ich will mich auch nicht zu sehr engagieren in dieser Debatte, weil ich angetreten bin, das Ansehen unserer Lehrerschaft in diesem Land zu mehren und nicht zu beschädigen. Deshalb will ich mich nicht sehr ausgiebig über diese Notwendigkeit, das Gesetz hier einzubringen, auslassen.

- (A) Ich stimme allerdings Herrn Mützelburg ausdrücklich zu, dass dieses Gesetz auch eine Verpflichtung ist, eine Verpflichtung an meine Behörde, dass die Zuordnung der neuen jungen Lehrerinnen und Lehrer – es werden ungefähr 100, 120 Kolleginnen und Kollegen sein, die am 1. August in die Schulen kommen – und auch die Fächerzuordnung so frühzeitig geschehen, wie wir das schon einmal geübt haben zum 1. Februar. Sehr erfolgreich hatte ich die Behörde angewiesen, mir zwei Tage vor den Weihnachtstagen die Liste der einzustellenden Lehrer auszuhändigen, damit ich sicher bin, dass die Schulen auch rechtzeitig informiert werden. Das hat hervorragend geklappt, die Generalprobe war also stimmig. Dies ist in der Tat, Herr Mützelburg, eine Voraussetzung, dass dieses Gesetz überhaupt vernünftig nachher umgesetzt werden kann.
- Eine zweite Frage ist genauso notwendig. Wir müssen in diesen Tagen vor Schuljahresbeginn den Schulen auch ein entsprechendes Fortbildungsangebot liefern. Das wird aber natürlich nicht so umfangreich sein können, dass nun jeder der 5500 Lehrer dann auch drei Tage unterwegs ist. Das ist auch überhaupt nicht notwendig. Es gibt selbstverständlich auch die Möglichkeit, dass die Schulen sich absprechen, eine schulinterne Lehrerfortbildung zu veranstalten.
- (B) Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Schulleiter jetzt durch das Gesetz in die Lage versetzt werden, Konferenzen unmittelbar vor Schuljahresbeginn anzusetzen, ohne zu erleben, dass die Hälfte des Lehrerzimmers unbesetzt bleibt. Bisher hat es nicht geklappt, Herr Mützelburg, leider hat es nicht geklappt, denn sonst wäre ich nicht auf die Idee gekommen, dieses Gesetz hier einzubringen. Ich weiß sehr wohl, dass sich die große Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen mehrere Tage vor Schuljahresbeginn in die Schule begibt und dort inspiert, wie sieht es aus, wie sieht die Klasse aus, wie sieht das Unterrichtszimmer aus. Aber leider, und das wissen auch alle, die von Schule Ahnung haben, sind das nicht 100 Prozent. Ich stehe aber in der Verantwortung für 100 Prozent, denn ich möchte, dass nicht, wie in den Vorjahren geschehen, mir Eltern berichten, dass die Schulen um zehn Uhr geschlossen werden, der Unterricht beendet wird, weil die notwendigen Konferenzen durchgeführt werden. So, meine Damen und Herren, geht es nicht. Da stehe ich in der politischen Verantwortung.
- Das Gesetz verpflichtet allerdings die Schulleitungen, und ich werde sehr wohl darauf bestehen, das auch zu überprüfen, dass, bevor das Schuljahr beginnt, vor dem Unterrichtsbeginn die Kollegien zusammenkommen, und sei es nur, dass sie die notwendigen organisatorischen Vorbereitungen treffen, die Unterrichtsvorbereitungen treffen und, Herr Mützelburg, vielleicht auch einmal den neuen Kollegen empfangen, damit dieser nicht über den Schulhof läuft und der ihn begrüßende Kollege überhaupt nicht weiß, wer das eigentlich ist. Das ist eigentlich in der Tat, Herr Mützelburg, eine Selbstverständlichkeit, aber wenn die Schulen das bisher nicht so praktiziert haben, wie wir uns das wünschen, dann ist es wohl offensichtlich notwendig, dass wir so ein Gesetz umsetzen, hier einführen und dafür gerade stehen, dass die Vorbereitungen, die Sie zu Recht eingefordert haben, auch umgesetzt werden.
- (C) Meine Damen und Herren, ich beklage in diesem Zusammenhang natürlich auch die mangelnde Kommunikationsfähigkeit an den Schulen bei den Lehrerinnen und Lehrern. Überall da, wo wir mit den Kollegien sprechen, wird darüber geklagt, wir haben so wenig Zeit. Wir können uns nicht austauschen. Wir können nicht die Probleme unserer Schüler, unserer Fächer so intensiv bereden, wie wir das gern wollen. Da, Herr Mützelburg, haben Sie in der Tat hundertprozentig Recht: Wir brauchen eine neue Arbeitszeitregelung der Lehrerinnen und Lehrer.
- Die letzte Runde ist aber nicht gescheitert, weil der Senator etwa nicht bereit war, mit den Gewerkschaften, mit den Personalräten etwas zu vereinbaren, sondern diese Gespräche sind abgebrochen worden von der Arbeitnehmerseite, weil der Senat, die Senatorin nicht bereit war in früheren Zeiten, die Schraube der Unterrichtsverpflichtung von vorn herein, bevor wir in diese Verhandlung gehen, zurückzunehmen. Das allerdings können wir erneut gern versuchen, herzlich gern! Ich stimme der Abgeordneten Jansen absolut zu, ich bin sofort bereit, nach dem skandinavischen Modell vorzugehen, damit die Lehrer, wenn sie um 16 Uhr die Schule verlassen, auch wissen, dass sie jetzt Feierabend haben. Jetzt sind sie nicht mehr belastet durch diverse Termine, durch Korrekturen von Arbeiten et cetera. Dazu bin ich jederzeit herzlich gern bereit.
- (D) Aber ich sage Ihnen, das wird kein Prozess, den wir in der nächsten Legislaturperiode erfolgreich abschließen werden. Das sage ich Ihnen voraus, dass das eine ganz harte Nuss sein wird, die wir da zu knacken haben.
- (Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Wette halte ich, Herr Senator!)
- Wollen wir einmal sehen! Wir haben ja noch andere Schwierigkeiten vor uns, wie Sie wissen, und da bin ich auch nicht so ganz optimistisch.
- Meine Damen und Herren, Herr Rohmeyer sagt auch in meine Richtung, ich müsste doch den Schulen mitteilen, was sie dann in den Konferenzen zu besprechen und welche Fortbildungsveranstaltung sie dann da zu besuchen hätten. Ich sollte Vorgaben machen, oder ich habe es ganz falsch verstanden, das wäre dann meine Schuld. Ich habe es so verstanden, wir sollten jetzt den Schulen einmal mitgeben, was sie dort an diesen Präsenztagen zu machen oder zu unterlassen haben. Das ist meines Erachtens

(A) tens der völlig falsche Ansatz. Wenn ich das täte, würde ich sofort die Replik bekommen, das ist ja unerträglich, dass der Senator, die Behörde, die Schulräte uns vorschreiben, was wir zu einer guten Vorbereitung von Unterricht abzustimmen haben, welche Veranstaltungen wir zu absolvieren haben. Das ist völlig falsch.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Kollegen Rohmeyer?

Senator Lemke: Habe ich eine Redezeitbeschränkung?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Im Prinzip ja, würde ich sagen!

Senator Lemke: Wenn ich kurz davor bin, verzichte ich darauf!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Sie haben noch drei oder vier Minuten!

Senator Lemke: Dann bitte!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Rohmeyer!

(B) Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich Sie aufgefordert hatte, dass den Schulen Angebote unterbreitet werden, woraus sie dann etwas auswählen können, wie zum Beispiel auch Angebote des LIS?

Senator Lemke: Das nehme ich gern zur Kenntnis. Es ist eine Selbstverständlichkeit, das wissen Sie, glaube ich, auch, dass wir diese Angebote machen. Wie die Kollegien dann ihre Fachlehrerkonferenzen und die Gesamtkonferenzen durchführen, das überlasse ich selbstverständlich jeder einzelnen Schule. Nur so kann das, glaube ich, sinnvoll sein.

Was ich noch einmal mit ganz großer Klarheit auch an das Haus richten möchte, ist Folgendes: Ich werde nicht kontrollieren lassen, dass da Stechuhren eingebaut werden und der Lehrer dann um acht Uhr überprüft wird, wenn er dann den Präsenztag beginnt. Das ist völliger Unsinn, und wer das in der Presse so darstellt, der meint es nicht gut mit unseren Schulen und vielleicht auch nicht mit dem zuständigen Bildungssenator. Ich möchte gern, dass die Schulleitungen den Zugriff haben auf die Lehrerinnen und Lehrer. Wenn sie einen guten Unterricht vorbereiten wollen, und das allein sollte unser Interesse und auch das der Lehrerinnen und Lehrer sein, dann sollen die Schulen sich untereinander abstimmen, welche Veranstaltungen sie besuchen, was sie schulintern, was sie extern machen und wann

(C) sie sich zu Fachkonferenzen zusammenfinden und wann sie sich zur Gesamtkonferenz innerhalb dieser angebotenen, vorgeschriebenen Tage verabreden.

Meine Damen und Herren, Sie beschließen eine Selbstverständlichkeit, aber sie ist außerordentlich im Interesse unserer Schulen, und deshalb werden wir es auch machen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Gesetzesantrag des Senats in erster Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Änderung arbeitszeitrechtlicher Vorschriften für Lehrer und Lehrerinnen mit der Drucksachen-Nummer 15/1132 in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Meine Damen und Herren, da um Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung gebeten wurde, lasse ich nun darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die zweite Lesung.

Wir kommen dann zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung arbeitszeitrechtlicher Vorschriften für Lehrer und Lehrerinnen mit der

(A) Drucksachen-Nummer 15/1132 in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1145 abstimmen.

Hier ist die Überweisung an die staatliche Deputation für Bildung beantragt worden.

Wer der Überweisung des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1145 zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

(B) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

Für eine ökologische und praktikable Novelle der Verpackungsverordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. November 2000 (Drucksache 15/542)

Wir verbinden hiermit:

Für eine ökologische und praktikable Novelle der Verpackungsverordnung

Mitteilung des Senats vom 23. April 2002 (Drucksache 15/1122)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer, ihr beigeordnet Staatsrat Logemann.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Für eine ökologische und praktikable Novelle der

Verpackungsverordnung“ vom 28. November 2000, Drucksache 15/542, ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer 33. Sitzung am 22. Februar 2001 an die staatliche Deputation für Umwelt und Energie, federführend, und die staatliche Deputation für Wirtschaft und Häfen überwiesen worden. Diese Deputationen legen nun mit der Drucksachen-Nummer 15/1122 ihren Bericht dazu vor.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es handelt sich bei der zur Debatte stehenden Mitteilung des Senats also um den Rücklauf eines Antrags der Grünen, der auch einmal überwiesen wurde, und zwar im Februar des letzten Jahres an die Deputation für Umwelt und Energie sowie an die Deputation für Wirtschaft und Häfen. Ziel unseres grünen Antrags damals war es zu verhindern, dass die Rechtsfolgen aus der 1991 verabschiedeten Verpackungsverordnung wirksam werden, das heißt, Ziel unseres grünen Antrags war es zu verhindern, dass ein Pfand nur auf bestimmte Getränkedosen erhoben wird und auf solche anderer Getränke nicht. Es war vielmehr das Ziel damit verbunden zu erreichen, dass wir bundesweit zu einer vernünftigen Regelung kommen, und zwar in der Form, dass für alle ökologisch nachteiligen Verpackungen ein Pfand eingeführt wird.

Das Land Bremen und der Senat hatten und haben bis heute hierzu keine Position. Ich zitiere aus der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/1122: „Der Senat leitet den Bericht der Deputation für Umwelt und Energie sowie der Deputation für Wirtschaft und Häfen einschließlich deren Empfehlungen an die Bürgerschaft (Landtag) weiter mit der Bitte, durch Beschluss festzustellen, dass sich der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ‚Für eine ökologische und praktikable Novelle der Verpackungsverordnung‘ vom 28. November 2000, Drucksache 15/542, wegen Zeitüberholung erledigt hat.“

Sehr verehrte Damen und Herren, eine inhaltliche Debatte, eine Positionierung des Landes ist hier nicht möglich! Das Gehampel der großen Koalition verhindert das. Es bleibt mir also nur darzulegen, wie die Rechte der Opposition hier mit Füßen getreten werden, wie das Parlament von der Regierung ignoriert wird, und das Schlimmste ist eigentlich, wie die Politik, wie das Parlament sich letztendlich dann selbst lächerlich macht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich werde Ihnen demonstrieren, zu welchen Unglaublichkeiten letztlich diese politische Konstellation fähig ist. Ich werde das tun, indem ich Sie auf eine kurze Reise mit in eine Deputationssitzung neh-

(A) me. Ich werde die Anlage vier der Mitteilung des Senats zitieren. Es handelt sich dabei um die Deputations-sitzung, noch bevor der Bundesrat eine Entscheidung getroffen hat, das ist die Deputations-sitzung vom 7. Juni 2001:

„Frau Dr. Mathes erinnert an den Deputationsbeschluss vom 3. Mai 2001 und bittet, in der heutigen Sitzung zu einer Entscheidung hinsichtlich des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu kommen. Herr Dr. Schuster teilt für die SPD-Fraktion diese Auffassung. Frau Mull sieht noch Beratungsbedarf und bittet darum, die Beschlussfassung zu verschieben. Frau Dr. Mathes erinnert daran, dass der Senat am 19. Juni 2001 sein Votum für das Bundesratsplenium festlegt und dies die letzte Möglichkeit für eine inhaltliche Positionsbestimmung der Deputation ist. Frau Dr. Mathes weist nachdrücklich darauf hin, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus dem Jahre 2000 stammt und bisher nicht befasst wurde und bewertet dies als eine Untergrabung der Rechte der Opposition. Herr Dr. Schuster befürwortet die Befassung und eine Beschlussfassung mit dem Hinweis auf die Rechte der Opposition und auch der Öffentlichkeit zu erfahren, welche Positionen die regierenden Parteien vertreten.“

Daraufhin antwortet Frau Wischer,

(Abg. F o c k e [CDU]: Das können wir doch alles nachlesen!)

(B)

dass sie den Verlauf der Diskussion bedauert und erklärt, „nach den Diskussionen der letzten Umweltministerkonferenz erscheint eine bundesweit einvernehmliche Lösung nicht realistisch. Frau Senatorin Wischer betont, dass die Deputation für Wirtschaft die abgestimmte Vorlage seit Monaten nicht befasst hat.

Frau Dr. Mathes stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung und fasst die inhaltlichen Alternativen so zusammen, dass einerseits der Regierungsentwurf beziehungsweise einige zeitliche Varianten dazu im Raum steht oder andererseits das Pfand aus der Regierungszeit des Bundesumweltministers Töpfer für eine bestimmte Auswahl an Dosenprodukten. Bei einer Aussetzung der Entscheidung und einer Nichtpositionierung Bremens drohe das so genannte Töpfer-Pfand.

Herr Dr. Schuster weist darauf hin, dass die Bremische Bürgerschaft den Antrag an die Deputation mit der Auflage einer qualifizierten Bewertung überwiesen hat. Er bittet darum, diesen Auftrag nicht zu missachten, um der Opposition und der Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, die Positionen des Regierungshandelns zu kennen.

Frau Mull bittet darum, die Beschlussfassung auszusetzen. Frau Senatorin Wischer weist darauf hin, dass aus formalen Gründen über den weiter gehenden Antrag der CDU-Deputationsfraktion zu beschließen sei und bittet um eine Abstimmung.“

Dieser Aussetzungsantrag, das heißt, keine Positionsbestimmung vorzunehmen, wurde allein mit den Stimmen der CDU beschlossen, das heißt, hier haben Grüne und ein SPD-Abgeordneter dagegen gestimmt, und die übrige SPD-Fraktion hat sich enthalten. In der Summe war natürlich das Thema dann vom Tisch, das ist klar, der Bundesrat hatte ja seine Entscheidung getroffen.

(C)

Das Verwaltungsprocedere ging noch ein bisschen weiter, darauf will ich aber nicht im Einzelnen eingehen. Es kam jedenfalls nach dem Bundesratsbeschluss im Laufe der nächsten Monate zu dem phänomenalen Beschluss der betroffenen Deputationen, dass der Antrag der Grünen wegen Zeitüberschreitung abzulehnen sei.

Meine Damen und Herren, Ursache für das Dargestellte ist aus unserer Sicht, dass natürlich die große Koalition keine Meinung selbst finden kann, weil sie völlig unterschiedliche Positionen hat und nicht einmal bereit ist, die Debatte zu den Fragen zu führen, wie gehen wir mit dem Dosenpfand in der Zukunft um, kommen wir zu vernünftigen Lösungen, die ökologisch sinnvoll sind oder nicht? Nicht einmal hier stellen Sie sich einer Auseinandersetzung. Deswegen werden wir Grünen an einer Abstimmung zur Absegnung eines solchen Schwachsinn nicht teilnehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wilts.

Abg. Frau **Wilts** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Mathes hat die Behandlung dieses Antrags schon geschildert. Mir kam es so vor, als ich in der Drucksache 15/1122 blätterte, denn das meiste hatte ich vorher ja schon gelesen, als lese ich die unendliche Geschichte. Immerhin, das hat Frau Dr. Mathes schon erwähnt, seit Ende November 2000 liegt der Antrag für eine ökologische und praktikable Novelle der Verpackungsverordnung dem Hause vor. Nun hat sich dieser Antrag durch Zeitüberholung erledigt.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Seid ihr darauf jetzt noch stolz?)

Durch Zeitüberholung!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Na, so etwas aber auch!)

Ja, Frau Linnert!

(Zuruf der Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen])

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) Die Tatsachen aber sind geblieben! Dass Getränkeverpackungen nach wie vor oft nicht in den so genannten Stoffkreislauf zurückgeführt werden, ist in diesen Maitagen wieder in der Landschaft zu sehen. Das funktioniert nämlich noch gar nicht. Die Reste der Vater- und Muttertagsausflüge zieren als leere Bier- und Brausedosen und Plastikflaschen wieder einmal die Wegränder. Wir machen in Bremerhaven auch Muttertagsausflüge.
- Ein Zentner Verpackungsmüll liegt in unserer Republik auf jedem Kilometer Landstraße. Bislang sind viele Bürger nicht davon abzuhalten, die Verpackung schlicht fallen zu lassen, und dazu gehören 80 Prozent, also vielleicht auch welche, die hier im Hause sitzen. Natürlich regt man sich hinterher ganz fürchterlich darüber auf, wie schmutzig die Straßen sind und wie das aussieht. Dann ruft man nach der Politik, damit sie Lösungen findet. Niemand kommt auf die Idee, einen Kasten Bier zu kaufen und ihn dann in der Landschaft einfach stehen zu lassen. An das Mehrwegsystem haben wir uns alle gewöhnt. Allerdings ist die so genannte Mehrwegquote an der Menge der Getränkeverpackungen in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen.
- Nun gibt es seit Februar 2002 ein höchstrichterliches Urteil dazu. Die Getränkehersteller sind mit ihrer Klage unterlegen. Die Mehrwegquoten aus den Jahren 1997 und 1998 werden im Sommer veröffentlicht, und es ist davon auszugehen, dass sie weit unter den gesetzlich vorgeschriebenen 72 Prozent liegen, man spricht von 60 Prozent. Damit tritt zum 1. Januar 2003 die alte Verordnung aus dem Jahr 1991 in Kraft, und es wird ein Pflichtpfand auf Getränkedosen erhoben.
- Es gibt eine Reihe von Ländern, in denen es üblich ist, Getränkedosen zurückzubringen und über Automaten in den Supermärkten zu entsorgen. In Schweden zum Beispiel, einem sehr dünn besiedelten Land, ist es Standard, alle Getränkedosen über Pfandautomaten zurückzugeben. Dort gibt es beispielsweise Bier fast nur in Dosen zu kaufen, aber die Rückgabe klappt hervorragend. Allerdings, ich habe die Erfahrung machen müssen, sind die Automaten nur für die einheimischen Dosen geeignet. So ist es auch bei uns dann vorgesehen.
- Die Verpackungsverordnung von 1991 der alten Regierung unter Bundeskanzler Kohl wird zum Jahresbeginn 2003 angewendet werden, weil es keine Einigung über eine Novellierung gegeben hat, zu der auch Bremen im Bundesrat hätte zustimmen müssen. Stattdessen hat es seit November 2000 eine bleierne Zeit gegeben, wie die Dokumentation als Anlage zur Drucksache zeigt.
- Der SPD-Fraktion ist es wichtig, dass die Novelle ökologisch vorteilhafte Verpackungen besonders berücksichtigt, wie zum Beispiel Getränkekartons, die sich inzwischen gut recyceln lassen, dass alle Getränkeverpackungsarten erfasst werden und dass der neueste Stand der Technik berücksichtigt wird.
- (C)
- (Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]): Und Ihr Umgang mit dem Antrag, ist er Ihnen nicht peinlich?)
- Das kommt jetzt!
- Wir Sozialdemokraten hätten dem Antrag 15/542 schon in der 33. Sitzung im Februar 2001 gern zugestimmt, aber wir haben uns damals mit unserem Koalitionspartner auf eine Überweisung an die Fachdeputationen geeinigt. Nun tritt die alte Verordnung von 1991 in Kraft, die von der vorherigen Bundesregierung beschlossen wurde. In den letzten elf Jahren gewonnene Erkenntnisse über den Umgang mit Getränkeverpackungen müssen leider zunächst unberücksichtigt bleiben.
- Übrigens, der Freistaat Bayern hat in seiner Sitzung im Juli 2001 einer Drucksache zugestimmt, die bei uns 15/542 heißt. Lassen Sie uns die unendliche Geschichte, liebe Frau Linnert, die in unserer Drucksache 15/1122 dokumentiert wird, trotz Zeitüberholung zum Wohl der Umwelt im Land Bremen zu einem guten Ende führen! – Danke!
- (Beifall bei der SPD)
- (B) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Focke.
- (D)
- Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Mathes, ich hätte ja nicht gedacht, dass Sie hier nun eine reine Vorlesestunde aus Ausschuss- und Deputationssitzungen machen,
- (Beifall bei der CDU)
- sondern dass Sie vielleicht noch einmal die Gelegenheit nutzen würden, um auf die wirklichen Probleme einzugehen.
- Es ist natürlich so, wie Frau Wilts sagte, am 1. Januar 2003 tritt, wenn es nicht zu einer Novellierung kommt, die Verpackungsverordnung von 1991, die Töpfer-Verordnung, in Kraft. Leider ist es so, und das ist auch richtig, dass die Erfahrungen, die in den letzten Jahren gewonnen worden sind, nicht berücksichtigt werden. Das ist auch unser Problem, warum wir uns hier noch nicht auf eine Position einigen können. Sie wissen, dass es ganz große Vorbehalte gegen dieses Zwangspfand gibt, und der nimmt auch immer mehr zu.
- Das ist nicht nur rein lobbyistisch bedingt,
- (Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]): Aber vor allen Dingen!
-
- *) Vom Redner nicht überprüft.

(A) das ist natürlich die Industrie, die erhebliche Kosten befürchtet, die auch eintreten. Es sind aber auch EG-rechtliche Probleme, ob der freie Wettbewerb und der Handel noch möglich sind. Es gibt Verfassungsbeschwerden, also, es gibt eine ganze Menge Dinge, die die Sache unsicher machen. Deswegen sage ich, dass wir uns der neuen Situation und den neuen Erkenntnissen, die man in den letzten zehn Jahren gewonnen hat, auch anpassen müssen. Deswegen halten wir das Zwangspfand nicht für den richtigen Weg.

Wir halten allerdings auch eine Reglementierung für notwendig, wir wollen einen Mehrweganteil, der wieder stabilisiert werden soll. Er ist in den letzten Jahren natürlich unter die 72-Prozent-Grenze gesunken. Er soll stabilisiert werden, und wir wollen am Vorrang der Vermeidung vor Verwertung festhalten. Allerdings muss die Mehrwegquote den geänderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Eine Dose ist heute viel leichter herzustellen und lässt sich viel besser recyceln als früher. Es gibt sehr viele Bereiche und sehr viele Mehrwegverpackungen in vielen Bereichen, die durch Einwegverpackungen ökologisch vorteilhafter ersetzt worden sind. Das ist durch Milchbeutel, Getränkekartons oder die Kunststoffflasche geschehen.

(B) Es gibt eine ganze Menge, das nicht berücksichtigt worden ist, das man heute aber berücksichtigen müsste, und deswegen, finde ich, muss man das berücksichtigen, und deswegen halten wir auch an einer Mindestabfüllmenge fest und schlagen vor, dass diese Menge auf 24,5 Milliarden Liter festgesetzt wird. Wenn die Kunststoffflaschen als ökologisch vorteilhaft eingestuft werden sollten, was im Bereich des Möglichen liegt, dann müsste die Menge etwas erhöht werden, und zwar auf 25 Milliarden Liter. Von dieser Abfüllmenge sollen 22 Milliarden Liter auf Einwegverpackungen entfallen.

Damit sich die Wirtschaft auch daran hält, muss sie natürlich verpflichtet werden, einen Betrag – .

(Zuruf des Abg. D r . K ä s e [SPD])

Manchmal ist es ganz hilfreich, etwas verpflichtend in eine Verordnung zu schreiben, damit sich die Wirtschaft auch verpflichtet, und das kann man in einer Verordnung festhalten, und man kann auch den Bund dazu verpflichten. Man kann auch Innovationsanreize für ökologisch vorteilhafte Verpackungen geben, aber man kann eben auch mit Zwangsmaßnahmen, wenn das nicht funktioniert, Verpflichtungen vornehmen.

Man muss in diesem Zusammenhang auch – und das wollen wir – mit der Wirtschaft eine Verpflichtung vereinbaren, dass sie 205 Millionen Euro für die Initiative „Pro Mehrweg und saubere Landschaft“ bereitstellt. Sie soll auch drei DM pro Einwohner, das sind ungefähr 123 Millionen Euro, wenn man das

mit 1,53 Euro pro Einwohner umrechnet, zur Reduzierung des Litteringmülls bezahlen. Das ist das, was eben auch angesprochen worden ist, was hier überall herumliegt.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Viel Müll, Milchtüten!)

Wenn Sie die Milchquote ansprechen! Wenn auf Milchkartons jetzt auch schon ein Zwangspfand erhoben werden soll, meine Damen und Herren, wo soll das hinführen? Das ist ja Schwachsinn hoch fünf! Das kann doch nicht die Zustimmung von Parlamentariern finden! Das kann es ja wohl nicht sein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen: Weil das eben eine völlig andere Richtung ist als die des Zwangspfands, sind wir bisher noch nicht zu einem Ergebnis gekommen. In anderen Bundesländern allerdings setzt sich die Meinung immer weiter durch, und der Bundesrat wird das auch noch deutlich empfehlen, die Einführung des Zwangspfands nicht weiter zu verfolgen, sondern ein neues Gesamtkonzept mit der doppelten Absicherung des Mehrwegs endlich aufzugreifen und sich dafür auszusprechen, dass die Verpackungsverordnung so novelliert wird, dass es das Zwangspfand nicht geben wird.

Ich hoffe, dass man sich da noch in diesem Jahr auf so eine Lösung einigen wird. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da Herr Focke ausdrücklich den Wunsch geäußert hat, dass ich mich hier auch noch einmal zu den inhaltlich sachlichen Fragen äußere, werde ich das gern tun.

Herr Focke, ich habe den Eindruck, Sie müssen irgendetwas missverstanden haben. Wenn Sie jetzt darauf abheben, dass das Problem besteht, dass eventuell auch auf Milchkartons oder entsprechende Verpackungen ein Pfand erhoben werden könnte, dann ist es genau die Folge dessen, dass im Bundesrat die Novelle der Verpackungsverordnung von Herrn Trittin nicht durchgekommen ist. Das ist genau die Folge!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist richtig so! Das können Sie überall nachlesen. Der Vorschlag von Trittin war eine Novelle der

(C)

(D)

(A) Verpackungsverordnung, die so angelegt ist, dass sie genau die neueren Erkenntnisse berücksichtigt, dass das Kriterium nicht die Frage ist, was befindet sich sozusagen darin, ob Cola oder Mineralwasser, sondern dass er einen anderen Ansatz hatte, nämlich auszugehen von der Frage, was sind wirklich ökologisch sinnvolle und was sind nicht ökologisch sinnvolle Verpackungen. Die Diskussion, die Sie gerade hier vorgetragen haben, dass Blödsinn dabei herauskommt, ist deswegen entstanden, weil Sie im Bundesrat dieser Verpackungsverordnung nicht zugestimmt haben.

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Außerdem haben sie das Gesetz erst einmal ausgebrütet!)

Das, was jetzt kommt, was Sie als Blödsinn bezeichnen, ist das Werk der Kohl-Regierung, nämlich die Verpackungsverordnung von 1991!

(Zuruf des Abg. **F o c k e** [CDU])

Es ist das Ergebnis der Verpackungsverordnung von 1991, und ich glaube, da hatten wir eine CDU-Regierung zusammen mit der FDP. Soweit zu dem Punkt!

(Glocke)

(B) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Wir hatten insgesamt zehn Minuten Redezeit vereinbart, sie ist jetzt verbraucht!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Gut, dann muss ich jetzt ganz schnell nur noch einige Sätze sagen! Die Verpackungsverordnung, die in Kraft treten wird, ist übrigens eine Selbstverpflichtung gewesen. Die Industrie hatte zehn Jahre Zeit, und erst jetzt greift ein Repressionsmechanismus. Sie hatte im Wesentlichen den Charakter einer Selbstverpflichtung.

Zum Schluss muss ich noch sagen, dass ich unseren grünen Antrag zurückziehe, mir bleibt leider nichts anderes übrig!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch eine kurze Bemerkung machen. Herr Focke, die Krokodilstränen über das Pfand und das Zwangspfand können Sie sich sparen! Die Auseinandersetzung zu führen, was inhaltlich sinnvoll wäre, ist ja genau der Sinn und Zweck einer Deputationsüberweisung. Dort tauscht man inhaltliche Argumente aus und schaut, ob man

Anträge verbessern kann. Es könnte ja sein, dass das möglich ist, wobei ich für die SPD sagen muss, der Antrag, der von den Grünen gestellt wurde, traf die Meinung der SPD. Deswegen hatten wir dort auch keine alternativen Positionen eingenommen. (C)

In diesen inhaltlichen Auseinandersetzungen ist nicht einmal der Hauch einer Andeutung vorgetragen worden, welche Position eigentlich die CDU einnimmt, stattdessen ist immer gekommen: Wir vertagen! Man sitzt Probleme aus, indem man sie schlicht nicht behandelt. Dazu nur einen einzigen Satz, weil das nicht das einzige Umweltthema ist, das auf diese Art und Weise behandelt wird: Die CDU versucht, sich in Teilen manchmal einen grünen Anstrich zu geben. Real ist die CDU aber weder in der Lage noch willens, sich ernsthaft mit ökologischen Fragen zu beschäftigen, noch gar Umweltprobleme zu lösen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, ich habe eben eine ganze Menge zu dieser Novellierung der Verpackungsverordnung gesagt. Ich kann nicht beurteilen und weiß nicht, wie Sie diskutiert haben. Es ist genau so, wie Frau Dr. Mathes sagt: 1991 ist diese Verpackungsverordnung beschlossen worden. Ja, das ist ja auch richtig und war 1991, und das sage ich hier ganz deutlich, eine außerordentlich fortschrittliche und super Angelegenheit. (D)

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, da irren Sie sich gewaltig!)

Nun haben sich aber eine ganze Menge Dinge verändert. Zu Beginn der neunziger Jahre standen wir vor Müllbergen. Heute gehen die Abfallmengen zurück, und die Deponien melden Notstand, sie haben sozusagen einen Müllmangel. Das ist eine völlige Veränderung, die zum Beispiel stattgefunden hat. Die Einwegdose ist immer leichter geworden und kann heute viel besser recycelt werden als früher. Milchschauchbeutel und die Kunststoffflaschen, das sind Produkte, die heute ökologisch vorteilhafte Verpackungen darstellen, das war damals nicht der Fall. Es hat sich also eine ganze Menge verändert, und darauf muss man auch reagieren.

Ich finde, da muss man auch in der Lage sein zu sagen, wenn man 1991 diese Erkenntnisse noch nicht hatte, dass im Jahr 2001 oder 2002 die Konsequenzen aus der 1991 beschlossenen Verordnung zu zie-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) hen sind. Diese Verordnung können wir heute so nicht mehr umsetzen, weil sich die Rahmenbedingungen völlig verändert haben. Also müssen wir eine Novellierung vornehmen.

Ich habe Ihnen eben vorgeschlagen, wie man eine Novellierung machen kann. Ich hoffe, dass Sie da vielleicht auch noch ein bisschen weiterkommen und dass wir dann insgesamt auf diesem Weg und in diesem Sinn beschließen können, damit zum 1. Januar 2003 dann eine novellierte Verpackungsverordnung in Kraft treten kann, die eben nicht darauf ausgerichtet ist, nur Zwangspfand zu erheben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächste Rednerin erhält das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedauere sehr, wie die Diskussion in der Deputation gelaufen ist. Liebe Frau Dr. Mathes, wenn Sie den Senat an dieser Stelle bezogen auf den Verlauf attackieren, dann ist das unangebracht. Wir haben sehr korrekt berichtet, wie sich das in der Deputation abgespielt hat. Die Positionen sind eben auch noch einmal unter anderem von Frau Wilts dargestellt worden, insofern also bitte an dieser Stelle keinen Vorwurf an den Senat! Richtig ist, und das war ja der Auslöser Ihres damaligen Antrags, dass es zwei unterschiedliche Positionen im Senat gab. Meine Position kannten Sie und auch die des Wirtschaftssenators, also zwei unterschiedliche Positionen!

(B)

Ich habe befürwortet, dass wir in dem von Herrn Trittin vorgelegten Sinn eine Novellierung der Verpackungsverordnung durchführen, obwohl ich es nie für den absoluten Königsweg gehalten habe, sondern mir immer eine bessere Lösung im Sinn von Abgaben habe vorstellen können, aber auch dies war ja streitig. Es ist diversen Umweltministerkonferenzen nicht gelungen, zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. Die letzte ist noch hier in Bremen unter meiner Federführung ergebnislos ausgegangen, und insofern ist das Dilemma, über das wir heute reden, eben nicht nur ein bremisches, sondern es ist ein bundesweites gewesen.

Jetzt tritt in Kraft, was Gesetz ist, so muss man es ja formulieren. Dass damit auch unter ökologischen Gesichtspunkten nun auch Unsinn herauskommt, weil die Entwicklung inzwischen weitergegangen ist und ökologisch vertretbare Kartonverpackungen dann auch unter die Verordnung fallen, ist in der Tat Ergebnis der Tatsache, dass es nicht gelungen ist, hier eine Novellierung durchzuführen, die dem Rechnung trägt und die, wie ich finde – wenn man sich auf eine Abgabe verständigen konnte, dann aber zumindest die Regelung, die von Herrn Trittin vorgelegt werden sollte –, dieses Problem gelöst hätte.

Herr Focke, Sie sprechen ja die Vorschläge an, die zum Teil vom Saarland, zum Teil von Rheinland-Pfalz gekommen sind, auf diesem Weg zu gehen. Ich halte sie nicht für zielführend. Ich halte auch nicht, das muss ich Ihnen ehrlich sagen, nach zehn Jahren geltender Verpackungsverordnung und den Veränderungen, die eingetreten sind, und dem dauernd bekannten Absinken der Mehrwegquote – das muss man ja einfach einmal sehen, es gibt ein Gesetz, es gibt eine zurückgehende Mehrwegquote, und die Getränkehersteller oder die Produzenten haben das so hingenommen –, die Selbstverpflichtungen der Industrie für zielführend.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wenn ich dafür Anhaltspunkte hätte, dass man sagt: Ja, da ist ein ernsthafter Ansatz, aber nach zehn Jahren kann ich dies nicht als ernsthaftes Anliegen ansehen! Insofern, denke ich, gibt es für den Weg, an dieser Stelle über die Selbstverpflichtung zu gehen – ganz abgesehen davon, dass sie nach meinem ungefähren Kenntnisstand auch verfassungsrechtlich nicht unproblematisch ist, wie das eigentlich gehen soll, und dass es auch einen ganz großen Anteil kleinerer und mittlerer Unternehmen und Getränkehersteller gibt, die sich gerade dieses Pfand gewünscht haben –, auch auf der industriellen Seite einen großen Zwiespalt. Es gibt eine ganze Menge Unternehmen, die dringend darauf angewiesen waren, dass das aus Wettbewerbsgründen nun auch kommt, weil sie sich gegenüber anderen, weil sie sich an geltende Gesetze gehalten haben, im Nachteil gefühlt haben.

(D)

Es ist eine komplizierte Lage. Mir wäre nichts lieber, als wenn es gelänge, auf dem Weg über den Bundesrat und über die Bundesregierung zu einer Änderung zu kommen, die am Ende von allen getragen werden könnte, zum Nutzen und Zwecke der Umwelt, dem Vorrang von Mehrweg – Sie haben es angesprochen, die sind dann aber auch wirklich deutlich umzusetzen – und der Verhinderung von immer mehr Dosen, die, auch wenn sie leichter geworden sind, immer noch nicht ökologisch sind. Insofern sollten wir darauf setzen, tatsächlich möglichst viel in Mehrweg zu transportieren und an den Kunden zu bringen.

Also: Keine Sternstunde bei der Deputationsbefassung, gleichwohl aber ein bisschen auch kennzeichnend die gesamte kontroverse Diskussion um diese Verpackungsverordnung! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(A) Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat uns gegenüber erklärt, dass sie den Antrag mit der Drucksachen-Nummer 15/542 wegen Zeitablauf zurückgezogen hat.

Damit entfällt die Abstimmung über diesen Antrag.

Damit entfällt aber auch die Abstimmung über den Antrag, den die Deputation über die Mitteilung des Senats gestellt hat, nämlich den Antrag der Grünen für überflüssig zu erklären.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats mit der Drucksachen-Nummer 15/1122 Kenntnis.

Steuergeldmissbrauch wirksamer bekämpfen

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten
Tittmann (DVU)
vom 29. April 2002
(Drucksache 15/1126)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Perschau, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Dannemann.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

(B) (Vizepräsident R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass Herr Bürgermeister Perschau nicht anwesend ist. Meine Damen und Herren, nach dem millionenschweren Spendenskandal der CDU haben nun auch einschlägige Machenschaften der SPD für Schlagzeilen gesorgt. Die Stadt Köln, in der immer wieder öffentliche Einrichtungen nach SPD-Gutsherrnart mit Funktionären besetzt und zu persönlichen und parteilichen Zwecken instrumentalisiert werden, ist inzwischen zum Symbol geworden, das sich jetzt auf die gesamte Republik übertragen lässt.

(Präsident W e b e r übernimmt wieder den Vorsitz.)

Kaum wurde der Kölner SPD-Korruptionssumpf publik, da geriet auch schon die Stadt Wuppertal ins Visier der Öffentlichkeit, und neuerdings auch der SPD-Ministerpräsident Ringstorff, und so weiter und so weiter. Ein Ende Ihrer Korruptionsaffären ist noch lange nicht absehbar. Sie sehen, ob in Wuppertal, Hamburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern oder sonst wo: Köln ist wirklich überall; nicht zuletzt auch in Bremen, was der Polizeihaus-Deal ja nun verdeutlicht, weshalb ja nun auch die Staatsanwalt-

schaft in einem Korruptionsverfahren gegen einen ehemaligen politischen Entscheidungsträger im Bauressort, einen Bauunternehmer und weitere an einem Coup Beteiligte nachweislich ermittelt.

Meine Damen und Herren, unter der Überschrift „In Köln und anderswo“ bemerkt Hans Leindecker in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 12. März 2002 zum Korruptionssumpf folgend richtig, Herr Präsident, ich darf zitieren: „Die Demokratie entartet zur Lobbykratie. Wirtschaftliche Macht ohne Mandat verwandelt sich in politischen Einfluss. Der Beamte schließt den Dienstweg kurz, die Unternehmer finden eine Lücke. Mehr und mehr schrumpft der Staat zur bloßen administrativen Dienstleistungsagentur, und von seinen Dienern werden zunehmend Improvisation und Flexibilität verlangt.“ Recht hat er! Hierzu sei bemerkt, dass die erwähnte Lobbykratie genau dem entspricht, was in der europäischen Staatsphilosophie als Oligarchie gilt, die Herrschaft der Reichen, die sich mit ihrem Geld politische Entscheidungen kaufen können, und das im Eigeninteresse. Von Gemeinwohl ist da natürlich keine Spur.

Meine Damen und Herren, im Zuge solcher Machenschaften gerät der Staat immer mehr in die Fänge der speziellen Interessen der im Bundestag vertretenen Parteien, in die Fänge von einflussreichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verbänden, die sich den Staat schon längst, wie es Professor Dr. von Arnim ausdrückt, zur Beute gemacht haben.

Noch einmal zurück zu den Aussagen von Herrn Leindecker! Was er als Beispiel an Korruption hervorhebt, könnte womöglich auch ohne weiteres auf Bremen übertragen werden. Herr Präsident, ich darf zitieren: „Es ist eine Staatsschande: Hessische Bau-firmen stellen Mitarbeiter ab, die vom Unternehmen bezahlt für die personalschwache Stadtverwaltung arbeiten. Im Gegenzug werden Firmen Aufträge zugeschanzt.“ Meine Damen und Herren, dass hier Gesetze und Ausschreibungsvorschriften missachtet werden, spielt also schon längst keine Rolle mehr. Die richtige Anlage ist das halbe Leben, wer zahlt, schafft an, ob in Köln oder anderswo!

Der bekannte Verwaltungsrechtler Professor von Arnim kritisiert im Zusammenhang mit Steuergeldmissbrauch vor allem auch den Eigennutz von Abgeordneten der Altparteien, die sich zwar als Volksvertreter bezeichnen, jedoch alles andere als Volksvertreter sind. In seinem jüngsten Buch „Das System – die Machenschaften der Macht“ stellt er fest, die Politiker, die im Bundestag vertretenen Parteien – also SPD, Grüne, FDP, CDU und CSU – behaupten an Sonn- und Feiertagen, sie würden das Gemeinwohl zur Richtschnur ihres Handelns nehmen. Tatsächlich aber orientieren sie sich an ihren eigenen Interessen, an Macht, Posten und Geld.

Genauso ist es auch: Da haben zum Beispiel die beiden grünen Minister in Nordrhein-Westfalen, Bärbel Höhn und Michael Vesper, schon nach vier

(C)

(D)

(A) Jahren im Amt Anspruch auf monatlich über 15 000 DM oder 7500 Euro Pension.

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/
Die Grünen])

Selbstverständlich wollen sie diese behalten, obwohl sie – ich glaube Ihnen ja, dass Sie da aufgeregt werden! – in der Opposition diese Regelung auf das Schärfste kritisiert haben. Das, meine Damen und Herren von den Grünen, ist Ihre politische Ehrlichkeit, Ihre politische Glaubwürdigkeit, so sieht sie aus!

Nun stellen Sie einmal die Durchschnittsrente eines Normalbürgers nach 45 Jahren harter und schwerer Arbeit dagegen. Das müssen Sie sich doch einmal vorstellen und dagegenhalten! Hier sage ich im Namen der Deutschen Volksunion, das ist eine ganz klare und sozial ungerechte Zwei-Klassen-Gesellschaft, die Sie doch angeblich immer so rigoros bekämpfen wollten! Wie Sie sehen, führt diese Zwei-Klassen-Gesellschaft zu völlig willkürlichen, durch nichts, aber auch gar nichts zu rechtfertigenden unerträglichen Einkommensunterschieden.

Hinzu kommt dann noch, dass zum Beispiel ausgerechnet die beiden grünen Minister Fischer und Trittin, und bis zu ihrem Rücktritt auch Frau Fischer, die alle, aber auch alle an ihrer Mitgliedschaft im Bundestag festgehalten haben, umgerechnet über zirka 195 000 DM jährlich erhalten. Das sind 60 Prozent mehr als bei ihren einfachen Kollegen Eichel, Müller oder Riester, die eben kein Bundestagsmandat besitzen, und das, obwohl die Grünen früher immer den Grundsatz der Trennung von Regierungamt und Parlamentsmandat so propagierten. Diesen Beschluss haben Sie ja sogar noch auf Ihrem Parteitag 2001 in Stuttgart bekräftigt.

Meine Damen und Herren, hinzu kommt noch ein unermesslicher Steuergeldmissbrauch durch die Fachleute, die ich so überflüssig wie einen Kropf finde, die zum größten Teil unnötigen Parlamentarischen Staatssekretäre des Bundes, die zusätzlich zu ihren Bruttobezügen von mehr als 125 000 Euro noch ein Schatteneinkommen aus ihrem Bundestagsmandat von sage und schreibe 100 000 Euro erhalten. Das ist ein Aufschlag von 80 Prozent. Sie erhalten damit also insgesamt 225 000 Euro. Das sind damit sogar 62 000 Euro mehr, als die Minister Eichel und Riester erhalten, und das alles auf Kosten und zu Lasten der ohnehin schon im Übermaß geschröpften Steuerzahler!

Zum Thema Eigennutz von Politikern stellt der Verwaltungsrechtler Professor von Arnim folgend richtig fest: „Was in Köln zum Vorschein kam, sind Verstöße, die zum Teil strafbewährt sind. Politiker hätten Vorbilder zu sein, zumal sie als Gesetzgeber über ganz besondere Macht verfügen, wie zum Beispiel

Verfassungsänderungen zu beschließen.“ Wenn so genannte Volksvertreter aber gegen Gesetze verstoßen und das Recht mit Füßen treten, dann hat das verheerende Auswirkungen auf das Rechtsgefühl der Bürger. Darum sage ich doch einmal ganz klipp und klar im Namen der Deutschen Volksunion: Wer keine Gesetze kennt und sie nicht befolgt, kann kein Diener des Volkes sein!

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Deshalb seid ihr das auch nicht!)

Meine Damen und Herren, in keinem anderen Land der Welt werden die Parteien und ihre Abgeordneten zu Lasten und auf Kosten der Steuerzahler finanziell so großzügig bedacht wie in Deutschland. Vielleicht ist gerade deswegen das Dienen für den Staat zum Verdienen am Staat verkommen. Deshalb ist es von größter Wichtigkeit, dass Korruption und Steuergeldmissbrauch endlich wirksamer als bisher bekämpft werden. Die Zustimmung zum vorliegenden DVU-Antrag wäre ein längst überfälliges Signal, dass endlich nötiger Druck entfaltet wird, damit die Skandale ausgeräumt und nicht serienmäßig in die Politik eingebaut werden.

Darüber hinaus empfehle ich Ihnen aber auch dringend, sich schnellstens einmal sehr intensiv mit der Broschüre vom Bund der Steuerzahler „Schluss mit dem Parteienfilz – Vorschläge zur Begrenzung des Parteineeinflusses auf den öffentlichen Dienst“ zu beschäftigen und auch die Vorschläge politisch effektiv umzusetzen. Das wäre bei Ihrer verfehlten Politik, der Politik der unendlichen Skandale, heutzutage das Gebot der Stunde. – Ich bedanke mich!

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 15/1126 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

(C)

(D)

(A) **Gesetz zur Änderung der Volksgesetzgebung
im Land Bremen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 30. April 2002
(Drucksache 15/1128)
1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Böse,
ihm beigeordnet Staatsrat Dr. vom Bruch.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur ersten
Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete
Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Prä-
sident, meine Damen und Herren! Die parlamenta-
risch repräsentative Demokratie hat sich bewährt, sie
muss jedoch um direkte Beteiligungsrechte der Bür-
gerinnen und Bürger ergänzt werden. Demokratie
ist auf aktive, interessierte und verantwortungsbe-
wusste Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Ein
Mehr an direkter Bürgerbeteiligung führt zur Festi-
gung und Belebung der parlamentarischen Demo-
kratie. Eine Schwächung ist nicht zu erwarten.

Die Sorge um die demokratische Reife des Volkes
widerstreitet heute nicht mehr direkter Demokratie.
Die Erfahrungen in Staaten vor allem des europäi-
schen Auslands, deren Verfassungsformen eine di-
rekte Bürgerbeteiligung enthalten, lassen erkennen,
dass auch schwierige und komplexe Sachverhalte
sachgerecht beurteilt und entschieden werden kön-
nen. Insofern stellt eine Ergänzung der Verfassung
auch einen Schritt zu mehr europäischer Gemein-
samkeit dar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich habe mit nachträg-
licher Genehmigung des Präsidenten zitiert aus der
Begründung des Entwurfs von SPD und Bündnis 90/
Die Grünen für die Einführung des Volksentscheids
im Bund, vorgebracht im Deutschen Bundestag. Ich
habe es auch deswegen zitiert, weil diese bundes-
weite Diskussion und der Antrag im Deutschen Bun-
destag ein wesentlicher Anstoß für uns gewesen sind,
diese Debatte aufzunehmen und einen erneuten Vor-
stoß zu unternehmen, in Bremen das durchaus vor-
handene Instrumentarium der Volksgesetzgebung so
zu gestalten, dass diese Funktion der Ergänzung und
Korrektur unserer Arbeit hier im Parlament tatsäch-
lich erfüllt werden kann. Auch die jüngsten Verfas-
sungsänderungen der Länder Hamburg und vor al-
len Dingen Nordrhein-Westfalen haben uns dazu er-
mutigt und darin bestärkt.

Auf der anderen Seite müssen wir uns natürlich
nach wie vor mit dem Urteil des Staatsgerichtshofs
Bremen vom Februar 2000 auseinander setzen, in

dem der Staatsgerichtshof ein Volksbegehren der
Initiative „Mehr Demokratie“ für unzulässig erklär-
te. Die Initiative „Mehr Demokratie“ hatte damals
vor, die Eingangsquoren für ein Volksbegehren – also
die Zahl der Leute, die ein Volksbegehren unter-
schreiben müssen, damit es überhaupt zu einem
Volksentscheid kommt – auf knapp drei Prozent zu
senken und jede Bestimmung darüber, wie viele
dann an der Abstimmung teilnehmen müssen, he-
rauszunehmen, auch bei Verfassungsänderungen.

Der Staatsgerichtshof hat damals die Gesamtheit
dieser Vorschläge nicht akzeptiert, hat nicht mehr
den notwendigen „Test für die Ernsthaftigkeit“ ge-
geben gesehen und nicht die Gewähr, dass Inhalte
von Volksentscheiden „mehrheitsfähig“ sein müs-
sen, vor allen Dingen bei Verfassungsänderungen.
Gleichzeitig hat der Staatsgerichtshof aber sehr wohl
klargestellt, dass die heutigen Vorschriften keines-
wegs das letzte Wort sein müssten, nur diese weit-
gehenden Forderungen hat er nicht akzeptiert.

Wir haben nach wie vor grundsätzliche Kritik an
der Begründung des Staatsgerichtshofs. Irgendwie
behandelt der Staatsgerichtshof diese Verfahren als
Verfahren zweiten Ranges. Ich bin auch nicht der
Meinung, dass das Volksbegehren per se höhere An-
forderungen an die Beteiligung hat als etwa die
Wahl. Man kann schlecht argumentieren: Wie viele
Leute sich an der Wahl beteiligen, ist sowieso egal,
es ist gewährleistet, dass hier im Parlament per De-
finitionen das Gemeinwohl am Ende herauskommt.
Da würde ich sagen mit Radio Eriwan, im Prinzip ja,
aber dass das automatisch so ist? Da werden die
Hürden für den Volksentscheid sehr viel höher ge-
legt, und ich halte es auch für realitätsfremd, wenn
der Staatsgerichtshof meint, der Volksentscheid
könnte damit zu einem, wie er gesagt hat, „Instru-
ment randständiger Minderheiten“ werden. Ich glau-
be, wenn man versucht hat, so etwas in Gang zu
setzen, kann man das nicht nachvollziehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Klar ist aber, dass dieses Urteil des Staatsgerichts-
hofs Maßstab auch bei der Ausgestaltung dessen sein
wird, was wir hier tun können. Deswegen nehmen
wir es zur Kenntnis und berücksichtigen das. Es
bleibt aber nach unserer Auffassung genügend
Raum für Reform, und den wollen wir mit unserem
Antrag nutzen.

Meine Damen und Herren, die Vorschläge, die wir
Ihnen heute unterbreiten, zielen darauf, unsere Bre-
mer Verfassungstradition weiterzuentwickeln. Da
muss man ja keinen Bruch machen, man muss es
nur weiterentwickeln und mit Volksbegehren und
Volksentscheid eine realistische – mit vertretbarem
Aufwand, aber auch mit einem Aufwand, den man
von Leuten fordern kann, die so etwas in Gang set-
zen –, faire Alternative schaffen und als ein sinnvol-
les Korrektiv für unsere Arbeit.

(C)

(D)

(A) Dafür sind folgende Veränderungen notwendig: Erstens, wir wollen den Eingang für das Volksbegehren von jetzt zehn Prozent auf fünf Prozent halbieren, entsprechend bei Verfassungsänderungen auf zehn Prozent. Das entspricht im Übrigen der Regelung in Hamburg, Schleswig-Holstein und genau dem, was jetzt SPD und Grüne für den Bund vorgeschlagen haben.

Zweitens wollen wir die heutigen Zustimmungsquoren anders als die Initiative „Mehr Demokratie“ nicht abschaffen. Wir denken aber, dass man sie weiterhin senken kann. Klar müsste die Hälfte beim Volksentscheid ja sagen. Nach unserer Meinung müsste das aber kein Viertel sein, sondern da genügen 15 Prozent. Das ist im Übrigen auch das, was in Nordrhein-Westfalen beschlossen worden ist. Es ist einfach ein Mittel dagegen, dass nicht eine reine Boykottstrategie erfolgreich sein könnte. Wenn man das zu hoch setzt, ist es sehr einfach zu sagen, wir kümmern uns darum gar nicht und sagen den Leuten nur, geht da nicht hin. Schon ist es äußerst schwierig, so etwas überhaupt zu machen. Deswegen: Zustimmungsquorum ja, wie der Staatsgerichtshof es auch gesagt hat, aber nicht so hoch!

Wir sagen auch, die Hürden für die Verfassungsänderung sollten niedriger werden. Wir schlagen allerdings als Absicherung vor, dass wir dann auch eine Zweidrittelmehrheit einführen, so wie wir es hier auch im Parlament haben.

(B) Drittens: Höchst strittig ist in Bremen in mehreren Verfahren der so genannte Finanzvorbehalt gewesen. Wir schlagen eine Öffnung vor. Der erste Halbsatz, den wir vorschlagen: „Finanzwirksame Volksbegehren sind zulässig,“ – sozusagen als generelle Aussage. Dies ist dem rotgrünen Entwurf in Berlin entnommen. Angesichts der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs wollen wir sie aber einschränken, und das ist realistisch, glaube ich, durch die Formulierung: „sofern sie nicht das Gleichgewicht des gesamten Haushaltes erheblich stören.“

Es ist uns klar, dass es sowohl von der politischen wie auch von der rechtlichen Diskussion und Weiterentwicklung abhängen wird, wie viel Spielraum das tatsächlich ergibt. Ich will Ihnen aber doch nicht die Begründung vorenthalten, mit der die Koalitionsfraktionen in Berlin ihren Vorschlag begründet haben. Ich darf zitieren: „Die finanziellen Auswirkungen der Volksgesetzgebung bergen keine höhere Gefahr für das Gleichgewicht des Haushalts als die parlamentarische Gesetzgebung.“ So die Meinung der Initiatoren in Berlin! Das kann man auch nachvollziehen, denn es waren in Bremen zum Beispiel wirklich nicht Volksentscheide, die diesen großen Schuldenberg produziert haben, den wir jetzt hier in Bremen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es sei zwar richtig, dass durch Volksentscheide das Budgetrecht des Parlaments eingeschränkt werde,

aber das belässt das Budgetrecht innerhalb der legislativen Funktion gegenüber der Exekutive, und darauf komme es ja an.

(C)

Viertens, das sind nun zwei eher technische, aber doch ganz wichtige Regelungen: Wir schlagen vor, die Zeit zum Sammeln von Unterschriften zum Volksbegehren von drei auf sechs Monate zu verlängern. Wir haben da einen ganz praktischen Fall vor Augen: Beim letzten Mal fiel durch den Zeitpunkt des Urteils des Staatsgerichtshofs der Zeitpunkt, zu dem man anfangen konnte, in die Sommerferien. Anlaufzeit, Sommerferien, die Fristen waren im Grunde genommen schon abgelaufen, als die Initiatoren gerade anfangen konnten, Unterschriften zu sammeln. Das kann eigentlich nicht fair sein, und deswegen schlagen wir vor, das anders zu machen. Da gibt es viele Vorbilder in anderen Ländern.

Schließlich zum Schluss: Wir schlagen noch einmal, wie wir es vor vier, fünf Jahren schon gemacht haben, eine Kostenerstattung für Initiativen vor. Auch das gibt es heute in Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. Wir finden, dass es ein Gebot der Fairness ist, annähernd gleiche Bedingungen für uns und solche Initiativen zu schaffen. Wir wissen sehr wohl, dass unsere komplette Arbeit vom Steuerzahler finanziert wird. Dafür sorgen wir auch schon. Wir halten es für notwendig, dass Leute, die sich ehrenamtlich mit hohem persönlichen und politischen Risiko für solche Sachen engagieren, dabei dann, wenn und insoweit sie Erfolg haben, auch zu fördern und nicht zu bestrafen sind. Ich finde das gerade dann fair, wenn sie hier als politische Konkurrenz zu uns die Bühne betreten.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, es ist keine große Kunst, zu sich selbst fair zu sein, wie wir ja lange Übung haben, das zu machen. Das machen wir schon ganz gut, wir alle zusammen, das geht an niemanden. Wir sollten diese faire Chance aber auch anderen geben. Ich finde, das wäre ein Gewinn gemeinsam für uns und für ein lebendiges politisches Leben in unserem Land.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Isola.

Abg. **Isola** (SPD *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion ist bereit, sich auf den Vorschlag der Grünen, die Verfassung in Bezug auf das Volksbegehren und den Volksentscheid noch einmal zu überprüfen, einzulassen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ihre Vorschläge, wenn ich einmal das Argument aufnehmen darf, das Sie ja auch hier vorgetragen haben, müssen wir natürlich im Licht der Entscheidung des Staatsgerichtshofs betrachten. Ich sage einmal gleich von vornherein, da sehe ich kein Problem, denn das war ein Urteil, das auch weiter entwicklungsfähig ist. Es ging ja auch nicht um solche Vorschläge, worüber der Staatsgerichtshof seinerzeit zu entscheiden hatte, sondern um den anderen Vorschlag des Vereins „Mehr Demokratie“, der in der Tat so weitgehend war, dass wir uns dem sowohl aus rechtlichen als auch aus politischen Gründen nicht angeschlossen haben.

Es ist richtig, inzwischen ist die Zeit weitergegangen, und es liegt in der Tat ein Gesetzesantrag dem Deutschen Bundestag von den Fraktionen der SPD und der Grünen vor, der übrigens, das möchte ich auch nicht verschweigen, viel weiter geht als das, was Sie jetzt auch hier vorschlagen. Ich möchte in dem Zusammenhang einmal einen Punkt ansprechen, ich habe ihn selbst vor einiger Zeit auch mitverschuldet, aber wir sind heute sieben Jahre weiter – beziehungsweise war der erste Schritt zur Veränderung dieser Vorschriften sogar 1994, drei Jahre später dann der zweite Schritt –, ob wir es weiterhin dabei belassen sollen, in der Verfassung beim Volksentscheid von einem Zustimmungsquorum auszugehen und ob wir nicht stattdessen doch auf ein Beteiligungsquorum umschwenken. Das würde die Hürden erheblich senken.

(B) Die Bundesvorlage spricht nur noch von der Beteiligung, das heißt einem bestimmten Prozentsatz der Bevölkerung. Bei der einfachen Gesetzgebung sollen sich 20 Prozent der Wahlbevölkerung beteiligen an einem Volksentscheid, in dem die Mehrheit entscheidet. Das wären zehn Prozent und eine Person. Das ist natürlich eine wesentlich niedrigere Hürde. Wir haben ja zurzeit noch die Regelung des Zustimmungsquorums. Bei uns entscheidet zwar die Mehrheit, aber es müssen mindestens 25 Prozent der Stimmberechtigten zustimmen. Das ist also eine viel höhere Hürde. Ich räume ein, darüber muss man noch einmal diskutieren. Wir haben in unserer Fraktion die Diskussion begonnen, und ich denke, dass wir das gemeinsam unter den drei Fraktionen jetzt weiter erörtern wollen.

Auf jeden Fall sehe ich aus unserer Sicht eine Notwendigkeit, die Eingangshürde erheblich zu senken, damit man überhaupt in das Verfahren des Volksbegehrens und Volksentscheids hineinkommt, beim Volksbegehren eine erheblich niedrigere Hürde zu nehmen – zurzeit liegt sie bei zehn Prozent, fünf Prozent können wir hier ohne weiteres mitmachen –, damit überhaupt einmal ein solches Verfahren in Gang kommt und es nicht gleich an dieser Stelle eine derartige Hürde gibt, dass ein politischer Prozess überhaupt gar nicht mehr in Gang kommt. Dem könnten wir zustimmen.

Bei der Frage, wie weit finanzwirksame Volksbegehren eine Rolle spielen, hat sich die Lage, sage ich einmal, insofern schon etwas entspannt, als auch der Staatsgerichtshof bereits entschieden hat, dass man nicht jegliches Volksbegehren als verfassungswidrig ablehnen kann, nur weil es ein paar Euro kostet. Das geht sowieso nicht mehr, es muss doch schon erhebliche Auswirkungen auf den Haushalt haben. Wir werden dann noch einmal darüber reden, ob wir Ihren Vorschlag, Ihre Formulierung übernehmen oder stattdessen die Formulierung, die in der Bundestagsvorlage steht, die dann doch noch einige Gesetzesvorhaben, wie zum Beispiel das Haushaltsgesetz, ausschließt.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das streichen wir ja gar nicht!)

Das wollen Sie nicht streichen! Dann wäre das ein Punkt, an dem man sich auch sehr schnell verständigen könnte.

Sie haben andere Entwicklungen in anderen Ländern angesprochen, Nordrhein-Westfalen beispielsweise, und ich denke einmal, dass wir jetzt nicht gleich dazu übergehen – die Tagesordnung sieht das übrigens auch nicht vor –, die erste Lesung zu beenden. Dann müsste zwangsläufig ein Ausschuss nach Artikel 125 der Landesverfassung eingesetzt werden.

(D) Wir stellen den Antrag, diese erste Lesung zu unterbrechen und stattdessen Ihren Antrag jetzt noch einmal an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss zu überweisen, um noch einmal das Material zu sichten und im Lichte dessen, was sich in den letzten Jahren, einschließlich auf Bundesebene, getan hat, in eine Erörterung Ihres Antrags einzutreten. Die SPD-Fraktion hofft, dass wir uns über eine Verbesserung und Änderung der Verfassungsbestimmungen zum Volksbegehren und Volksentscheid verständigen werden. – Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hannken.

Abg. Frau **Hannken** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als letzte Rednerin in einer Debatte, die doch sehr konsensmäßig zu laufen scheint, kann man entweder alles noch einmal wiederholen, oder man kann sich kurz fassen. Ich will das Letztere tun und auf den Punkt kommen! Wir erklären uns auch damit einverstanden, dass wir den Antrag an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss überweisen, dass wir uns dort noch einmal ausführlich darüber unterhalten, wie man mit dem Volksbegehren verfahren kann, was man da

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) ran ändern kann und wie man dies verbessern kann. Wir sind für dieses Element, das es in unserer Landesverfassung gibt. Wir wissen aber auch, dass wir in einer repräsentativen Demokratie leben und dass wir auch als Parlamentarier die Verantwortung tragen für die Entscheidungen, die hier fallen.

Ich möchte einen Punkt ansprechen, der meines Erachtens noch nicht angesprochen worden ist, und das ist das, was Herr Dr. Kuhn eingangs gesagt hat: die Hoffnungen, die sich dahinter verbergen, dass man eigentlich Volksbegehren einführen möchte, dass man Menschen mehr an Sachentscheidungen beteiligen möchte, dass man mehr Transparenz im Verfahren haben möchte, dass man eigentlich auch gegen die Politikverdrossenheit ankämpfen möchte! Ich finde, der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss sollte sich auch damit beschäftigen, ob diese Ziele wirklich durch Volksbegehren erfüllt werden können oder ob wir mit dem Volksbegehren nur eine Säule vor uns her tragen und damit ein bisschen die Alibifunktion erfüllen, aber in Wahrheit nicht die Ziele wirklich verfolgen können, die Sie hier angesprochen haben.

Das Volksbegehren ist ein Weg, um gegen Politikverdrossenheit zu kämpfen und um die Bevölkerung mehr für Politik zu interessieren. Es gibt aber sehr viele andere Punkte, über die wir auch reden müssen, wie wir Politik interessanter machen können, wie wir die Menschen mehr an Politik und Entscheidungen beteiligen können. Darüber sollten wir uns auch unterhalten. – Danke schön!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die positive Reaktion und die freundlichen Beiträge. Eigentlich wäre es nach diesen Beiträgen – deswegen sage ich es noch einmal! – normal, man würde das Gesetz jetzt in erster Lesung beschließen, weil damit ja überhaupt nichts präjudiziert ist. Das ist nie bei Verfassungsänderungen so, sondern es ist einfach der Gang der Dinge, den unsere Landesverfassung bei der Diskussion um eine Verfassungsänderung vorsieht, wenn man der Sache dann näher treten will. Jetzt schlagen Sie einen anderen Weg über den Verfassungs- und Geschäftsausschuss vor.

Ich möchte nur, auch im Lichte der vorangegangenen Diskussion, ganz herzlich darum bitten, wenn der gemeinsame Wille besteht, etwas zu verändern, gehen wir diesen Weg! Wenn es nur darum geht, die Zeit irgendwie herumbzubringen, dann lassen Sie uns das nicht machen! Ich habe es jetzt so verstanden, dass wir das gemeinsam wollen. Dann gehen wir auch diesen etwas ungewöhnlichen Weg mit dem

Umweg über den Verfassungs- und Geschäftsausschuss. Vielleicht können wir da auch gut eine Anhörung zu den auch von Ihnen aufgeworfenen Fragen machen. Gern, aber ich bitte darum, dass wir das zeitnah hier wieder bekommen und da auch wirklich positiv etwas zusammen machen.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, es ist beantragt worden, die erste Lesung zu unterbrechen und das Gesetz zur Änderung der Volksgesetzgebung im Land Bremen zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsausschuss zu überweisen.

Wer der Unterbrechung der ersten Lesung und der Überweisung des Gesetzesantrags, Drucksache 15/1128, an den Verfassungs- und Geschäftsausschuss zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(D)

(Einstimmig)

Juniorwahlen 2003 – Demokratie und politische Bildung im Land Bremen fördern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 30. April 2002
(Drucksache 15/1129)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn im Mai nächsten Jahres Bürgerschaftswahl ist, im Mai 2003 wird ja die Bremische Bürgerschaft neu gewählt, dann, schlagen wir vor, sollen auch Schülerinnen und Schüler zur Juniorwahl an die Wahlurnen gerufen werden. Dafür haben wir einen Antrag formuliert mit dem Ziel, das hat der Bürgerschaftspräsident eben noch einmal vorgelesen, mit den Juniorwahlen einen Betrag zu leisten, die demokra-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) tische und politische Bildung in Bremen zu fördern. Wir wollen mit diesem Vorschlag auch der ständig wachsenden Nichtwählerfraktion – so kann man es nennen – Paroli bieten, und dazu liegt Ihnen der Antrag heute vor.

Ich war ganz erfreut, dass Herr Eckhoff sich so positiv über unseren Vorschlag geäußert hat, allerdings bin ich ganz betrübt, weil ich gehört habe, dass sich SPD und CDU nicht einig werden konnten, hier heute zuzustimmen. Vielleicht können wir darauf im Verlauf der Debatte noch eingehen. Ich denke, der Antrag ist eigentlich nicht so kompliziert, dass die große Koalition heute an diesem Ort ihre Zustimmung verweigern müsste.

Politikerverdrossenheit nimmt auch bei Jugendlichen zu, das Stichwort ist eben bei der vorherigen Debatte bei Frau Hannken schon gefallen. Auch in Bremen ist 1999 die Wahlbeteiligung gerade von jungen Menschen auf ein Rekordtief gesunken. Es gab die niedrigste Wahlbeteiligung seit dem Zweiten Weltkrieg, und alarmierend waren auch die Zahlen von jugendlichen Wählern in Bremerhaven, die gerade in der Altersgruppe der Achtzehn- bis Vierundzwanzigjährigen sich nur mit 50 Prozent an der Bürgerschaftswahl beteiligt haben.

(B) Wir meinen, ein sinnvolles Instrument, um zu zeigen, dass Politik und Wahlen für eine demokratische Gesellschaft wichtig sind, sind eben diese Juniorwahlen. Juniorwahlen können meines Erachtens die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre nicht ersetzen. Dafür haben wir hier in der Bürgerschaft schon gestritten und sind auch immer noch der Meinung, dass es eigentlich richtig ist, das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen. Juniorwahlen sind aber ein wichtiger Teil der politischen Bildung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was sind denn nun die Ziele, die dieses Modell verfolgt? Erstens soll politische Bildung von Jugendlichen gefördert und erlebbar gemacht werden. Zweitens wird der souveräne Umgang mit Wahlprogrammen bei solchen Juniorwahlen erlernt. Es wird über Politik auch zu Hause geredet und Interesse an Demokratie geweckt. Bei der Juniorwahl werden im Schulunterricht symbolisch Wahlen abgehalten. Die Schüler dürfen dabei ihren Wunschkandidaten beziehungsweise ihre Partei ankreuzen, einziger Unterschied zur richtigen Wahl ist, dieses Ergebnis fließt nicht ins amtliche Endergebnis ein.

Wir wollen die Idee der elektronischen Wahl hiermit aufgreifen und elektronische Wahlgeräte bei Juniorwahlen einsetzen. Das haben Köln, Berlin, Baden-Württemberg auch schon mit großem Erfolg und großer Begeisterung gemacht. Natürlich sind das symbolische Wahlen, und das ist kein Allheilmittel gegen die Politikverdrossenheit. Wir meinen aber, durch die inhaltliche Vorbereitung und die prakti-

(C) sche Durchführung kann und soll Demokratie früh geübt und erlebt werden.

Wir sind dabei auch ein bisschen durch die USA inspiriert worden. Dort nennt sich dieses Modell Kids Voting und wird schon seit vielen Jahren durchgeführt. Es wird dort wissenschaftlich begleitet. Mittlerweile wurde das an 6000 amerikanischen Schulen durchgeführt, fünf Millionen Schülerinnen und Schüler haben daran teilgenommen. Eine sehr spannende Sache bei diesem Modell ist, dass gerade in den bildungsfernen Schichten die Wahlbeteiligung zugenommen hat, dass auch die Eltern dieser Jugendlichen mehr gewählt haben und dass insgesamt über Jahre hinweg diese jungen Leute, die sind wissenschaftlich begleitet worden, auch nicht aufgehört haben zu wählen, sondern begriffen haben, dass sie mit ihrer Stimme doch etwas bewirken können, was sie vorher manchmal nicht geglaubt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Wir als Politikerinnen und Politiker meinen, dass wir nicht tatenlos zusehen dürfen, wenn sich immer weniger Menschen an den Wahlen beteiligen. So verliert nämlich die Demokratie ihre Legitimation. Zahlreiche Diskussionen mit Schülern und die Erfahrung mit dem Projekt Jugend im Parlament zeigen, dass sich Jugendliche für Politik interessieren. Das haben diejenigen von uns, die daran teilgenommen haben, hier ja auch alle selbst gesehen, wie ernsthaft sich die Jugendlichen über die Themen streiten, wie sie sich beteiligen und auch in die Ausschüsse gekommen sind, um dort ihre Interessen zu vertreten. Wir meinen, dass das mit diesem Instrument eine sinnvolle Sache ist, um Demokratie am eigenen Leib auszuprobieren.

Wir schlagen vor, dass das Bildungsressort sich mit der Landeszentrale für politische Bildung zusammentut. Die Landeszentrale für politische Bildung tut das auch in anderen Bundesländern, stellt die Materialien zur Verfügung, berät Schulen und bereitet das Ganze dann mit dem Bildungsressort vor. Das hat in anderen Ländern hervorragend geklappt. Ich war auch bei der Pressekonferenz, die wir gemacht haben, ganz zuversichtlich, dass der Bildungs-senator Willi Lemke der ganzen Idee aufgeschlossen gegenübersteht. So habe ich ihn bisher erlebt. Ich bin gespannt, wie das hier laufen soll. Ich habe gehört, dass es schon Vorgespräche gegeben hat, auch bevor wir diesen Antrag gemacht haben, das habe ich aber erst hinterher gehört, und von daher bin ich ganz zuversichtlich, dass das etwas wird.

Die Wahlen sollen von den Schülern selbst vorbereitet und durchgeführt werden. Die Schüler legen auch selbst Wahlverzeichnisse an, so wurde das in Berlin gemacht, die Schüler haben selbst die Computer aufgestellt, haben ihre Mitschüler dann offiziell zur Wahl mit einem Wahlbrief eingeladen, da

(A) wurde völlig die Form gewahrt. Wir meinen, dass es gerade in Bremen – ich habe es vorhin angesprochen – total gut wäre, wenn wir uns an dieser Idee beteiligen würden, dass man mit elektronischen Wahlgeräten wählt, da Bremen an einem europäischen Modellversuch teilnimmt, der Cybervote heißt. Wir glauben, dass es gut ist, wenn die jungen Leute dieses Wahlmedium der Zukunft ausprobieren.

Wir sind auch oft gefragt worden, wie viel Zeit dabei in der Schule verloren geht, obwohl ich finde, dass es eigentlich keine verlorene Zeit ist. In Berlin habe ich einmal einen Lehrer angerufen, der da mitgemacht hat. Dort hat man etwa acht Unterrichtsstunden dafür eingeplant. Der hat das Ganze unter dem Motto „Hohle Sprüche oder kluge Inhalte?“ gestaltet. Er hat dann aktuelle Wahlplakate analysiert. Es ist ja einmal interessant, dass das so geprüft wird. Er hat Politiker eingeladen, Herr Thierse war dann in der Schule, die Bildungsministerin wurde eingeladen. Den Schülern hat es Spaß gemacht, das hat er mir auch versichert. Es wurde auch noch ein Planspiel durchgeführt, und die Wahlbeteiligung war sehr gut. Die Schüler haben also nicht gesagt, das ist hier jetzt Beschäftigung, sondern das ist schon eine sinnvolle Sache.

(B) Manche mögen jetzt einwenden, das Thema Wahlen sei nichts Neues in der Schule, aber wir meinen, durch diesen handlungsorientierten Unterricht gewinnt das Ganze noch eine neue Qualität. Die Erfahrungen von Berlin und Baden-Württemberg – ich kann es nur immer wiederholen – sind ermutigend.

Bremen sollte diesem Beispiel folgen. Ich fordere Sie auf, heute unserem Antrag zuzustimmen! Wir als Grüne lehnen eine Überweisung ab, auch wenn sich mancher in Ihren Fraktionen vehement dafür eingesetzt hat, dass unser Antrag hier nicht gleich abgelehnt wird, aber wir finden es ein bisschen kiki-mäßig, dass Sie sich darüber streiten, die einen wollen noch etwas anderes damit erreichen. Wir haben eine ganz simple Sache vorgeschlagen. Wir wollen Juniorwahlen im Mai 2003 durchführen, und wir finden das nicht kompliziert, dass die Bremische Bürgerschaft das heute hier beschließen soll. Ich weiß, Herr Eckhoff ist gegen die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, aber er hat diesen Antrag sehr befürwortet.

Vielleicht müssten Sie mir das jetzt einfach an dieser Stelle noch einmal begründen, warum Sie meinen, dass das Ganze in irgendwelchen Ausschüssen – ich habe gehört, es sollen sogar gleich mehrere Ausschüsse sein – diskutiert werden soll. Sind Sie sich irgendwie nicht einig? Das an dieser Stelle!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Striezel.

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich habe hier jetzt schon eine rote Lampe, ist das richtig?

(Heiterkeit)

Sonst brauche ich gar nicht erst anzufangen.

Frau Stahmann hat in das Thema eingeführt, im Wesentlichen das berichtet, was im Antrag steht, was wir in der Zeitung „Die Zeit“ lesen konnten, was in Berlin und Baden-Württemberg und aus Amerika kommandiert hier versucht worden ist. Wir freuen uns immer, wenn die Grünen Ideen aus den USA übernehmen. Das ist eher selten, meistens wird alles abgelehnt, was von da kommt. Wenn die Ideen dann noch in Baden-Württemberg und Berlin unter CDU-Regierungen als Erstes umgesetzt und erprobt worden sind und Sie dann darauf springen und sagen, das machen wir hier auch, dann ist das erst einmal eine ganz überraschende Wendung, die wir hier gern zur Kenntnis nehmen, das will ich deutlich sagen.

(Abg. Frau **Stahmann** [Bündnis 90/Die Grünen]: Für Überraschungen sind wir immer gut!)

Ja, Überraschungen sind immer gut, das ist schon wahr. Wir werden uns bei Gelegenheit wieder daran erinnern.

(D) Wir sind uns ganz sicher einig, alle miteinander, dass wir demokratische und politische Bildung im Lande Bremen fördern wollen. Darüber kann man lange diskutieren, das kann möglicherweise auch mit dem Baustein Juniorwahlen 2003 erfolgen, aber eben nur als ein Baustein, das ist völlig klar. Einmal alle vier Jahre eine Scheinwahl durchzuführen, davon verspreche ich mir keine großen Wirkungen.

(Abg. Frau **Stahmann** [Bündnis 90/Die Grünen]: Deshalb wollen wir auch das Wahlalter herabsetzen!)

Warten Sie einen kleinen Moment, Frau Stahmann! Davon verspreche ich mir keine großen Erfolge für die demokratische und politische Bildung im Land Bremen. Das ist ja sozusagen der Ansatz Ihres Antrags, alles andere wäre ja blanker Populismus, und das will ich Ihnen mindestens zu Beginn meiner Rede nicht unterstellen.

Wir sind im Ziel einig, und Herr Hattig hat heute Morgen im Parlament – ich zitiere ihn nicht so oft, aber da hat er Recht – gesagt, das Parlament liest Zeitung. Ich weiß nicht, welche Erkenntnisse Sie haben, aber ich habe leider die Erkenntnis, dass die Bevölkerung insgesamt nicht annähernd so viel Zeitung liest wie wir hier im Parlament und wir daher einen riesigen Nachholbedarf in den Familien haben. Wenn in der Familie keine Zeitung ist, können

- (A) die Kinder und die Jugendlichen auch keine Zeitung lesen. Wir müssen also dafür werben, dass man sich politisch und auch sonstwie informiert durch mindestens eine Tageszeitung. Wenn es hoch kommt, gibt es dann die „Bild-Zeitung“, die ja auch viel gelesen wird, aber vielleicht doch nicht den gleichen Informationsgehalt hat.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/
Die Grünen)

Ja, die lesen wir auch, das ist nicht das Problem. Wir lesen ja auch mehr als eine Zeitung. Selbst Sie, Frau Stahmann, lesen mehr als eine Zeitung.

(Unruhe)

Davon gehe ich aus. Ich meine, die Grünen lesen die „taz“, und ab und zu einmal sehe ich auch etwas anderes bei Ihnen. Insofern sind wir da privilegiert, das will ich deutlich sagen.

Die Bevölkerung als solche hat einen hohen Nachholbedarf, und dafür zu werben ist, glaube ich, eine lohnenswerte Sache, dann wachsen die Kinder ganz normal damit auf, dass man sich über Zeitungen auch entsprechend informieren kann. Das ist, finde ich, eine lohnenswerte Sache, gehört für mich dazu, demokratische und politische Bildung im Land zu fördern.

- (B)

Des Weiteren ist für mich ein wichtiges Übungsfeld für Demokratie erstens die Familie, zweitens die Schule, deswegen gibt es so etwas wie die GSV, die Gesamtschülervertretung. Dort kann man sehr gut demokratische Strukturen üben, dort wird auch in unterschiedlicher Form gewählt, nicht mit einem elektronischen Wahlgerät, aber es wird gewählt. Das sind auch gute Vorbereitungen für die späteren Arbeitnehmervertretungswahlen, Betriebsrats-, Personalratswahlen.

Außerdem kann man sehr gut demokratische Verhaltensweisen üben in Sportvereinen, in sonstigen Organisationen, weil auch dort die Vorstände, Ausschüsse und Ähnliches gewählt werden und man immer Mehrheiten für sich organisieren muss, wenn man etwas verändern will, wenn man etwas durchsetzen will. Für mich beginnt das, wie gesagt, in der Familie und endet irgendwann hier im Parlament, und wenn man die demokratischen Spielregeln gut verstanden und geübt hat, kommt man auch hier in unserer Demokratie gut zurecht.

Das hat alles erst einmal nichts damit zu tun, dass man sich einmal alle vier Jahre irgendwo an so einem Gerät oder irgendwo mit einem Mausclick für eine Partei entscheiden darf. Es gehört für mich aber zur demokratischen und politischen Bildung im Land Bremen dazu, und wir wollen es mit fördern, es schließt aber, wie gesagt, Ihre Initiative überhaupt nicht aus.

Sie haben schon darauf hingewiesen, dass es natürlich im Schulunterricht schon diese Unterrichtseinheit gibt. Wir erleben in jedem Wahlkampf, ob Bundestagswahlkampf, Europawahlkampf oder Bürgerschaftswahlkampf, dass die Schülerinnen und Schüler zu uns kommen und nach den Programmen fragen und wir dann auch mit ihnen ins Gespräch kommen. Sie müssen die Programme vergleichen, sie müssen sie analysieren, die Wahlplakate auch. Da wird also auch in den Bremer Schulen, Gott sei Dank, schon eine ganze Menge gemacht, und wenn unser Bildungssenator sich auch für diese Initiative begeistert, dann freut es mich. Er begeistert sich ja schnell, aber er muss auch immer noch alle anderen auf den Weg mitnehmen.

Wenn allerdings in Ihrem Antrag steht, der Höhepunkt liegt in einer symbolischen Wahl, der Juniorwahl, durchgeführt an original elektronischen Wahlgeräten, dem Wahlmedium der Zukunft, dann habe ich da meine Zweifel, ob das der Höhepunkt ist. Das sehen, glaube ich, Jugendliche etwas anders. Wenn sie merken, dass ihre Stimme nicht mitgezählt wird, dann höre ich schon, und das wissen Sie letzten Endes auch, dass sie sagen, irgendwie ist das alles wieder nur, was haben Sie gesagt, Kiki. Da fühlen die Jugendlichen sich dann auch schnell von uns auf den Arm genommen. Insofern müssen wir sehr genau überlegen, wie wir das denn auch entsprechend transportieren.

Von den Beispielen, auf die Sie sich beziehen, habe ich schon gesprochen. Das ist nicht so ohne Weiteres zu übertragen, weil das amerikanische Wahlgesetz eindeutig anders ist als bei uns. Bei uns ist erst einmal jeder wahlberechtigt, bei uns muss man sich nicht erst dafür anmelden, wenn man wählen möchte. Insofern ist, glaube ich, der Mobilisierungsgrad hier erst einmal ein anderer. Nichtsdestoweniger erkennen wir natürlich, dass die Wahlberechtigung nicht gleichzeitig auch als Wahlpflicht angesehen wird und wir in der Zwischenzeit doch unterschiedliche Wahlbeteiligungsquoten erreichen.

Es gibt bereits Materialien, Sie haben sie zitiert. Ich nehme an, Sie haben mit dem Lehrer Arnfried Schenk telefoniert, der ja auch den entsprechenden Artikel geschrieben hat, in dem man sehr schön erkennen kann, was die Initiatoren bewegt und was schon alles da ist. Ich würde es gut finden, wenn wir uns an den vorhandenen Materialien von Berlin und Baden-Württemberg orientieren, sie auch nutzen. Wir müssen hier nicht alles neu erfinden, sondern können sehr genau schauen, was denn dort die Landeszentrale für politische Bildung schon entwickelt hat und auch der Verein, der sich dafür gegründet hat.

Ich finde aber, dass wir den Blick auf unser nun gerade erst konstruiertes Jugendparlament nicht verlieren sollten. Wir haben über zehn Jahre mit der Initiative Jugendparlament hier herumgedoktert und konnten nun gerade einmal ausprobieren, wie das

- (C)

- (D)

(A) geht, und wollten eigentlich auf den vorhandenen Erfahrungen aufbauen und weitermachen. Ich könnte mir gut vorstellen, dass wir das Thema Juniorwahlen in Verbindung bringen mit Wahlen zum Kinder- und Jugendparlament.

(Beifall bei der CDU)

Dann gäbe es da schon einmal so etwas wie einen demokratischen Prozess. Es wäre dann nicht nur eine Kiki-Aktion per Computer, sondern hätte wirklich etwas mit einer repräsentativen Auswahl zu tun, die dann das nächste Mal im Jugendparlament sitzen könnte. Das wäre eine gute Geschichte, das hätten wir gern miteinander gemacht. Das haben wir zurzeit noch nicht geschafft, aber da ich davon ausgehe, dass die demokratischen Parteien in diesem Lande sich dann doch im Ziel einig sind, werden wir vielleicht auch durch die Überweisung, die wir vorschlagen, an die Deputation für Jugend, Soziales und Senioren, an die Deputation für Bildung und vorgeschaltet an den Landesjugendhilfeausschuss auch eine sachliche Ebene finden, auf der wir dort unter Beteiligung der Jugendlichen – es ist ja im Landesjugendhilfeausschuss sichergestellt, dass wir dort die Betroffenen mit ihren Vertretern beteiligen können – auch schon eine Akzeptanz erreichen.

(B) Ob das deswegen so kostenintensiv sein muss, wie Sie es darstellen, wage ich zu bezweifeln. Ich weiß auch nicht, wo Sie das Geld hernehmen, aber möglicherweise geht es mit einfachen Mitteln im Endeffekt genauso, weil es ja mehr um das Procedere geht als um den einzelnen Mechanismus per Wahlmaschine und per wissenschaftlicher Begleitung. Wir könnten uns gut eine Kooperation mit Wissenschaftseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen vorstellen, die die Juniorwahlen unterstützen, statt einer wissenschaftlichen Begleitung, die dann doch immer gleich eine Menge Geld kostet.

Ich will noch ein paar Probleme nennen,

(Glocke – Abg. Pietrzok [SPD]: Noch mehr?)

ja, noch mehr, damit wir ernst genommen werden mit unserer Initiative, die wir dann noch einmal durchdenken müssen. Wir haben unterschiedliche Ebenen der Wahl, wir haben die Stadtverordnetenversammlung, die in Bremerhaven gewählt werden muss. Ich weiß nicht, ob die schon beteiligt worden ist, oder ob wir ihr das einfach so überstülpen können, dass sie das tun soll. Wir können ja nicht sagen, die Bremer dürfen, die Bremerhavener dürfen nicht.

Dann gibt es 2004 die Europawahl, auch da müssen wir ja prüfen, wie wir damit umgehen. Dürfen die Jugendlichen sich nur bei einer Wahl, nur bei der Bürgerschaftswahl, oder dürfen sie sich dann generell politisch-demokratisch betätigen? Insofern hätte ich schon gern, dass wir das besprechen. Was ma-

chen wir eigentlich mit den Schülern ohne deutsche Staatsangehörigkeit? In den Unterlagen steht, dass man einen Personalausweis braucht.

(Glocke)

Meines Wissens bekommt man den Personalausweis erst mit 16 Jahren, und die, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben – ich bin sofort fertig –, haben auch keinen.

Da müssen wir also noch ein bisschen nacharbeiten, damit wir dann auch eine gerechte Beteiligung hinbekommen und alle die Entwicklung der demokratischen und politischen Bildung im Lande Bremen miterleben können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zur Überweisung dieses Antrags an die Bildungsdeputation und an die Deputation für Jugend, Soziales und Senioren hat ja Frau Striessel schon einiges gesagt, aber ich möchte noch einmal ein paar Punkte hier deutlich machen.

Die SPD-Fraktion will, weil sie das für unbedingt nötig hält, politische Bildung stärken, und sie will auch Beteiligung fördern. Wenn wir uns, wie das im Antrag ja auch noch einmal deutlich geworden ist, ansehen, wie gering die Wahlbeteiligung unter Jugendlichen ist und wie gering das politische Interesse bei Jugendlichen ist, dann ist doch völlig klar, dass wir uns mit beidem auseinander setzen müssen, nämlich mit Beteiligung von jungen Menschen in vielen Formen, und natürlich müssen wir uns auch mit politischer Bildung auseinander setzen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das ist aber doch für uns nicht eine völlig neue Debatte, mit der wir uns noch nie beschäftigt haben. Ich erinnere hier nur einmal an die parlamentarischen Diskussionen, die wir gehabt haben zum Thema Jugend im Parlament. Das ist doch ein sehr erfolgreiches Beispiel dafür gewesen, wie wir Möglichkeiten schaffen, dass Jugendliche meinungsbildende Prozesse üben, sie auch nach außen transportieren können und zu sehr selbstbewussten Positionierungen gekommen sind. Ich halte das für ein sehr gutes Beispiel.

Jetzt haben wir den Antrag der Grünen, der zum Inhalt hat, dass es um eine weitere Maßnahme der politischen Bildung geht. Ich habe das im Antrag auch genauso gefunden, und ich finde es sehr wichtig, ich bin da sehr einig mit Frau Stahmann, dass

(C)

(D)

- (A) man deutlich sagen muss, dass es eben hier wiederum nur um einen Bildungsprozess geht und eben nicht um einen Beteiligungsprozess.

Deswegen, Herr Rohmeyer, haben Sie auch gerade meiner Meinung nach an einer Stelle Frau Striezel zugestimmt, die ich für völlig falsch halte. Sie haben genau da zugestimmt, wo Sie der Meinung waren, dass diese Wahlen in den Schulen plötzlich der formale Akt sind, aus denen dann Jugend im Parlament hervorgeht. Ich kann davor nur warnen, dass man solche Strukturen schafft, die dann sozusagen eine demokratische Legitimation simulieren, die sie de facto nicht haben,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

wo dann politische Beratungsprozesse im Parlament geführt werden, ohne dass faktische Entscheidungskompetenzen bestehen und das Durchsetzungsvermögen an einem bestimmten Punkt abbricht. Das heißt, wirklich einen demokratischen Prozess zu organisieren, und bevor er dann wirklich etwas ändern kann, hackt man das Ende ab. Das wird ein Maß an Frustration produzieren, vor dem ich warnen möchte!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

- (B) Insofern sind die Juniorwahlen, wie sie hier vorgestellt worden sind, natürlich deutlich ein Projekt der politischen Bildung. Ich finde, man kann das ganz gut machen. Es gibt gute Erfahrungen. Es sind auch einige gute Anregungen gekommen, da schon mit neuen Wahlgeräten zu arbeiten, die ich persönlich übrigens noch nicht einmal kenne. Ich würde sie gern einmal kennen lernen, darum muss ich mich wohl einmal kümmern.

Wir müssen aber im Augenblick wirklich darauf achten, dass wir zu einer vernünftigen Praxis in diesem Bereich kommen. Deswegen finde ich es auch sinnvoll, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt noch einmal in der Bildungsdeputation und von mir aus auch noch einmal in der Jugenddeputation darüber reden, damit wir zu einer Gemeinsamkeit kommen, wie wir eine Umsetzung organisieren können. Das ist nicht so ganz einfach. Sie wissen selbst, dass es auch ein relativ großer Aufwand ist, so etwas tatsächlich zu organisieren. Wir müssen sehen, wie wir die Finanzierung auf die Beine stellen, das ist noch keine gelöste Frage zum jetzigen Zeitpunkt.

Dann ist noch eine andere Sache wichtig: Ich würde eigentlich ganz gern, bevor man so etwas macht, auch noch einmal wissen, wie eigentlich die Schülerinnen und Schüler im Lande Bremen dazu stehen. Vielleicht kann man da noch einmal ein paar Informationen zusammentragen, wie groß das Interesse unter denen ist.

Insofern, Frau Stahmann, folgen wir Ihnen jetzt nicht, diesem Antrag zuzustimmen, aber ich möchte Ihnen deutlich sagen: Wir sind offen, uns damit auseinander zu setzen, und ich bin zuversichtlich, dass man da etwas hinbekommen kann. Deswegen seien Sie bitte nicht so pessimistisch, dass diese Sache nicht stattfindet! Wir werden das weiter beraten, wir werden das ja auch zusammen dann in der Jugend- und Sozialdeputation beraten und können dann noch einmal schauen. Ich habe Hoffnung, dass wir das auf die Beine stellen können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat begrüße ich das Projekt grundsätzlich.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die
Grünen]: Habe ich mich nicht getäuscht!)

Sie haben sich nicht getäuscht, auch Frau Striezel hat sich nicht getäuscht. Der Senator begeistert sich schnell, wenn es um unsere Jugendlichen geht, wenn sinnvolle Projekte dahinter stehen, die den jungen Menschen die Politik näher bringen. Das ist mehrfach gesagt worden, so ganz hoch ist die Politik ja nicht in der Rangliste des jugendlichen Interesses. Wenn wir das mit einer Aktion, wie immer sie letztlich konkret umgesetzt wird, steigern können, wird das auf jeden Fall dazu führen, dass ich mich auch an dieser Stelle dafür begeistern kann zur Freude von Frau Striezel.

Das Ganze ist aber aus meiner Sicht nicht unbedingt so formal zu sehen, wie es sich im Augenblick hier darstellt. Ich habe mich von der Landeszentrale für politische Bildung dazu noch einmal beraten lassen. Ich möchte nicht das abkupfern, was uns aus Berlin vorgegeben wird, pro Schule 1200 Euro, bestimmte Materialien sind verbindlich zu übernehmen und all diese Dinge. Das halte ich für nicht sinnvoll. Ich weiß auch gar nicht, woher ich das Geld nehmen soll.

Wir müssen uns zunächst einmal, wie Sie augenblicklich ja auch wissen, darum kümmern, dass wir den Unterricht entsprechend ausgestalten. Jede zusätzliche Aufgabe, egal in welchen Bereichen sie ist, belastet uns so sehr, dass ich sagen muss: Tut mir leid, gebt mir das Geld, und ich kann es dann umsetzen! Im Rahmen meines Haushaltes kann ich aber solche Dinge überhaupt nicht mehr finanzieren.

Ich halte es aber übrigens auch nicht für notwendig, zusätzliche Mittel unbedingt daraus abzuleiten. Erstens halte ich es für politisch notwendig, dass sich unsere Schulen selbstverständlich mit so wichtigen

(C)

(D)

(A) Dingen wie anstehenden Bürgerschaftswahlen beschäftigen in den entsprechenden Altersgruppen. Zweitens sage ich Ihnen auch, es ist nicht unbedingt dann erforderlich, dass Zigtausende von Euro hier bei uns berechnet werden, die dann zu zahlen sind. Das halte ich für überhaupt nicht notwendig.

Ich kenne das aus den Schulen, die ich auch dazu befragt habe, dass es dann kein Cybervoting und kein E-Voting dazu gab, sondern es wurden kleine Stimmzettel gemacht, die konnte man sich auch aus dem „Weser-Kurier“ fotokopieren, und dann wurde mittels dieser abkopierten Stimmzettel gewählt. Es wurden dann die Klassenverbände zusammengezählt, und dann hat man das, wenn man dazu Lust hatte, auch in Schulverbänden ausgezählt und hatte so ein Juniorvoting. Das bedurfte damals übrigens nicht der Beschlussfassung durch die Bremische Bürgerschaft.

Ich finde das Projekt hundertprozentig förderungswürdig. Ich werde, wenn das überwiesen wird, in der Deputation vorschlagen, dass wir diesen Gedanken sehr positiv unterstützend in die Schulen tragen und alle Materialien, Broschüren aus den Parteien, Plakate zur Analyse und so weiter ins Netz stellen. Das ist sehr leicht möglich. Die Schüler können sich das herunterladen und das in ihren Projekten – bei acht Stunden, die Frau Stahmann hier angedeutet hat, ist es überhaupt kein Problem – in dem normalen Zyklus abarbeiten.

(B) Ich fände es auch spannend, wenn es einzelne Schulen gäbe, die dann sagten, wir machen das im E-Voting. Das werden einige Klassen sein. Ich habe gerade auch entsprechende vielfältige Erfahrungen durch die Web-Punkte gemacht, dass es einzelne Schüler geradezu herausfordern, mit ihren Lehrern auszutüfteln, wie man das wohl so spannend hinbekommt, dass jeder Schüler nur einmal den Knopf drücken kann, dass das irgendwo an einer Schule gesteuert wird an einem großen Computer mit Unterstützung der Behörde.

Ich garantiere Ihnen, meine Damen und Herren, es wird dazu führen, dass wir die politische Bildung in unserem Land durch diese Aktion fördern. Insofern bin ich auch dankbar, dass dieser Antrag heute hier diskutiert wird. Eine Formalisierung in dem Sinne, das nun alles so zu machen, wie der eingetragene Verein in Berlin das macht mit diesen horrenden Kosten und mit der wissenschaftlichen Begleitung für 50 000 Euro, ist alles in Ordnung. Das brauchen wir aber nicht, und Geld haben wir auch nicht. Trotzdem sollten wir das Projekt unbedingt machen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist die Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die staatlichen Deputationen für Bildung und für Soziales, Jugend und Senioren beantragt, wobei die Federführung bei der staatlichen Deputation für Bildung liegt.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1129 zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung, federführend, und die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Senioren seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n
[DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

Mehr Selbstständigkeit für Bremens Schulen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 30. April 2002
(Drucksache 15/1130)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mehr Selbstständigkeit für Bremens Schulen, das heißt nicht, jeder kann machen, was er will, alle Schulen können tun, was sie wollen, sondern es heißt, wir in Bremen machen endlich das, was in ganz Europa schon längst Standard ist. Die einzelne Schule hat eine größere Autonomie sowohl im pädagogischen, personellen als auch im finanzwirtschaftlichen Bereich. Das ist Standard, und die Pisa-Untersuchung hat uns gezeigt – wir müssen immer wieder auf Pisa zurückkommen, das ist einfach so –, dass im europäischen Vergleich die Schulen, die sich durch Eigenständigkeit, eigene Profile, große Selbstständigkeit dem Wettbewerb unter den Schulen stellen können, miteinander öffentlich klar und transparent machen, was

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) sie leisten, und damit auch die anderen Schulen anstacheln, mehr zu leisten und so einen sinnvollen pädagogischen Wettbewerb zwischen Schulen organisieren.

Herr Kollege Rohmeyer wird jetzt gleich wieder sagen, wir haben in Deutschland eigene Bedingungen, und wir müssen nicht immer ins Ausland sehen. Da gebe ich ihm in diesem Fall sogar Recht. Wir können auch nach Deutschland sehen. In anderen Bundesländern werden gerade in großem Umfang, in Schleswig-Holstein und insbesondere in Nordrhein-Westfalen, Modellversuche für größere Selbstständigkeit der Schulen durchgeführt.

Wir können auch nach Bremen selbst sehen, meine Damen und Herren! Diese Bürgerschaft hat im Jahr 1994 in Zeiten der so genannten Ampelkoalition das damals modernste Schulgesetz der Bundesrepublik verabschiedet und festgelegt, dass in Bremen die Schulen einen relativ weiten Spielraum für Autonomie haben, dass sie Schulprogramme erstellen sollen und eigene Profile bilden und damit auch an die Öffentlichkeit treten sollen. Leider ist dieses Vorhaben bisher auf halbem Weg stecken geblieben, weil es zugleich auch eine Menge bürokratischer Hindernisse und Probleme in Bremen gibt.

(B) Wer Mitglied der Bildungsdeputation ist, weiß, dass wir zu jeder Sitzung der Bildungsdeputation wunderschöne Anlagen bekommen. Das sind die im letzten Monat verschickten Rundverfügungserlasse, Ausschreibungen, Richtlinien und sonstige Erklärungen, die die Schulen bekommen. Unter 50 sind es nie, in guten Tagen, insbesondere vor den Sommerferien, kommen wir auch einmal auf 100.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Was?)

Ja, das sind die Gängelbänder, nicht nur, aber das ist ein Teil der Gängelbänder, die den Schulen auferlegt sind.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer bezahlt das denn alles?)

Meine Damen und Herren, die Frage der Selbstständigkeit der Schulen ist nicht nur durch das Bremer Schulgesetz in Bremen angekommen, sie ist natürlich auch durch einen ganz anderen Prozess hier aktuell geworden, nämlich durch den Prozess, den die Koalition immer so gern „Bildung des Konzerns Bremen“ nennt. Im Zusammenhang mit den Roland-Berger-Untersuchungen und den vielen Verselbstständigungsbestrebungen hier hat die große Koalition zu Beginn dieser Legislaturperiode vereinbart, dass sie auch dem Thema „Mehr Selbstständigkeit der einzelnen Schulen“ Aufmerksamkeit schenken will. Sie hat den Senator für Bildung beauftragt, dort eine entsprechende Initiative zu starten, weil es natürlich auch gar nicht in das Bild passt, alle mögli-

(C) chen Bereiche aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verselbstständigen und in den Schulen genau das Gegenteil zu machen und eine straffe zentrale Bürokratie beizubehalten.

Dieses Vorhaben, das muss ich hier ganz deutlich sagen – und ich glaube, im Kern meinen das auch die beiden Regierungsparteien –, hat der Senator für Bildung schlicht und einfach an die Wand gefahren. Herr Lemke war es nicht persönlich, es waren natürlich Mitarbeiter seiner Verwaltung. Die haben sich nämlich hingesetzt und – wie das so ist, wenn man die Bürokratie damit beauftragt – sich als allererstes sehr viel Mühe gegeben, einen Gesetzentwurf für die selbstständige Schule auszuarbeiten.

Dieser Gesetzentwurf stand unter dem Primat der Wirtschaftlichkeit und nicht unter dem Primat dessen, was die Schule nach Pisa erst Recht auszeichnet, die pädagogischen Prozesse, die in ihr laufen sollen. Da ging es mehr um Wirtschaftlichkeit, und selbstverständlich wurden tausend festgelegte Regelungen, ja sogar eine Mustersatzung, vorgelegt. Es fehlte nur noch der fertige Wirtschaftsplan, wie er für solche Bereiche ja üblich ist. Das stieß auf lebhaften Widerstand auch bei den politischen Fraktionen.

(D) Die Bildungsdeputation hat eine Anhörung zu diesem Vorhaben gemacht. Ergebnis dieser Anhörung war letztlich, es ist derzeit kein solcher Gesetzentwurf nötig, es sind nicht so viele neue und unüberschaubare Regelungen nötig. Es ist eigentlich sinnvoll, so vorzugehen wie in vielen anderen europäischen Ländern, Selbstständigkeit sich aus der Schule heraus entwickeln zu lassen, indem man den Schulen Freiheiten gibt. Zu diesen Freiheiten gehört, dass sie nicht sklavisch an Lehrpläne gebunden sind, sondern dass sie einen großen Teil auch selbst gestalten können, dass sie nicht an die strengen Vorgaben des 45-Minuten-Unterrichts gebunden sind, dass sie auch nicht an alle Personalvorgaben, die der Senator für Bildung oder der Haushalt macht, gebunden sind, sondern dass sie ein Budget haben, mit dem sie frei arbeiten können und aus dem heraus sie auch selbstständig zumindest das Personal einstellen können, das in den Schulen befristet oder im Angestelltenverhältnis arbeitet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt nicht, dass die Schulen Wirtschaftsbetriebe im eigentlichen Sinne werden, denn mir kann niemand weismachen, dass Schulen Geld verdienen können, so dass sie sich selbst finanzieren. Das gibt es auch in ganz Europa nicht, die Schule ist immer noch entweder eine Veranstaltung des Staates oder privater Schulträger. So ist bei uns auch die Rechtslage und die Verfassungslage. Das ist nicht aus der Welt zu schaffen, und das soll unserer Meinung nach auch nicht aus der Welt geschafft werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (A) Dass sie aber wirtschaftlich größere Selbstständigkeit dadurch hat, dass der Staat sie mit ihrem Geld selbstständiger arbeiten lässt, ist unserer Ansicht nach sehr dringend erforderlich.

Leider ist im Moment die Gegenbewegung da. Das zum Beispiel, was wir hier mit dem Liegenschaftswesen beschlossen haben, ist ja eine wahnsinnige Zentralisierung. Jetzt müssen die Schulen wieder Aufträge an staatliche Gesellschaften erteilen. Zum Teil sind bis zu drei Gesellschaften beteiligt, eine unendliche Bürokratie, die bezahlt werden muss. Es dauert nicht nur länger, sondern es ist alles wieder so, wie es in den achtziger Jahren einmal abgeschafft werden sollte, nur jetzt unter dem Deckmantel privatwirtschaftlich organisiert im Staatsbesitz!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will hier aber nicht über Gesellschaften reden, sondern darüber, dass man, wenn die Frage der größeren Selbstständigkeit der Schulen auf der Tagesordnung bleibt – und das haben die Koalitionsfraktionen genau wie die Grünen nach dieser Anhörung in der Bildungsdeputation gesagt –, dann auch Nägel mit Köpfen machen muss und das nicht verschieben darf. Die Bildungsdeputation hat leider keinen Beschluss nach der Anhörung gefasst, den Gesetzentwurf letztlich beerdigt und eine Arbeitsgruppe, und zwar genau die, die vorher schon den beerdigten Gesetzentwurf entworfen hat, beauftragt, weitere Vorschläge zu machen.

(B)

Meine Damen und Herren, Vorschläge liegen auf dem Tisch. Wir haben sie uns angehört aus Nordrhein-Westfalen und aus Schleswig-Holstein. Wir könnten hier auch anfangen, die Schulen selbstständig Vorschläge entwickeln zu lassen. Deshalb beantragen wir hier und heute, dass der Senator für Bildung und Wissenschaft zu Beginn des nächsten Schuljahrs, der Antrag ist leider etwas missverständlich, da heißt es zum Schuljahr 2002/2003, wir meinen zu Beginn des Schuljahrs, eine Ausschreibung macht, in der die Schulen sich auf Beschluss ihrer Schulkonferenzen um größere Selbstständigkeit bewerben können. Das wäre dann wieder einer dieser vielen Anhänge in der Bildungsdeputation, aber in diesem Fall ein sehr sinnvoller Anhang. Dazu müssten sie wenigstens einen Entwurf eines Schulprogramms haben, damit man weiß, wohin es pädagogisch gehen soll. Umgekehrt bekommen sie eine Sicherheit in der finanziellen Ausstattung und erweiterte Rechte im Umgang mit Lehrplan und Stundenplan, aber auch mit dem finanziellen Budget, das der Schule zugewiesen wird.

Das ist das gleiche Verfahren, das in Nordrhein-Westfalen jetzt gerade angelaufen ist, an dem sich 300 Schulen beteiligen und das eine große Resonanz gefunden hat. Es muss von unten und darf nicht aus der Behörde kommen. Die Behörde muss es aber begleiten, beratend und unterstützend wirken, das ist

äußerst sinnvoll. Selbstverständlich müssen die Ergebnisse öffentlich sein und diskutiert werden können, nicht nur hinter den verschlossenen Türen der Bildungsdeputation, sondern alle Eltern und alle Schüler müssen wissen, was an diesen Schulen läuft, damit es eine Initialzündung für weitere Schulen ist, sich dem anzuschließen. Das ist ein Weg zur Schulreform von unten, der unseres Erachtens nach dringend nötig ist, in anderen Ländern Europas selbstverständlich ist und der uns hilft, Anschluss zu gewinnen an den internationalen Standard des Schulwesens, was nach Pisa ja dringend erforderlich ist.

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie jetzt nicht auf, unserem Antrag zuzustimmen, weil ich schon weiß, dass Sie ihn ablehnen werden. Gespannt bin ich aber dennoch auf die Begründung, wie und warum Sie etwas, was wir angeblich alle wollen, ablehnen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Ehmke.

Abg. **Ehmke** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Mützelburg, dann wollen wir einmal sehen, ob ich Ihre Spannung befriedigen kann in diesem Kontext, indem ich jetzt hier die Ablehnung begründe! In der Tat, Sie haben darauf hingewiesen, wir führen hier keinen Streit um das Ziel, den müssen wir uns jetzt auch nicht herbeiorganisieren, sondern alle Fraktionen dieses Hauses haben gesagt, wir teilen das Ziel. Wir haben das in der Bildungsdeputation und bei der Anhörung auch deutlich gemacht. Wir wollen, dass Schulen mehr Eigenständigkeit erhalten, und Schulen werden auch mehr Eigenständigkeit erhalten.

(Zuruf des Abg. **D r . K u h n** [Bündnis 90/Die Grünen] – Abg. **Frau H o c h** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wollen Sie das noch erleben?)

Ich habe da noch Zeit. Wenn wir uns daran orientieren, wäre das vermutlich nicht so besonders erfolgreich! Nein, wir haben da durchaus andere Zielplanungen, aber wir müssen uns der Sache auch ernsthaft stellen. Wir können das auch kurz machen, Schulen sollen eigenständiger sein, werden eigenständiger sein, und das unter drei Prämissen: unter staatlicher Gesamtverantwortung, unter einer Qualitätssicherung von Ausbildung und Abschluss und unter dem Aspekt der Chancengleichheit. Das heißt, unabhängig davon, wo Schülerinnen und Schüler in welche Schule gehen, auch wenn sie eigenständig arbeiten, muss sichergestellt sein, dass sie keinen Nachteil in ihrer Chance zur Berufsausbildung erhalten.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Wenn wir diesen Weg unter diesen Prämissen teilen, dann komme ich jetzt noch einmal zum Weg zurück, und das hat Herr Mützelburg schon angesprochen: In der Tat gab es eine Arbeitsgruppe in der Behörde, die einen Gesetzentwurf erarbeitet hat. Ich würde da jetzt nicht unbedingt von „an die Wand gefahren“ sprechen, sondern es gab einen politischen Beschluss. Eine Arbeitsgruppe hat einen Gesetzentwurf erarbeitet, und es ist kein Geheimnis, dass ich diesen für falsch halte und auch nicht glaube, dass man die Rechtsform vor dem Inhalt und vor der Struktur behandeln soll, aber diesen Weg haben wir aufgenommen. Wir haben per politischem Beschluss deutlich gemacht, dass Eigenständigkeit von Schule unter den schulrechtlichen Rahmenbedingungen, die wir haben – und das Schulgesetz, da sind wir uns ja einig, Herr Mützelburg, bietet etliche Möglichkeiten, dies zu tun –, weiterentwickelt werden soll.

Es ist im Übrigen nicht so, dass die Bildungsdeputation nichts beschlossen hat, sondern wir haben uns entschieden, die Personen, die am Prozess gearbeitet haben, Schulleiter, zentraler Elternbeirat und die Gesamtschülervertretungen, unter den Rahmenseetzungen, die wir als Politik vorgegeben haben, nämlich im Rahmen der schulgesetzlichen Möglichkeiten, mit einer Weiterentwicklung der Konzeption, mit einer Ideensammlung zu beauftragen, wie wir konkret inhaltlich und pädagogisch mehr Eigenständigkeit an Schule organisieren können.

(B) Ich glaube nicht, dass wir es nötig haben, heute eine zweite Variante zu beschließen, wie wir demselben Ziel eines bereits beschlossenen Weges nahe kommen. In der Tat, Sie weisen immer wieder darauf hin, wir hätten möglicherweise bei dem Ziel der Eigenständigkeit schon weiter sein können, wir sind es aber nicht. Ich glaube aber, dass es eine wichtige Frage ist, bei der wir uns ruhig Zeit lassen können. Wenn das noch nicht klar war, sage ich es noch einmal deutlich: Dass es Sie überrascht, Herr Mützelburg, dass wir Ihren Antrag hier heute ablehnen, das wiederum überrascht mich,

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Eigentlich sind wir das gewohnt!)

denn wir haben zumindest die Kurzfassung Ihres Antrags bereits in der Bildungsdeputation abgelehnt, als wir nämlich den eben von mir beschriebenen Weg, nämlich diejenigen, die an der Thematik gearbeitet haben, wieder in die Verantwortung zu nehmen und Ihnen den Auftrag zu geben weiterzuarbeiten, beschlossen haben, haben wir Ihren Antrag abgelehnt.

(Zuruf des Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen])

Folglich werden wir hier heute auch so verfahren. Das ändert nichts am Ziel, und Sie können sicher

sein, wir werden dieses Ziel auch erreichen. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will hier auch noch auf die inhaltliche Kritik eingehen, die wir als CDU-Fraktion am Vorgehen auf jeden Fall haben. Wir hatten im vergangenen Jahr die Anhörung, und kurz zuvor gab es erst keinen Gesetzentwurf – das habe ich auch noch selbst aus der Behörde erfahren –, eine halbe Stunde später hatte ich dann den Gesetzentwurf, und der war ziemlich dick, dafür dass er in einer halben Stunde geschrieben wurde. Ich möchte es so formulieren, es war nicht an die Wand gefahren, sondern da ist die Behörde einfach losgaloppiert und hat alles in ein Gesetz hineingeschrieben und dabei übersehen, was eigentlich das Ziel war. Das Ziel ist, Schule muss eigenständiger werden, das teilen wir Christdemokraten voll und ganz.

Im Gegenzug, meine Damen und Herren, ist aber Folgendes wichtig: Wenn Schulen eigenständiger werden, bedarf es auch klarer Vorgaben, was Schule leisten muss!

(Beifall bei der CDU)

Diese Vorgaben müssen auch kontrolliert werden. Da frage ich aber erst einmal, wer das zurzeit kontrolliert. Haben wir in Bremen noch eine funktionierende Schulaufsicht? Wir haben Teams, Stufenteams, Regionalteams, aber diese Teams erledigen in keiner Weise ihre Aufgaben. Herr Senator, Sie kennen unsere Kritik, und ich weiß, dass Sie diese Kritik in großen Teilen genauso sehen und vorhaben, umzustrukturieren. Von daher, Herr Senator, wenn wir die Schulen eigenständiger machen, dann müssen Sie von der Behörde auch erst einmal in der Lage sein, dann auch dort eine entsprechende Hilfeleistung für die Schule zu bieten. Es muss aber auch eine Kontrollfunktion der Behörde vorhanden sein, weil Schulen auch nicht völlig im freien Raum machen können, was sie wollen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Herr Mützelburg hat das Schulverwaltungsgesetz angesprochen. Sie wissen, wie sich die CDU damals dazu verhalten hat, aber es ist völlig richtig, im Rahmen dieses Schulgesetzes ist mehr Autonomie für Schulen möglich. Das wird ja auch praktiziert, Herr Mützelburg. Sie haben auch Recht, es gibt eine Reihe von Anhängen, wie Sie es formulierten, zu den jeweiligen Sitzungen der Bildungsdeputation. Das -----

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) ist aber auch notwendig, Herr Mützelburg, wenn ich das kurz sagen darf. Allerdings ist da auch noch einmal – ich will den vorherigen Tagesordnungspunkt noch einmal aufgreifen und dieses Thema ganz kurz verlassen – die Frage, warum das alles noch nicht mit elektronischen Medien geht. Soweit ich weiß, sind alle Schulen am Netz. Also, von daher, Herr Senator, das nur als kleine Anmerkung außer der Reihe!

Wir haben aber Standards festzulegen, und darauf will ich zurückkommen, wie Schulen eigentlich arbeiten sollen, wenn sie eigenständiger sind. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat in ihrem Antrag die Forderung aufgenommen: „Die Schulen haben außerdem die Möglichkeit, im Rahmen der Stundentafel bis zu 50 Prozent des Unterrichts lehrplanunabhängig zu gestalten.“ Meine Damen und Herren, wir haben in Bremen Rahmenlehrpläne. Diese Rahmenlehrpläne überlassen den Schulen, Lehrerinnen und Lehrern so viele Freiheiten, dass das eigentlich schon 50 Prozent überschreitet. Sie kennen unsere Forderung, und damit haben wir auch schon einen inhaltlichen Dissens. Wir wollen Fachlehrpläne, wo genau festgelegt wird, was im Unterricht zu vermitteln ist, damit wir nämlich auch vergleichbare Standards zwischen den Schulen haben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

(B) Das ist auch eines der Probleme, die wir mit Ihrem Antrag haben, Herr Mützelburg. Wir können nicht 20, 30, 40, wie viele auch immer, verschiedene Schulen haben, die sich jeweils eigenständig eigene Lehrplaninhalte aussuchen. Dann haben wir keine Vergleichbarkeit im Unterricht und in den Schulabschlüssen mehr, meine Damen und Herren. Von daher muss dann auch erst einmal von Seiten der Behörde, und zwar dann durch Fachlehrpläne, geregelt werden, welche Inhalte denn im Unterricht vermittelt werden sollen. Am Abschluss davon stehen dann logischerweise auch zentrale Abschlussprüfungen, meine Damen und Herren. Auch das gehört dann zur Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit von Schulabschlüssen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben sicherlich Probleme, das ist eben angesprochen worden, mit der Neuregelung des Liegenschaftswesens. Nur, meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, wir gehen nicht davon aus, dass alles schlechter wird, sondern davon, dass alles besser wird.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gab Kinderkrankheiten, natürlich, meine Damen und Herren, aber die Zielsetzung ist doch dann auch, dass wir hier dazu kommen, dass die Schulruinen, die wir noch vor Beginn der großen Koalition in Bre-

men hatten, saniert werden, damit der Unterricht auch wieder in adäquaten Räumen stattfindet, darum ist das ja auch gemacht worden.

Wir haben das Ziel, Schulen eigenständiger zu machen. Ich kann auch hier wieder auf den runden Tisch Bildung verweisen, wo dies auch ein Thema ist, und an das anknüpfen, was der Kollege Ehmke gesagt hat, dass die Arbeitsgruppe natürlich tagen soll. Sie gehen hier auf einmal einen ganz anderen Weg, als Sie ansonsten sagen, Herr Mützelburg, wenn Sie sagen, es soll erst einmal von unten ein Vorschlag erarbeitet werden. Sie machen das jetzt hier auf einmal von oben, als Landtag sagen wir etwas, und jetzt machen wir das!

Wir möchten eigentlich das aufgreifen, was dann aus dieser Arbeitsgruppe kommt. Von daher, meine Damen und Herren, was im letzten Jahr vorgelegt wurde, war der völlig falsche Weg. Wir gehen davon aus, dass wir Schulen eigenständiger machen. Nur, dafür brauchen wir Standards, und ich bin gespannt, was der Bildungssenator gleich zu diesen Standards sagen wird. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist gar nicht so wichtig, was der Senator dazu sagt.

(Senator L e m k e : Was?)

Es ist in diesem Fall nicht so wichtig, Herr Lemke, weil Sie das doch überhaupt nicht entscheiden. Die Koalitionsfraktionen haben entschieden, es passiert erst einmal nichts. Sie haben das deshalb entschieden, weil, ich sage einmal so, die SPD Angst hat, dass sie irgendein Tor öffnet, am Schulgesetz zu rütteln, weil ja vielleicht eine Gesetzesänderung nötig ist, und dann kommt die CDU mit hundert weiteren Gesetzesänderungen.

(Widerspruch bei der CDU)

Das ist doch heute schon von Herrn Eckhoff angekündigt worden, dass er schon weiß, wie Pisa ausgeht und die Lösung für die schlechten Pisa-Ergebnisse das Gymnasium ist. Das haben wir doch heute alles schon gehört!

(Abg. B ü r g e r [CDU]: Das Gegenteil steht in der Pisa-Studie! Seite 49, sollten Sie einmal lesen!)

Ich habe gerade über die Prognosen von Pisa E geredet. Ich sage, die SPD hat Sorge, dass das Schul-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) gesetz angetastet wird, dass Tür und Tor für alle möglichen revolutionären oder reaktionären Vorschläge geöffnet werden, so sehe ich das!

Herr Rohmeyer hat uns eben ziemlich deutlich gemacht, was er unter Selbstständigkeit der Schulen versteht. Das ist garantiert nicht das, was wir darunter verstehen, dass sie tatsächlich eigenständige Profile entwickeln und durch den Wettbewerb untereinander bei Eltern und Schülern unter staatlicher Aufsicht – das ist unbestritten, Herr Ehmke, das habe ich vorhin auch deutlich betont, die Schule ist immer noch eine Staatsveranstaltung – qualitativ besser werden als heute! Das Problem sind doch nicht die Richtlinien und die Rahmenlehrpläne, die den Schulen alles Mögliche vorgeben. Das Problem ist die Qualität des Unterrichts im Einzelnen, die gilt es zu verbessern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Rohmeyer [CDU]: Da sind wir bei den Lehrplänen!)

Die Koalition hat aber entschieden, Herr Ehmke hat sich ja sehr viel Mühe gegeben, nichts zur Sache zu sagen, sondern zu sagen, dass es so mit einer Arbeitsgruppe geht, und diese Arbeitsgruppe tagt, und dann ist die Legislaturperiode zu Ende, und danach wird es dann irgendwie neu behandelt, es geht dabei um nichts anderes. Da Sie entschieden haben, dass im Moment nichts passiert, können Sie sich jetzt vollmundig zur Selbstständigkeit bekennen, weil das das Problem löst, dass Sie einen Konflikt haben, den Sie nicht austragen wollen.

(B)

Deswegen sage ich noch einmal: Ich lausche Ihren Worten gern, Herr Senator Lemke, wir sind auch oft einer Meinung, wahrscheinlich werden wir gleich auch in einigen Punkten wieder einer Meinung sein. Das wird nichts daran ändern, Sie wollen offensichtlich in dieser Legislaturperiode nicht mehr das tun, was auf der Tagesordnung steht. Konsequenzen aus Pisa ziehen, davon redet jeder, aber Konsequenzen aus Pisa entschlossen zu ziehen, das ist doch zu viel für die große Koalition!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Lemke.

(Zuruf des Abg. Bürger [CDU])

Senator Lemke: Herr Bürger, den Zwischenruf habe ich nicht verstanden.

(Abg. Bürger [CDU]: Ich sagte, wir wollen besonnen handeln und nicht überstürzt!)

Ja, da kann ich mich dem gleich anschließen!

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer hier dem Parlament sagen will, dass es dieses Beschlusses bedarf, und die Konsequenzen aus Pisa sind dann gezogen, der ist, glaube ich, nicht sehr redlich. Ich glaube auch, das war nicht ganz ernst gemeint, lieber Kollege Mützelburg.

(C)

Schule soll eigenständiger werden. Ich teile die Auffassung von Herrn Ehmke, dass wir zumindest über das Ziel ziemlich einig sind. Ich muss das leider sagen, das tut mir manchmal ein bisschen weh, aber ich muss Herrn Mützelburg auch an der Stelle Recht geben, nicht die Schulstruktur ist letztendlich für uns entscheidend, sondern für mich ist, und davon bin ich fest überzeugt, einzig und allein die Qualität des gegebenen Unterrichts entscheidend, ob eine Schule funktioniert oder nicht.

Dazu, meine Damen und Herren, und ich bin auch aufgrund der vielen Untersuchungen in Skandinavien der Überzeugung: Je eigenständiger wir die Schulen gestalten, desto mehr – und das wird sicherlich wieder im Haus Zustimmung finden – Wettbewerb haben wir. Wir brauchen mehr Wettbewerb in allen Bereichen der Gesellschaft, auch an den Schulen. Allein die Tatsache, dass wir vor einem halben Jahr Vergleichsarbeiten mit festgelegten Standards in der dritten, sechsten und zehnten Klasse angekündigt haben, hat dazu geführt, dass die Schulen untereinander, miteinander kommuniziert haben und anhand der vorgegebenen Standards in einen Wettbewerb eingetreten sind. Ich finde das, ehrlich gesagt, absolut positiv. Wenn wir erstens eine Kommunikation innerhalb und außerhalb der Schulen erreichen und hier ein Wettbewerb um Qualität an Schule angefacht wird, finde ich, dass auch das ein kleiner Beitrag zu dem Thema ist, worüber wir hier heute diskutieren. Inhaltlich will ich diese Diskussion jetzt nicht verlängern.

(D)

Ich bin der Auffassung, dass wir so schnell wie möglich möglichst viele Schulen in eine vergrößerte Eigenständigkeit bis hin zur Personalhoheit, bis hin zur Haushaltshoheit schicken. Wir geben den Schulen Mittel, wir geben ihnen die Möglichkeit, sich die Lehrerinnen und Lehrer auszusuchen. Ich bin der Meinung, dass man dann allerdings nicht sagen darf, sie können dann nicht machen, was sie wollen.

Im Rahmen der dann vorgegebenen Kontrakte und Standards, Herr Rohmeyer, bin ich schon der Meinung, dass sie dann ihre Schule so gestalten können, wie wir sie uns heute möglicherweise als vorgegebene Lehranstalten mit zum Teil graulichem Charakter, wenn man in diese Lehranstalten geht, die sich auch räumlich noch so darstellen, wie sie vor 80 oder 90 Jahren gebaut worden sind. In welchem Bereich, denken Sie einmal alle an Ihre Berufe, in welchen Berufen gibt es diese räumlichen Dinge noch so, wie es vor 80, 90 Jahren vorgefunden worden ist? Ich glaube, in kaum einem beruflichen Bereich erleben Sie das. Aber heute sehen unsere Klassenräume, zum Teil mit dem Mobiliar von 1927,

(A) noch so aus, wie unsere Großväter sie besucht haben. Da kann irgendetwas nicht stimmen!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind ja auch nun schon ein paar Jahre Bildungssenator!)

Ja, drei Jahre! In drei Jahren mache ich das alles, Frau Linnert. Alles klar, das ist überhaupt kein Problem, und das lösen Sie, wenn Sie dann in der Verantwortung sind, ganz schnell.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Aber Ihre Partei hat seit 1947 Verantwortung in diesem Land!)

Aber ich kann da auch in andere Bundesländer gehen!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Aber Ihre Partei hat damit nichts zu tun!)

Nein, Moment! Ich bin sehr wohl der Meinung, dass es mir auch als Bildungssenator gestattet sein muss, auf kritische Zustände in unseren Schulen einzugehen, Herr Eckhoff. Das unterscheidet uns vielleicht voneinander.

(Beifall bei der SPD)

(B) Aber ich kehre zuerst einmal vor meiner Tür.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Und wo sind die Lösungen?)

Wo sind die Lösungen? Ich glaube, dass wir das, was wir angefangen haben in dieser Frage, konsequent weiter vollziehen. Deshalb verstehe ich auch nicht ganz den Sinn dieser Debatte, die Herr Mützelburg hier mit seiner Fraktion angezettelt hat. Wir haben einen ganz klaren Beschluss, Herr Dr. Kuhn, den wir in der März-Sitzung gefasst haben. Herr Dr. Kuhn schüttelt mit dem Kopf.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist hier wohl noch erlaubt! – Abg. F o c k e [CDU]: Das macht er doch immer!)

Ja, aber nicht immer mit mir!

Ich muss da noch einmal eben ganz kurz in Ihr Gedächtnis zurückrufen, Herr Mützelburg: Wir haben eine klare Beschlussfassung. Wir haben nicht etwa so ein paar Behördenrambos gehabt, die hier irgendwie durchgaloppiert sind, sondern wir haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit hochkarätigen Schulleitern, meine Damen und Herren.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das würde ich nicht so lächerlich nehmen. Sie sind doch sehr basisbezogen! Wir haben das sehr basisbezogen angefangen und haben das mit der Behörde begleitet, meine Damen und Herren. Das, was in dieser basisorientierten Arbeitsgruppe, Projektgruppe, erarbeitet worden ist, war nicht konsensfähig. Insofern kann Herr Mützelburg gern sagen, der Senator hat das gegen die Wand gefahren. Das kann man so formulieren. Wir haben das demokratisch nicht durchgesetzt. Es war nicht durchsetzungsfähig. Okay?

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, aber wir haben in der Deputation Ihren Anlauf gerade abgelehnt. Wir haben im Gegenteil, Herr Dr. Kuhn, eine Arbeitsgruppe, eine Projektgruppe eingesetzt und haben darum gebeten, dass im Juni, also in vier Wochen, in der Deputation genau die Arbeitsergebnisse dieser Projektgruppe vorgetragen werden. Ich habe schon entsprechende Ergebnisse vorliegen.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Ach!)

Wir werden das zeitlich korrekt der Deputation für Bildung vorlegen auf genau der Grundlage der Beschlüsse. Ich hielte es für absolut falsch, wenn wir heute sagen, das kehren wir alles unter den Teppich, die Arbeitsgruppe, die wir ja selbst vor fast einem Jahr eingesetzt haben, die wir einmal schon frustriert haben, indem wir gesagt haben, das ist alles Müll, was ihr da erarbeitet habt, wir ziehen das zurück, wir beauftragen euch erneut. Wenn wir heute Ihrem Antrag folgen würden, wäre das erneut absolut frustrierend, und es würde uns überhaupt nicht ein Stück weiter bringen.

Lassen Sie uns bitte den Weg weiter vollziehen! Wir haben dieser Arbeitsgruppe/Projektgruppe einen neuen Auftrag gegeben, meine Damen und Herren. Der Termin im Juni ist angesetzt, wir sind voll in der Zeit. Wir werden das dann beraten. Ich hoffe sehr, dass die auf der Gesetzesgrundlage jetzt gemachten Vorschläge die Zustimmung aller Parteien finden werden, zumindest der Parteien, die hier im Hause mehrheitsfähig sind. Dann werden wir genau nach den Vorschlägen dort nicht nur eine Pilot-schule ansprechen, sondern wir werden mehr Schulen erreichen.

Abschließend lassen Sie mich sagen, wir erreichen das nicht, indem wir es hier beschließen und von oben anordnen. Die gesamte strukturelle Veränderung erreichen wir nur, wenn wir an Bildung und Erziehung beteiligte Personengruppen erreichen, in erster Linie Lehrerinnen und Lehrer, Schulleitungen. Wenn wir die überzeugen, dass sich Schule zu mehr Eigenständigkeit, zu mehr Verantwortung, zu mehr Identifikation mit unseren Kindern verändern muss, nur wenn uns das gelingt, dann wird Schule auch

(C)

(D)

(A) besser. Ich finde, wir sollten dazu alle beitragen. – Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1130 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Abg. T i t t -
m a n n [DVU])

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist interfraktionell beschlossen worden, kurzfristig und sehr flexibel, dass wir den Tagesordnungspunkt außerhalb der Tagesordnung „Meisterzwang abschaffen, Existenzgründungen fördern, Arbeitsplätze schaffen“, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, für heute aussetzen und ihn im Juni auf die Tagesordnung setzen.

(B)

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Dann war er wohl doch nicht so dringlich! – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt ist aber gut!)

Wenn Sie damit einverstanden sind, rufe ich jetzt die Tagesordnungspunkte auf, bei denen keine Debatte vorgesehen ist.

Ich stelle Einvernehmen fest.

Gesetz zur Änderung des Bremischen Energiegesetzes

Mitteilung des Senats vom 30. April 2002
(Drucksache 15/1131)

1. Lesung
2. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Energiegesetzes, Drucksache 15/1131, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(C)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, interfraktionell wurde vereinbart, Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung vorzunehmen. Ich lasse deshalb darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen daher zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

(D)

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Energiegesetzes in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz entsprechend.

(Einstimmig)

Gesetz zum Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und Sechster Staatsvertrag zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Mediendienste-Staatsvertrages (Sechster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2002
(Drucksache 15/1140)

1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

(A) Wir kommen zur Abstimmung.
 Wer das Gesetz zum Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
 Ich bitte um die Gegenprobe!
 Stimmenthaltungen?
 Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Hier ist nach der ersten Lesung, liebe Kolleginnen und Kollegen, Überweisung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten vorgesehen.

Ich lasse jetzt über die Überweisung abstimmen.

Wer das Gesetz überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

(B) **Bremisches Hilfeleistungsgesetz (BremHilfeG)**

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2002
 (Drucksache 15/1141)
 1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Bremische Hilfeleistungsgesetz, Drucksache 15/1141, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/
 Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Meine Damen und Herren, damit wären wir an das Ende unserer heutigen Tagesordnung gekommen. Ich bedanke mich sehr herzlich und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend und ein schönes Pfingstfest.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluss der Sitzung 17.40 Uhr)

(C)

(D)